oktober 10/76 - DM 3,50 C4143EX

konkret

Italien Lire 1200
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28,–

Die Erde wird rot

Chaos oder Sozialismus?

Wallraff: Ist Portugal kein Thema mehr?

Der Krach beim „Stern“

Fritz Walter/Ernest Mandel

Mao

in konkret Oktober 1976

Briefe

konkret intern

Mao und die Folgen von Fritz Walter
Hat der Maoismus eine Zukunft? Der belgische Trotzkist Ernest Mandel, führender Theoretiker der 4. Internationale (mit Einreiseverbot in die BRD) und Fritz Walter - unter diesem Pseudonym schrieb der sozialistische Wissenschaftler schon in den 20er Jahren in der Arbeiterpresse -geben überraschend ähnliche Auskünfte

Mao und die Folgen von Ernest Mandel
Hat der Maoismus eine Zukunft? Der belgische Trotzkist Ernest Mandel, führender Theoretiker der 4. Internationale (mit Einreiseverbot in die BRD) und Fritz Walter - unter diesem Pseudonym schrieb der sozialistische Wissenschaftler schon in den 20er Jahren in der Arbeiterpresse -geben überraschend ähnliche Auskünfte

Schleyer befiehlt, wir tragen die Folgen von Alexander von Hoffmann

Es gibt nur einen Grund, nicht DKP zu wählen: die DKP
Ein DKP-Mitglied begründet, warum er seiner Partei einen Denkzettel verpaßt. Sein Name ist der Redaktion bekannt.

Die Erde wird rot von Hartmut Schulze
Nach der Wahl: Katzenjammer bei den Linken. Dabei sieht es doch gar nicht so schlecht aus. Auf der Welt. Von den alten Kolonialreichen sind nur noch wenige Ecken übrig (schwarz), von den befreiten Kolonien (grau) gehen immer mehr den Weg zum Sozialismus (rosa). Die sozialistischen Staaten selbst (rot) konsolidieren sich, während die kapitalistischen (weiß) mit ihren Krisen kaum noch fertig werden. In der „Dritten Welt" kann sich der Imperialismus oft nur noch mit brutalen faschistischen Regimes (schwarz) an der Macht halten

Deutscher Stolz
Bis wenige Tage vor dem Sieg des Vietkong spielten bundesdeutsche Politiker „Durchhalten"

Der Hinterhof der Wall Street von Dorothee Gremliza
Die südamerikanische Tragödie

Von Rhodesien nach Zimbabwe von Frank Kürschner
Der Siegeszug des schwarzen Afrika

War Tel-Al-Zaatar schon das Ende? von Birgit Sommer
Der wechselvolle Kampf um die arabische Freiheit

Ist Portugal passé? von Günter Wallraff
Portugal ist für viele Linke kein Thema mehr. Seit Soares, dieser Homunkulus der „Friedrich-Ebert-Stiftung" und - wenn man der „New York Times" glauben darf - auch Stipendiat des CIA, das Land immer weiter nach rechts mitdrehen half; seit die Einheit „Povo/MFA" entschärft, zerbrochen ist; seit das portugiesische Großkapital wieder lüstern wird und von Brasilien und vom spanischen Exil aus das gehortete Geld wieder im Land investiert, seit der letzte PIDE-Agent ohne Prozeß wieder auf freien Fuß gesetzt wurde; seit auch Genscher und Schmidt das Land wieder für kreditwürdig halten, scheint Portugal für die meisten Linken verloren, wurde es uninteressant. (So sank die Abonnentenzahl der linken Informationszeitschrift „Portugal-Nachrichten" von 8000 auf knapp 500 Abos. Die Herausgeber mußten das Blatt einstellen.) Die Wasserzufuhr aus dem kapitalistischen Reservoir hat das

leuchtende Revolutionsrot der Nelke zum Verblassen gebracht, jetzt gleicht sie einer gepreßten Poesiealbumspflanze: nur noch nostalgischer Erinnerungswert. Es ist zu befürchten, daß die Linke ihr Interesse und Engagement für Portugal erst wieder entdeckt, wenn dort ein z. Chile entstanden ist

Radikalauer von Winfried Thomsen

konkret magazin

Sicherheitsrisiko Argentinien von Dieter Brumm

Fall Meinhof: Der Vorwurf MORD wurde bisher nicht entkräftet

Keine Zeitung, keine Behörde hat bisher auf die im letzten KONKRET veröffentlichten „Fakten zum Vorwurf: MORD" an Ulrike Meinhof reagiert. Die Vorbereitung eines internationalen Untersuchungsausschusses, die unter anderem vom Generalsekretär der „Internationalen Vereinigung für Menschenrechte bei der UNO", dem Genfer Rechtsanwalt Denis Payot unterstützt wird, wurde lediglich von der „Frankfurter Rundschau" gemeldet. Dagegen versuchten die „Zeit" und das ZDF-Magazin in langen Beiträgen, einige der Vorwürfe gegen die deutsche Staatsanwaltschaft, die vom Londoner „Observer" aufgegriffen wurden, zu entkräften. Eine Gruppe englischer Ärzte hat inzwischen diese angeblichen Widerlegungen widerlegt. In einem fünfseitigen „vorläufigen Informationsbericht" hat nun ein ausländischer Professor für gerichtliche Medizin zu den Akten der Staatsanwaltschaft und der Obduzenten Stellung genommen. KONKRET bittet seine Leser um Verständnis, daß seine Identität hier noch nicht mitgeteilt werden kann, und um Nachsicht für die Wiedergabe teilweise nur schwer zu ertragender Details. Wir halten eine Veröffentlichung derartiger wissenschaftlicher Stellungnahmen jedoch solange für unumgänglich, wie die Verantwortlichen schweigen. Hier in Auszügen die vorläufige Stellungnahme des Gerichtsmedizin-Professors:

Berufsverbot

Chile nach dem Putsch

„Sterns“ Stundung

Journalisten, die sich die Gunst des mächtigsten europäischen Verlegers nicht verscherzen wollten, fälschten die „Stern"-Krise zu einem Gruner + Jahr-Markt der Eitelkeiten um. KONKRET enthüllt die Hintergründe:

Mohnopoly von Kaspar Maase

Die Stern-Redaktion sollte nicht nur an einem Lesering durch die Nase gegängelt werden. Bertelsmann ist mehr als Buch-Klub, Bertelsmann ist der größte Medien-Monopolist der Bundesrepublik. Kaspar Maase gibt einen Überblick:

Hirn, verbrannt von Günter Amendt

Wie heilt man psychisch Kranke? Mit psychischer Therapie. Doch das ist langwierig, teuer und braucht viel Personal. Es geht auch einfach und billig - mit Stereotaxie: Man verbrennt Teile des Hirns, in denen man die Krankheit vermutet. Wie man ja auch einem komplizierten Bruch am billigsten und schnellstens durch Amputation beikommt. Sexualtäter sind die bevorzugten Opfer der Stereotaktiker. Aber nicht die einzigen: In den USA denkt man auch ein Demonstrationstäter

Prozesse von Peggy Parnass

Am Beispiel des Hamburger Strafverteidigers Uwe Maeffert beschreibt KONKRET-Gerichtsreporterin Peggy Parnass, wie schon die engagierte Wahrnehmung der Mandantenrechte aus Anwälten Angeklagte macht. Nicht, wenn es um die Verteidigung von Kurt Lischka (Gestapo) Dany Dattel (Herstatt) geht, natürlich

„Seien Sie, Herr Minister, versichert: Das KKW-Wyhl wird nicht gebaut.“ von Walter Moßmann

Im Auftrag dieser Demonstranten, der badisch-elsässischen Atom-Kernkraftwerks-Gegner, schrieb der Liedermacher Walter Moßmann den folgenden Brief an Bundesforschungsminister MatthöferOffene Antwort auf ein KONKRET-Interview

König Pelé von Hubert Fichte

Fußball, Karneval und Faschismus - Brasilien heute. Der Schriftsteller Hubert Fichte („Die Palette") berichtet davon in „Xango", seinem zweiten Buch über die afroamerikanischen Religionen, das soeben zusammen mit einem Bildband von Leonore Mau bei S. Fischer erschienen ist

Die Freiheit stirbt zeilenweise von Walter Boehlich

Während bürgerliche Verleger noch mit dem 88a werbewirksam Vorzensur üben, ist der „Gewalt"-Paragraph in Polizei-Aktionen gegen linke Buchläden zum ersten Mal massiv angewendet worden. Inzwischen starb die Freiheit um eine Buchlänge: Das Landshuter Amtsgericht verfügte am 24. August die Beschlagnahme von „Haymarket" ein Wagenbach-Buch über die deutschen Anarchisten von Chicago im 19. Jhdt.

Das Volk denkt trotzdem - manchmal jedenfalls von Alois Kupferdraht

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keinerlei Gewähr. Dieses Manuskript kam unaufgefordert, wenn auch nicht eingesandt: Ein Kollege mit langem Haar, Lederjacke und Sturzhelm in der Hand, gab es wortlos bei uns ab. Wer Alois Kupferdraht wirklich ist, erfuhren wir nicht

Nettelbeck von Hermann L. Gremliza

Uwe Nettelbeck, einst Redakteur der „Zeit" und später Chefredakteur des alten KONKRET, gibt eine neue Zeitschrift heraus: „Die Republik". Das erste Heft ist soeben erschienen und über den Versand 2001 zu beziehen

Die Wohnung als Klo von Burkhart Mauer

Gruner + Jahr („Stern", „Brigitte") planen was Neues - wie in jeder besseren Kolonie nach US-Vorbild. In Amerika heißt das Ding „People", bei uns soll es „Leute" heißen, „Popel" nennen es die „Stern"-Redakteure und reimen: Popel wird ein Flopel. Burkhart Mauer hat die 00-Nummer durchgesehen:

Ich habe gelesen von Yaak Karsunke

In dieser KONKRET-Buchkolumne berichten Autoren über ihre Lektüre. Der in Westberlin lebende Dramatiker und Lyriker Yaak Karsunke („Kilroy & andere"), dessen Revue „Unser schönes Amerika" im November am „Theater im Turm" in Frankfurt Premiere haben wird, hat neue und alte Bücher zum US-Jubiläum gesichtet. Sein Fazit: 200 Jahre sind genug

von Ludwig Fels

Ja, seinerzeit in Visselhövede von Dietrich Kittner, Wolfgang Bittner

Die Grabreden nehmen kein Ende, dabei ist politisches Kabarett in dieser Republik wichtiger als je.Dietrich Kittner, Jg. 1935, kann das beurteilen; er macht seit 15 Jahren politisches Kabarett - mit wachsendem Erfolg. Auf Tourneen und nun auch im eigenen Haus, dem „Theater an der Bult" in Hannover, einer Art Taschentheater. Wolfgang Bittner befragte den Kabarettisten für KONKRET

Auf Mehnerts sanftem Ruhekissen von Bodo Zeuner, Matthias Pfüller

Mehr und mehr stellen die Verlage ihre Produktion auf „Bestseller" ab. In den wöchentlichen Kursnotierungen spiegelt sich die Kulturnation. KONKRET hat sich einige dieser Titel vorgenommen: Den Anfang machte Prof. Ernest Borneman mit der laufenden Nr. 1, H. E. Richters „Flüchten oder Standhalten" (KONKRET 9/76). Diesmal analysieren Bodo Zeuner und Matthias Pfüller, Dozenten für politische Wissenschaft an der FU Berlin, Klaus Mehnerts „Jugend im Zeitbruch", lange Zeit Nr. 2 der Bestseller-Liste

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/76, S. 3

Briefe

Ne Menge Wind

Konnte, durfte oder mußte man gar SPD wählen? Hermann L. Gremliza meinte: Ja. Die das nicht meinten, meldeten sich.

Die linken Schreiberlinge brachten ihren Frust darüber zum Ausdruck, daß ihr „kleineres Übel - die SPD", die sie *nicht wegen* ihrer Politik, *sondern trotz* ihrer Politik wählen, immer größer wird. Nur Staeck schämt sich nicht Sozialdemokrat zu sein, ihn stört es auch nicht, wenn ihn „die Töchter und Söhne der feinen Gesellschaft" als solchen auslachen. „Staeck ich lache dich als solchen aus und bin kein Sohn der feinen Gesellschaft, und ich vermute es stört dich auch nicht".

Berthold Happel

Dreihausen

Da links von der SPD weniger als ein Prozent verblieben waren, glaubte Schmidt hier keine weitere Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Im Gegenteil, gerade dies gab ihm erst die Möglichkeit, die Linken innerhalb der Partei zu maßregeln, zu isolieren und von fast jedem Einfluß zu verdrängen. Nur weil ihm sicher scheint, daß es für diese Linke keine Alternative zur SPD gibt, konnte er auch die Gewerkschaften disziplinieren und die Arbeiterinteressen preisgeben. Mit Maulkorbgesetz, Radikalenerlaß und Berufsverbot werden die Voraussetzungen geschaffen, um die Notstandsgesetze anwenden zu können, wenn irgend jemand aufbegehren sollte. Wählen wir dieses Mal wieder die SPD, würden wir diese Politik bestätigen, diese Entwicklung gutheißen.

Willi Weismann

München

Nee, Herr Gremliza, vor ein paar Monaten haben Sie Ihren Genossen noch öffentlich ins Stammbuch geschrieben, ein bißchen mehr als die Sache mit dem kleineren Übel müsse ihnen schon einfallen, und nun soll's auf einmal doch genügen? So wird man die SPD nicht zu Konsequenzen zwingen. (Gremliza? Der macht manchmal 'ne Menge Wind, aber dann wählt er uns doch wieder. Kein Grund, vom rechten Wege abzuweichen.) Wenn wir erreichen wollen, daß die Linke in der SPD ernst genommen und nicht weiterhin als Feigenblatt mißbraucht wird, dann müssen wir glaubhaft machen, daß es uns nicht genügt, einen Mann in Bonn zu haben, der Artikel gegen den § 88 a, gegen Rüstungsexporte und gegen Berufsverbote schreibt; der sich brieflich mit Herrn Bölkow darüber streitet, ob MRCA nun 30 oder 60 Millionen kostet; der gegen MRCA reden darf, aber für MRCA stimmen muß; der im Wahlkampf leugnen muß (warum eigentlich?), ein Linker zu sein und Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Leber zu haben. Eine Verdoppelung der DKP-Stimmenzahl ist kein Bekenntnis, sondern die einzige Möglichkeit, der SPD zu der Einsicht zu verhelfen, daß sie der Linken schon etwas mehr zubilligen muß als eine gut geschützte Spielwiese. Zwei Prozent für die DKP bedeuten das Ende der sozialliberalen Koalition? Gut möglich. Aber in KONKRET haben wir gelesen daß auch ein Innenminister Dregger die öffentliche Meinung im westlichen Ausland nicht ignorieren könnte und daß ein Außenminister Carstens - genau wie der allgewaltige spiritus rector im Finanzministerium - auf Osthandelsinteressen der westdeutschen Wirtschaft Rücksicht nehmen müßte.

In diesem Sinne - Kohl wird Kanzler!

Lothar Mühlberg

Düsseldorf

War die letzte Nummer der KONKRET (9/76) eigentlich die getarnte Null-Nummer der SPD-Sonntagszeitung?

Otmar W. Weber

Essen

Es gibt keine Wahl! Oder bezeichnet ihr die Auswahl zwischen kalter und aufgewärmter Scheiße als Wahl?

skydog

Köln

Zwischenfall

Unter den Leserbriefen in der Juninummer von KONKRET befand sich ein Beitrag mit der Überschrift „Todesschüsse", dessen Verfasser mißbräuchlich mit meinem Namen gezeichnet hat. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich mit dieser Zuschrift nichts zu tun habe und daß die in ihr ausgedrückte bzw. angedeutete politische Meinung sich nicht mit meinen Ansichten deckt.

Dr. Jens Plas

Hamburg

Wider den tierischen Ernst

KONKRET kommentierte die Elogen des Grafen Kielmannsegg (Bundeswehr, vorm. Wehrmacht) auf die Memoiren seines Kollegen Westmoreland („Blutsbrüder", Heft 9/76) und zeigte den deutschen General bei einer Ordenverleihung. Ergänzende Lesermeinung:

Bitte keine Namensnennung, könnte als Aufforderung zur Gewalt verstanden werden.

xxx,

Rechtsanwalt Frankfurt

Schlechter Umgang

Das KONKRET-Interview mit Forschungsminister Matthöfer (8/76) und die Anzeigen aus seinem Ministerium zum Thema Atomenergie hatten die Kernkraft-Gegner aufgebracht. Ausführlich antwortet Walter Mossmann in diesem Heft.

Ich wußte gar nicht, daß Hans Habe zu dem progressiven Kreis der KONKRET-Autoren zählt. (Solch ein reaktionäres Kernkraftwerk - Interview kann nur ein stockkonservativer KKW-Fanatiker seines Schlages gemacht haben.) Damit solche Aussprüche wie über die Wyhl-Bürgerinitiative

.. also kapitalistische Maschinenstürmerei..." (in Wirklichkeit ist der Wyhler Widerstand - Platzbesetzung etc. -keineswegs von irrsinnig-skeptischen CDU-Bonzen organisiert worden - wie es einige Aussagen uns weißzumachen versuchen) - nicht ins Uferlose ausarten, schlage ich also vor, Gerhard Löwenthal für ein Interview mit Franz-Josef-Strauß über das Thema warum keine „aktionseifrigen" CSU-Saubermänner in der Nähe von Reaktoren wohnen... zu gewinnen!

Christian Patzschke

Meerbusch

Warum stört es einen Umweltschützer, daß auch Matthöfer seinen Standpunkt darlegt?

Dem Umweltschutz schadet das nicht, es sei denn, Matthöfer hat die besseren Argumente. Hat er? Im übrigen blieb es bisher Kernkraft-Unternehmen und Behörden überlassen, mißliebige Ansichten zu unterdrücken. Aber der schlechte Umgang färbt wohl ab.

Wolfgang Zierau

Hamburg

Selbstzensur

In ihrem Artikel „Das Ungeheuerliche ist kein Thema" (KONKRET 9/76) hat Peggy Parnass den Nazi Kurt Lischka mit einem Attribut versehen, das die Redaktion einschwärzen mußte.

Zensur in KONKRET: Hat Herr Lischka eine Ehre? Da der Staat verständlicherweise nicht viel gegen diese Leute unternimmt, ist es Sache der Linken, KONKRET eingeschlossen, diese Dinge publik zu machen und Verbrecher, Vertuscher als Vertuscher und Schweine als Schweine zu bezeichnen. Äußert Euch zu dem schwarzen Balken!

Georg Petersen

Bordesholm

Der Staat unternimmt nicht nur viel gegen diese Leute, er - und vor allem seine Justiz - unternimmt recht viel für sie. Nach Auskunft unseres Rechtsanwalts hätte die unkenntlich gemachte Bemerkung als eindeutige Formatbeleidigung den Neuen Konkret Verlag ohne lange Verhandlung mindestens 2000 Mark gekostet. Und das Geld können wir besser gebrauchen als Lischka,xxxxxxxxxx

Die Red.

Sehr, sehr mies

Alice Schwarzers Rezension von Irmtraud Morgners Beatriz-Roman (KONKRET 9/76) war als solche nicht ohne weiteres zu erkennen - und wenn, dann von einigen nicht zu billigen.

Ich finde, daß Ihr die Rezension sehr sehr mies plaziert und präsentiert habt. Ihr habt das Ding als was anderes verkaufen wollen, als es eigentlich ist -und sowas ist immer schlecht.

Alice Schwarzer

Köln

Alice Schwarzer hat mit ihrer Rezension Irmtraud Morgners Buch die emanzipatorische Spitze genommen. Nicht Beatriz, die Phantastische, sondern Laura, die Reale, ist es, die sich als einzige emanzipiert: während Beatriz sich mehr und mehr den Sitten im „Ort des Wunderbaren" anpaßt, das Denken verlernt und dafür beim Fensterputzen stirbt, wird Laura immer kämpferischer. Sie ist es schließlich, die versucht, zusammen mit ihrem sich ebenfalls emanzipierenden Partner eine neue Lebensform zu gewinnen, in der Sexualität keineswegs „Kampf" oder „Mechanik" ist. Wer das nicht sieht, nimmt dem Buch die Perspektive und macht es zu einem resignativen Werk.

Karin Claussen

Hamburg

Hugo im Bild

Eine Kohl-Portage, ein Schaubild über die Abhängigkeit des CDU-Chefs von seinen schwarz-braunen Hintermännern, brachte KONKRET im August. Aber einer fehlte beim Kohl-Konzert!

Mir ist aufgefallen, daß Ihr offensichtlich kein Bild von Hugo Wellems, dem Herausgeber von „Das Deutsche Wort", auftreiben konntet. Anbei ein Konterfei dieser Type. Er macht jetzt übrigens eine neue Zeitung, das „Deutschland Journal" und ist gleichzeitig Chefredakteur des „Ostpreußenblatt", die beide zum Teil identische Artikel bringen. Da das „Ostpreußenblatt" als Organ einer Landsmannschaft mit Bundesmitteln unterstützt wird, finanziert Wellems sein „Deutschland Journal" also offensichtlich indirekt auch aus Steuermitteln.

Werner Schneck

Leer

Nachtrag

Ernest Borneman bittet uns um die Veröffentlichung des folgenden Nachtrags zu seinem Beitrag „Das Geheimnis des flüchtenden Standhaltens" (KONKRET 9/76).

Ich hatte die Redaktion gebeten, meinen Artikel nicht zu veröffentlichen, wenn es aus Gründen des Platzmangels erforderlich sein sollte, den einführenden ersten Absatz zu streichen. Da der Artikel trotzdem ohne diesen Absatz erschienen ist, bitte ich darum, ihn hier aus Gründen des Respekts, den ich für Horst Eberhard Richter empfinde, nachträglich zu veröffentlichen: „KONKRET hat mich aufgefordert, eine Erfolgsanalyse des Buches *Flüchten oder Standhalten zu* liefern. Ich tue das mit geteilten Gefühlen, denn meine Besprechungen dieses Buches in PSYCHOLOGIE HEUTE und der NEUEN RUNDSCHAU könnten den Eindruck erwecken, daß ich das Positive in Richters Arbeiten nicht

zu schätzen wußte. Ehe ich mich anderen Aspekten zuwende, will ich deshalb vorausschicken, daß ich Richter neben Erich Wulff, Klaus Dörner und Manfred Pohlen nach wie vor für den wichtigsten Kritiker und Erneuerer der psychiatrischen Medizin in der BRD betrachte."

Dr. **Ernest Borneman**

Salzburg

Sehr verwunderlich

KONKRET veröffentlichte die Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung zur „Aufklärungs"-Kampagne der Innenminister, „Hab keine Angst" (Heft 8/76).

In der Stellungnahme heißt es: „Aufgabe der Bundesländer (!) sollte es sein, die materiellen und pädagogischen Voraussetzungen für diese (angstvermeidende und sexualbejahende pädagogische) Arbeit zu schaffen." Sehr verwunderlich. Der Gesellschaft für Sexualforschung muß doch der Zusammenhang zwischen Sexualunterdrückung, autoritärer Psychostruktur und deren Brauchbarkeit für die autoritär-repressive Gesellschaft der BRD klar sein! Wie kann man eine derartige Forderung an die Bundesländer stellen? Hoffentlich ist aber mit der „Kampagne" ein unfreiwilliger Anfang gemacht, daß sich die Linke, die sich nur noch einen Furz um Familien- und Sexualpolitik kümmert, endlich mal wieder mit dieser Thematik auseinandersetzt.

Rainer Groothuis

Emden

Mund halten?

In KONKRET 9/76 machte Henning Venske den ersten und letzten (wirklich?) Versuch, eine Platten-Kolumne zu schreiben. Was viele Leser mehr enttäuscht hat als die Musik-Industrie.

Henning Venske behauptet, es sei grundsätzlich „sinnlos..., über Schallplatten zu schreiben". Falsch: gerade in einem linken Diskussionsforum wie KONKRET muß über Schallplatten geschrieben werden. Warum? - Weil Schallplatten nicht einfach nur eine Ware wie Brötchen oder Einbauschränke sind. Schallplatten sind Meinungsmacher. Sie sind einer der vielen Produkte der Bewußtseins- und Medienindustrie, haben ihren festen Platz im Kreislauf der Erziehung zur Anpassung. Da gibt es zum Beispiel den so oft als „progressiv" gepriesenen „Liedermacher" Reinhard Mey, in dessen Liedern sich „Bewußtseinserweiterung" auf „Erheiterung" reimt.

Oder die Insterburger und diese ganzen „Kumpels aus der Hamburger Szene" mit ihrer bierbaucharroganten Weiber- und Schwulenverarschung: „Die Frau '76 ist eine Mehrzweckmaschine mit ausfahrbarem Untergestell", und diesen Gunter Gabriel mit seinen „Liedern aus der Arbeiterwelt" „. . . wenn der Pförtner sagt, der Betrieb sei eingestellt; - bleib ruhig, Mann!". Gerade weil Funk, Fernsehen und Presse so brav angepaßt mitziehen und etwa dem „Spiegel" nichts anderes einfällt, als solchen Produkten „steigendes Niveau" zu attestieren, gerade deshalb darf ein linker Journalismus nicht schweigen. Die Behauptung: „Von Musik etwas zu lesen: Unfug" ist noch aus einem zweiten Grund unzutreffend. Es gibt nämlich Gott sei Dank hin und wieder auch Ansätze alternativer Unterhaltungsmusik: von Zeit zu Zeit mal was Erwähnenswertes vom Pläne-Verlag, oder von Musikern in Eigenverantwortung produzierte Platten (etwa April-Records), eine interessante Reihe bei Trikont und - sehr vereinzelt - lohnt es sich auch mal, etwas aus dem Ausstoß der Konzerne genauer anzuhören (z. B. den Juso-Liedermacher Lerryn, unter Vertrag bei Electrola). Nur: den größten Teil solcher Musik kennt kaum einer. Für sie gibt es keine Fernsehshows und keiner rührt die PR-Trommel (- von Ausnahmen wie Biermann abgesehen -). Die Sendeanstalten spielen lieber James Last und kaum einmal, daß ich im Plattenladen zwischen Oberkrainer und Silver Convention auf Ton Steine Scherben oder Walter Mossmann stieß. Und nun sollen zu allem Oberfluß auch noch die wenigen linken Musikjournalisten den Mund halten?

Tommi Herrwerth

Heidelberg

Konkret 10/76, S. 3

konkret intern

Wenn dieses KONKRET erscheint, sind es noch drei Tage bis zur Bundestagswahl. Die Verkaufs- und Lesezeit reicht noch fast vier Wochen über die Wahl hinaus, in eine Zeit, da in der westdeutschen Linken der große Frust umgehen wird - der ganz große, wenn die CDU/CSU gewonnen hat der ziemlich große, wenn wir uns Helmut wiederhaben. Dem will KONKRET etwas entgegensetzen: den Blick über die Grenzen der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme über die Kräfteverhältnisse auf der Welt, die Diskussion und Kritik herausfordern wird. Für beides wird in KONKRET Platz sein.

*

KONKRET-Autor Günter Wallraff hat seine Erlebnisse mit und nach Spinola in einem Buch zusammengefaßt, das bei Kiepenheuer und Witsch erschienen ist. Jetzt gibt es eine Lizenz-Ausgabe, als Nr. 7 der Reihe PDI-KONKRET, die für Organisationen und deren politische Arbeit gedacht ist. Sie ist zu beziehen beim „Pressedienst Demokratische Alternative", Münzstraße 3, 8 München 2 und kostet ab zehn Exemplaren pro' Stück 5,20 Mark, ab 100 Exemplaren 4,90 Mark, zuzüglich Porto.

*

„Liberation", die früher von Jean Paul Sartre gesponserte französische Links-Zeitung, machte ihre Titelseite am 23. August mit einer Meldung über die KONKRET-Enthüllungen „Fakten zum Vorwurf: Mord" (9/76) auf. Die liberale Presse der Bundesrepublik stellte sich taub - bis auf den „Spiegel", der freilich im Gegensatz zu besseren Zeiten heute stolz darauf zu sein scheint, als Hilfsorgan der Bundesanwaltschaft zu fungieren und peinliche, an die Behörden gerichtete Fragen in freiwilliger Sonderschicht herunterzuspielen.

*

Eine ärgerliche, wenngleich erkennbare „Verhebung" ist uns bei Wolf Biermanns Rezension des Kipphardt-Romans im letzten Heft passiert. Richtig maßte die Passage heißen: „Ein schönes Gedicht fand ich auf den letzten Seiten, Kipphardt hat es seinem Helden März in den Mund gelegt:

Das Lieben

Das Lieben ist schön.

Schöner als das Singen.

Das Lieben hat zwei Personen.

Das ist beim Lieben der Kummer. -

das hätte ich früher kennen sollen! und in Musik bringen! und mit auf meine Schallplatte singen! Solche Kargheit hätten meine ‚Liebeslieder` gut brauchen können."

Inzwischen hat Biermann das Gedicht vertont und zwei weitere aus Kipphardts „März“ dazu.

*

Auch dieses KONKRET hat wieder 60 Seiten, acht Seiten mehr als früher. Ohne Preiserhöhung. Die Papierpreise sind derzeit stabil; die Druckpreise auch, die Vertriebserlöse steigen. Das Resultat geben wir an die Leser weiter. Was ist besser als KONKRET? Mehr KONKRET.

Konkret 10/76, S. 8

Fritz Walter

Mao und die Folgen

Hat der Maoismus eine Zukunft? Der belgische Trotzkist Ernest Mandel, führender Theoretiker der 4. Internationale (mit Einreiseverbot in die BRD) und Fritz Walter - unter diesem Pseudonym schrieb der sozialistische Wissenschaftler schon in den 20er Jahren in der Arbeiterpresse -geben überraschend ähnliche Auskünfte

Der Tod Mao Tse-tungs zwingt zur Besinnung. Sie fällt in einem Lande schwer, das - wie die Bundesrepublik Deutschland - zuletzt zum Spielfeld fast irrer Schwankungen der chinesischen Außenpolitik wurde. Denn wie kann man die Besuchs-Halbidentifikation mit Franz Josef Strauß und mit allen antisowjetischen Bestrebungen der BRD, mit den Weltmachtsträumen für ein unter deren Führung „vereintes" Europa anders werten?

Aber darf man die chinesische Revolution und ihren großen Führer allein von hier aus sehen? Durfte man Lenin und den Leninismus von den Verzerrungen aus werten, die Stalin in den schlimmsten Perioden seines innerparteilichen Terrors ihm angeheftet hatte? Darf man den großen Initiator und Leiter der reorganisierten Roten Armee, die den russischen Bürgerkrieg gewann, Leo Trotzki, nur von den unsinnigen Schwankungen aus sehen, die er kurz. vor seinem Lebensende - psychologisch allzu leicht verständlich hatte? Spätere Historiker der Arbeiterbewegung, die einst - in einer sozialistischen Welt - unsere Epoche aufarbeiten, werden in diesen Fragen anders urteilen, als allzu viele Kommentatoren unserer Gegenwart. Und es ist wohl sicher, daß auch heute derjenige, der das versucht, mehr zur glaubhaften Überwindung des „Maoismus" beiträgt, als jeder, der dem großen Toten das abspricht, was er unzweifelhaft erbracht hat - die historische Leistung im Kampf um die Befreiung seines Volkes.

Als 1921 die Kommunistische Partei Chinas gegründet wurde, war der 28jährige Lehrer und Großbauern-(würden wir es in damaliger russischer Terminologie charakterisieren: Kulaken-)Sohn dabei. Als 1927 das Bündnis mit der Kuomintang durch Tschiang Kai-scheks Mordzug gegen die Arbeiter von Shanghai zerstört wurde und dann auch das Proletariat von Kanton geschlagen war, gehörte er zu denen, die der Ansicht waren, daß man nun das Hauptgewicht auf die Mobilisierung militärischen Widerstandes, vor allem auch unter den armen Bauern, legen müsse. Damit ging Mao den Weg zur „Sinologisierung" des revolutionären Marxismus, zu seiner Aktualisierung und zur Anpassung an die besonderen Bedingungen, wie sie in der Periode der großen imperialistischen Weltkriege für die zahlenmäßig größere (und seiner kulturellen Tradition nach älteste), aber machtmäßig schwächste, neokolonial beherrschte und nur am Rande in ersten Ansätzen industrialisierte Nation der Welt entstanden waren. Er ist ihn konsequent weitergegangen, häufig ohne sich um die Meinungen der Exekutive der kommunistischen Internationale viel zu kümmern, aber auch ohne formell mit ihr zu brechen.

So ist Mao in diesen Jahren beides geworden, der politische Führer und der strategische Denker, der Theoretiker dieses Kampfes. Als Theoretiker hat er immer wieder versucht, nicht nur Marx -und soweit er konnte, denn er beherrschte keine fremden Sprachen- Hegels Dialektik, sondern auch die Geschichte und Philosophie seines eigenen Landes einzubeziehen. Als politischer und militärischer Führer hat er (durch den opfervollen „großen Marsch" nach Norden, scheinbar in das bloße „Abseits") zunächst bewirken können, daß Reste der revolutionären Bewegung und der Agrar-Revolution den brutalen Terror der rechten Kuomintang überlebten. Sie mußten von ihr als halbe Bundesgenossen akzeptiert werden, als 1937 der japanische Imperialismus Zentralchina unterwerfen wollte.

Die Einbeziehung Chinas und Japans in den zweiten Weltkrieg und die Unterstützung der UdSSR, die den Einmarsch in die Mandschurei ermöglichte, brachte dann die Chance des Sieges. Nach dem Einzug der Roten Armee Maos in Peking 1949 und der Proklamierung der Volksrepublik China brach die Herrschaft der rechten Kuomintang und Tschiang Kaischeks trotz der Verfilzung der chinesischen Ausbeuterklassen mit dem amerikanischen Imperialismus wie ein Kartenhaus zusammen. Die Massen der Bauernbevölkerung Chinas und der Arbeiter in den Städten hatten eindeutig entschieden.

In China konnte nun der sozialistische Aufbau durch Umformung der Agrarverfassung und Weiterführung der Industrialisierung - jetzt in planwirtschaftlichsozialistischer Weise - beginnen. Die UdSSR bot, trotz aller eigenen Schwierigkeiten nach den Zerstörungen des Krieges, solidarische Hilfe.

Der Umbau zu sozialistischer Produktion in einem derart zurückgebliebenen Lande, wie es China war, erfordert viele Experimente und manches Hin und Her. Ein derart gewaltiger Umbruch ist nicht ohne Fehler möglich. Wer will darüber richten? Aber schon nach wenigen Jahren wurde deutlich, was heute jeder weiß: Vor dem Sieg des Sozialismus in China gab es in den damals vergleichbaren Ländern China und Indien Millionen, die hungerten und oft verhungerten. Schon kurz nach 1950 gab es sie in China nicht mehr, und in Indien gibt es sie noch heute, wahrscheinlich mehr als damals, so daß nun

endlich auch die indische Regierung an eine Wende denkt.

Bei den vielen Fehlern, die China auf seinem Wege, machte, gab es Reibungen mit den sozialistischen Beratern, die ihm helfen wollten ~ .. Bald kamen Interessenwidersprüche realer Art hinzu und auch neue strategische Divergenzen mit der bereits entwickelten sozialistischen Weltmacht, der UdSSR. Mao hat sie -leider - zu Machtkonflikten übersteigert und, im Banne seines (an sich berechtigten) chinesischen Nationalbewußtseins, zu nationalistischem Konfliktdenken überhöht. Er hat sich verleiten lassen, seine (vielfach durch den praktischen Erfolg der chinesischen Revolution bestätigte) Theorie zur allgemeinen Theorie der sozialistischen Revolution zu erheben, erst nur für alle „unterentwickelten" Länder, dann für die sozialistische Revolution in der ganzen Welt. Er wollte nun China für den internationalen Sozialismus als das begreifen, als was sich Rom für den Weltkatholizismus versteht. So glitt seine Politik in die Entartungen hinein, von denen ausgegangen werden mußte.

Doch ändert das alles etwas an der Bedeutung des Sieges der sozialistischen Revolution in China und an der Größe Maos? So sollte sich die Trauer um seinen Tod mit der Hoffnung verbinden, daß trotz aller Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen um seine Nachfolge, die sein Tod für die chinesische Kommunistische Partei und die Volksrepublik China bringt, China einst wieder den Weg gleichberechtigter Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten (und Parteien) findet.

Wer aber Mao zum „Maoismus" dogmatisiert und an ihm die Arbeiterbewegung der ganzen Welt „orientieren" will, der schadet nicht nur dem Andenken Maos, sondern vor allem der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus.

Konkret 10/76, S. 9

Ernest Mandel

Mao und die Folgen

Hat der Maoismus eine Zukunft? Der belgische Trotzkist Ernest Mandel, führender Theoretiker der 4. Internationale (mit Einreiseverbot in die BRD) und Fritz Walter - unter diesem Pseudonym schrieb der sozialistische Wissenschaftler schon in den 20er Jahren in der Arbeiterpresse -geben überraschend ähnliche Auskünfte

Mao Tse-tung steht für den Sieg der dritten chinesischen Revolution, für die Entmachtung des Bürgertums und der Großgrundbesitzer im dichtest bevölkerten Land der Erde, für das Durchbrechen der imperialistischen Umkreisung der Sowjetunion und die grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt nach 1945.

Der Sieg der dritten chinesischen Revolution ist - nach der Oktoberrevolution in Rußland - das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts. Die zweite chinesische Revolution hatte 1927 eine tragische Niederlage erlitten, als Stalin die junge kommunistische Partei zwang, sich dem bürgerlichen Kuomintang politisch unterzuordnen. Die dritte chinesische Revolution konnte siegen, weil sich Mao trotz seiner falschen theoretischen Formel von der „neuen Demokratie" in der Praxis weigerte, die aus der antijapanischen Guerilla entstandene Befreiungsarmee der Armee Tschiang Kai-scheks unterzuordnen und die Bauernaufstände auf dem Altar einer Koalitionsregierung mit dem Bürgertum zu opfern.

Die dritte chinesische Revolution war die Geburtsstunde der Volksrepublik China, eines Arbeiterstaates, der das chinesische Volk in nur zwei Jahrzehnten zu einer selbständigen und mächtigen Nation machte und für immer aus Stagnation und Hungersnot befreite. Kein späteres Ereignis kann dieses historische Verdienst Maos mindern.

Aber die dritte chinesische Revolution war keine „normale" sozialistische Revolution. Der Krieg des japanischen Imperialismus gegen China hatte das Land verwüstet, das städtische Proletariat personell und ökonomisch geschwächt. Diese Schwäche und Maos Strategie, die Klassenkämpfe in den Städten zu unterdrücken, führten dazu, daß die chinesische Arbeiterklasse im Rahmen dieser Revolution keine selbständige Rolle spielen konnte. Die chinesische Revolution war eine bürokratische Revolution von Anfang an.

Mao war weder ein Lenin noch ein Stalin, weil er anders als Stalin eine Revolution und keine Gegenrevolution führte, aber anders als Lenin eine Revolution, die nicht authentisch proletarisch war, obwohl sie den gesellschaftlichen Inhalt einer proletarischen Revolution hatte: die Zerstörung des Privateigentums und der Staatsmacht des Bürgertums. Aber wenn Mao auch nicht mit Stalin gleichzusetzen ist so trägt doch das bürokratische Regime, das er errichtete, stalinistische Züge: Erstickung der proletarischen Demokratie, keine Arbeiter-Selbstverwaltung, materielle Privilegien der Bürokratie, pragmatische Entartung des Marxismus und Persönlichkeitskult.

Es war die tragische Dimension des alternden Mao, die gefährlichen Folgen der Bürokratie von Staat und Partei - vor allem die Entpolitisierung der Massen - zu erleben. Mehrmals versucht er, den Prozeß der Bürokratisierung aufzuhalten. Als er in der Parteiführung in die Minderheit gerät, wendet er sich- ein Verbrechen in den Augen stalinistischer Bürokraten - über den Parteiapparat hinweg direkt an die Massen. Mit der Formel „Letzten Endes laufen die Lehren der Geschichte immer darauf hinaus: Rebellion ist gerechtfertigt" entfachte er die Kulturrevolution.

Aber als die Massenmobilisierung immer mehr der Kontrolle der Maofraktion entglitt, als sie zur Entfaltung linksoppositioneller Strömungen führte, als sie mehr und mehr die Arbeiterklassen mitriß, vereinte sich Mao wieder mit der Mehrheit des bürokratischen Apparats. Die roten Garden wurden diszipliniert und unterdrückt. Nun galt die neue Regel: Jede Rebellion ist gerechtfertigt, außer der Rebellion gegen die Gedanken Mao Tse Tungs.

Die Rechtsschwenkung in der Innenpolitik führte zu einer noch schärferen Rechtsschwenkung in der Außenpolitik. Die maoistische Führung entdeckte plötzlich eine Restauration des Kapitalismus und das Entstehen eines „sozialistischen Imperialismus" in der Sowjetunion. So kam man zu der These der „zwei Supermächte", von denen die des „jungen" sowjetischen Imperialismus die Gefährlichere sei. Diese Politik führte zum zynischen Verrat an den revolutionären Bewegungen im Sudan, in Sri Lanka, in Bangla Desh, in Angola, und in vielen anderen Ländern, zur Zusammenarbeit mit den Henkern des persischen und chilenischen Volkes, zur Aufforderung an Franz-Josef Strauß und die Fanfanis, das Wettrüsten des westeuropäischen Imperialismus zu beschleunigen, um so der Sowjetunion eine stärkere Gegenmacht in Europa entgegenzustellen. Daß dies alles keine „schöpferische Anwendung des Marxismus/Leninismus" war, sondern nur eine einfache Radikalisierung nationaler, diplomatischer Manöver, bedarf keiner weiteren Erklärung.

Der chinesisch/sowjetische Konflikt, hauptsächlich von der chruschtschowschen Bürokratie mit der plötzlichen Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe und der Unterstützung des kapitalistischen Indien im Krieg gegen China verschuldet, hatte bei vielen Jugendlichen in der Welt Interesse und Sympathie für Mao erweckt. Die Kulturrevolution verstärkte diese Anziehungskraft. Der Maoismus erschien als eine sowohl linke als auch freiheitliche Alternative gegenüber den offiziellen kommunistischen Parteien und, im Gegensatz zum Trotzkismus, als eine bereits in einem neuen Staatsgebilde „verwirklichte" Alternative. Aber das Ende der Kulturrevolution, die Rechtsschwenkung der chinesischen Außenpolitik,

der wachsende repressive Kurs in China gegenüber den Massen, die Wandlung der maoistischen Organisation in neo-stalinistische Sekten, haben dieses Image stark beeinträchtigt.

Und viele westliche Intellektuelle (und manche wahrhaft revolutionäre) werden es bedauern, sich - vielleicht schon zum zweiten Mal - die Finger verbrannt zu haben, als sie die Interessen der internationalen Arbeiterklasse mit denen eines Staates identifizierten.

Konkret 10/76, S. 10

Alexander von Hoffmann

Schleyer befiehlt, wir tragen die Folgen

Nach der höchst surrealistischen Darstellung von Politik während des Wahlkampfes werden Volk und Regierung der Bundesrepublik nun wieder die banalen Fakten ins Auge fassen müssen, auch und ganz besonders die konjunkturpolitischen.

Sie schienen, hörte man nur auf die Wahlrhetorik, Erfreuliches zu verheißen. „Wir haben die Welt aus der zweiten Weltwirtschaftskrise herausgeholt“, sprach Helmut Schmidt, und die Wahlredner der sozialliberalen Koalition prophezeiten einen Aufschwung von geradezu klassischer Harmonie, mit stetigem Wachstum bei nur noch minimalen Inflation. Die Christdemokraten meldeten allenfalls verhalten Zweifel an, denn ihnen war es im Grunde lieb, daß die Krise der freien Marktwirtschaft kein Wahlkampfthema wurde.

Indes, wirtschafts- und finanzpolitisches Krisenmanagement könnte durchaus auch die neue Bundesregierung noch auf längere Zeit beschäftigen. Vieles deutet darauf hin, daß die tiefe Rezession keineswegs schonüberwunden, ja daß ein Rückschlag möglich ist.

Was da 1973 in der Bundesrepublik mit Baupleiten, Autohalden und hochschnellender Arbeitslosigkeit begonnen hat, ist anderer Qualität als die gelegentlichen Konjunkturknicks der fünfziger und sechziger Jahre. Anders darin, daß der vom kapitalistischen Wirtschaftssystem bestimmt Teil der Welt insgesamt von der Krise erfaßt wurde (insofern sprach Helmut Schmidt mir Recht von einer Weltwirtschaftskrise), anders auch darin, daß praktisch alls fundamentalen Mängel und Widersprüche des Systems gleichzeitig zutrage traten.

· Es sieht nicht so aus, als wäre es schon gelungen, sie wieder zu verdecken. Beispielsweise:

· Die weltweite Inflation ist nicht unter Kontrolle

· Das Weltwährungssystem ist in heillosen Unordnung.

· Die Rohstoffpreise haussieren.

· Kapital ist knapp und teuer, seine profitable Verwertung schwierig.

· Die Finanzierung notwendiger gesellschaftlicher Investitionen ist nicht gesichert.

· Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt weltweit ab.

· In der Gruppe der Industrieländer zeigen sich die gravierenden Entwicklungsunterschiede.

· Das Gefälle zwischen Industrieländern und Dritter Welt wird steiler statt flacher

So logisch es ist, hinter einer Weltwirtschaftskrise weltweite Ursachen zu vermuten, so logisch ist es, ihre Überwindung von der Beseitigung eben dieser Ursachen zu erwarten. Schmidts Behauptung, „wir“ (gemeint war: wir in Bonn) hätten die Welt aus ihrer Krise geholt, erledigt sich als Wahlpropaganda. Aber vielleicht haben ja die in Bonn wenigstens „uns“ also: die Bundesrepublik, aus der Krise geholt.

Obwohl die Annahme, der zweitgrößte Industriestaat der kapitalistischen Welt könne sich aus deren Krise einfach abmelden, ganz und gar unsinnig erscheint, wurde gerade dies im vergangenen Sommer angedeutet. Zahlen gab es, die das Unsinnige sogar zu belegen schienen: Die westdeutsche Industrie produzierte wieder soviel wie vor Ausbruch der Krise, das Sozialprodukt stieg, die Arbeitslosigkeit ging zurück, die Inflationsrate verringerte sich.

Kurz vor der Wahl sahen die Daten dann wieder weniger schön aus (im August stieg zum Beispiel die Inflationsrate von 4,1 auf 4,6 Prozent, bleib die Zahl der Arbeitslosen auf 939.000 konstant), aber schon die Entwicklung im 2. Quartal war keineswegs so positiv gewesen, wie Politiker und „neutrale“ Experten der Wirtschaftsinstitute sie dargestellt hatten.

Der bundesdeutsche Aufschwung dieses Frühjahrs mußte in Zusammenhang mit den fortdauernden, sich zum Teil noch verschärfenden weltweiten Krisenmerkmalen gesehen werden, und allein diese rechtfertigten erhebliche Zweifel an seine Dauerhaftigkeit. Aber selbst die vorliegenden Daten zeigten bereits, daß sich die Konjunkturentwicklung prinzipiell von dem Unterschied, was bis dahin als Aufschwung nach einer Rezession gegolten hatte, Es hatte keineswegs jenes kräftige alle wichtigen Wirtschaftsbereiche erfassende Wachstum eingesetzt, das binnen weniger Monate die Krisendaten auslöscht und neue Rekordmarken erreicht.

Im sogenannten Aufschwung des Frühjahrs 1976 blieben in der Bundesrepublik Investitionen und Inlandsaufträge auf niedrigem Niveau, stiegen die Ausgaben der Verbraucher nur zögernd, meldeten Schlüsselindustrien wie Stahl und

Maschinenbau geringen oder gar keine Auftrieb. Die Arbeitslosigkeit nahm so geringfügig ab, daß im „Aufschwungs“-Jahr 1976 der Durchschnitt voraussichtlich wieder, wie schon im Krisenjahr 1975, über die Million liegen wird.

Wahrscheinlich sind es im wesentlichen zwei Antriebskräfte, die das leichte Anziehen der Gesamtkurve im Frühjahr bewirkt haben. Zum einen lassen sich bestimmte Investitionen, auch solche von Verbrauchern, nicht beliebig lange aufschieben, sind Lagerbestände irgendwann einmal abgebaut und müssen ergänzt werden; das erzeugt dann einen Nachfrageschub, der aber für sich allein nur schwach und kurzlebig ist. Zum anderen hatte es verschiedene Sondermaßnahmen zugunsten der Unternehmer gegeben (Steuervergünstigungen, Zuschüsse, Lohnverzicht der Gewerkschaften), die als Initialzündung für einen Aufschwung gedacht waren; sie sind aber offenbar von den Beschenkten nur im angebotenen Umfang dankend angenommen worden, haben also ebenfalls nur zu einer vorübergehenden Scheinbelebung beigetragen.

Ganz offensichtlich ist eingetreten, was etliche Experten vorausgesagt hatten: Die niedrigen Lohnabschlüsse sind nicht, wie es den Gewerkschaften in Aussicht gestellt worden war, durch höhere Investitionsleistungen honoriert worden, vielmehr lastet ein großer Teil der Industrie erst einmal die vorhandenen Kapazitäten wieder besser aus, steckt erhöhte Profite ein und wartet ab, ob sich das Investieren wirklich wieder lohnt.

Soweit investiert wird, ist überwiegend nicht Erweiterung, sondern Rationalisierung das Ziel. Über die Hälfte der Investitionen dieses Jahres diente der Rationalisierung, und das heißt: der Abschaffung von Arbeitsplätzen. Es liegt im Wesen des elektronischen Fortschritts, daß jede neue Rationalisierungswelle erheblich mehr Arbeitsplätze beseitigt als die vorangegangene. Wenn außerdem, wie zur Zeit, die Gesamtkapazität nicht oder nicht nennenswert vergrößert wird, ergibt sich ein stetiger Nettoverlust von Arbeitsplätzen.

Der Eindruck ist schwer abzuschütteln, daß unsere Krisenmanager aller Schattierungen das Problem Arbeitslosigkeit nicht begreifen. Die ständig wiederholte Meinung, daß man sich wohl -sorry - an erheblich höhere Durchschnittsquoten werde gewöhnen müssen, daß auch bei vier oder fünf Prozent Arbeitslosigkeit durchaus noch von Vollbeschäftigung gesprochen werden könne, zeigt nicht nur Unverständnis für die Situation der Betroffenen, sie läßt auch wichtige Aspekte außer acht.

Erstens ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit derzeit sehr viel höher als von der Statistik ausgewiesen. Dort werden hunderttausende von abgeschobenen Gastarbeitern nicht gezählt und weitere zigtausend, die gar nicht erst kommen durften; diesen erheblichen Block von Arbeitslosigkeit hat die Bundesrepublik einfach exportiert. Hinzugezählt werden müssen ferner die im vorzeitigen Ruhestand, in staatlichen Umschulungskursen und Notstandsprojekten der Statistik entzogenen Arbeitslosen sowie die arbeitslosen Schulabgänger, die ebenfalls nicht in der Statistik auftauchen. Einen Anhaltspunkt gibt die Zahl der insgesamt Beschäftigten: Sie hat vom z. Quartal 1973, also vom Beginn der Krise, bis zum z. Quartal 1976 stetig abgenommen, um bislang 1,4 Millionen.

Zweitens verhüllt die amtliche Statistik, da sie jeweils nur Globalzahlen nennt und vergleicht, das individuelle Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Hinter einer Jahres-Durchschnittszahl von einer Million Arbeitslosen steht eine wesentlich höhere Zahl von Menschen, die im Verlauf des Jahres für längere oder kürzere Zeit arbeitslos sind und die individuelle Erfahrung der Arbeitslosigkeit machen. Zu ihnen müssen noch ihre Angehörigen und Freunde gerechnet werden, so daß in den Jahren 1974 bis 1976 wohl mehr als zehn Millionen Bundesbürger, sehr vorsichtig geschätzt, mit dem Phänomen Arbeitslosigkeit konkret in Berührung gekommen sind.

Sie alle lernten, daß die lebenslange Sicherheit des Arbeitsplatzes in dieser Gesellschaft eben doch nicht garantiert ist, und schon gar nicht die Sicherheit ständig steigender Einkommen und ständig höheren Lebensstandards. Sie erfuhren die einschneidende Existenzverschlechterung, die sich ja nicht etwa auf die Zeit der Arbeitslosigkeit beschränkt; in aller Regel bringt ein neuer Arbeitsplatz eine nachhaltige, oft eine endgültige Minderung von Einkommen und Status. Diese Erfahrung kann durchaus als kollektiver Schock wirken, der die gesellschaftlichen Verhaltensmuster von Grund auf verändert.

Unmittelbar davon betroffen wäre der sogenannte Massenkonsum, Hauptmotor jeder entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaft. Daß der inländische Massenverbrauch trotz der intensiven Optimismus-Kampagne - und anders als in früheren Aufschwungphasen- bislang praktisch stagniert, könnte ein Indiz für fundamentale Veränderung sein, für die Abkehr vom 75jährigen bedingungslosen Konsum-Trip. Damit würde dem Aufschwung eine wesentliche Voraussetzung fehlen.

Eine weitere fehlt ihm ohnehin, das kräftige Wachstum der Staatsausgaben. Sie sind durch ihren Umfang längst auch in kapitalistischen Ländern zu einem entscheidenden Faktor der konjunkturellen Entwicklung geworden, und seit den

dreißiger Jahren galt es als Mittel der Rezessionsbekämpfung, die Staatsausgaben überproportional zu erhöhen. In der gegenwärtigen Krise jedoch fing der Staat an, geradezu brutal zu sparen.

Der Bundeshaushalt 1977 beispielsweise soll, so hieß es vor der Wahl, nur um einen Prozentsatz steigen, der etwa der erwarteten Inflationsrate entsprechen würde. Begründet wird das damit, daß die Krise die Steuereinnahmen vermindert und so zu hoher Staatsverschuldung gezwungen habe; Kreditaufnahme im gleichen Ausmaß wie bisher sei nicht mehr möglich.

Es wird mehr und mehr zum Charakteristikum der zweiten Weltwirtschaftskrise, daß die kapitalistischen Gesellschaften jene Mittel verteufeln, die allein einen wirklichen Ausweg schaffen könnten: die Instrumente der kollektiven Planung. Obwohl die hochgelobten Selbstheilungs-Mechanismen der freien Unternehmerwirtschaft offensichtlich außer Betrieb sind, obwohl das am Fixstern des maximalen Profits orientierte System seine Unzulänglichkeit unübersehbar und mit schlimmen Konsequenzen demonstriert, erwarten die Regierungen Rettung allein von eben diesem System. Die letzte Bundesregierung erklärte es geradezu zur Grundlage ihrer Politik, den Unternehmern höhere Profite zu verschaffen.

Die Voraussage sei gewagt, daß der neuen Regierung nichts anderes einfallen wird. Schleyer befiehl, wir tragen die Folgen.

Konkret 10/76, S. 12

Es gibt nur einen Grund, nicht DKP zu wählen: die DKP

Ein DKP-Mitglied begründet, warum er seiner Partei einen Denkzettel verpaßt. Sein Name ist der Redaktion bekannt.

Wenn dieses Heft erscheint, sind es noch ein paar Tage bis zur Wahl. Wenn es ausliegt, ist sie gelaufen, Strauß ist dran und mit ihm die nach Hitler reaktionärste Regierung seit 100 Jahren, und alles war für die Katz. (Etwa nicht? Hat die Koalition gewonnen? Wie schön.) Was soll jetzt noch der Streit um die paar DKP-Stimmen, die den Kohl nicht fett machen, und um die allein es ging in der ganzen Wahldiskussion der letzten Hefte von KONKRET?

Aber da hat zum Schluß der Herausgeberselbst sein Votum abgegeben (Leitartikel 9/76: ‚Schmidt wählen?!"),wie üblich gekonnt, mit schärfsten Worten, die uns allen so lieblich in den Ohren klingen, seine Partei tadelnd, um sie dann schließlich doch zur Wahl zu empfehlen, sogar und gerade seinen kommunistischen Lesern. Gremliza/KONKRET- Linksaußen Lumpensammler für die SPD? Raffinierter ist objektiv - in dieser Szene keine Reklame für die SPD zu machen. Gremliza als Agent provocateur, was der CDU ihre Mao ist en, der SPD ihr KONKRET? Jahrelang wird auf den Putz gehauen, um dann im entscheidenden Moment das sorgfältig zusammengekehrte Sympathisanten-Häuflein mit elegantem Schwung doch auf den großen Haufen zu werfen. Haben Angelmann, Piwitt, Staeck und Wallraff, Eggebrecht, Wieczorek, Jens und Guggomos dieses allmählich Übelkeit erregende Argument vom kleineren Übel nicht schon genug totgeritten? Muß es in so beschwörender Manier nochmals ex cathedra verkündet werden? „Die Wahlkabine ist kein Beichtstuhl!" Seit wann sind KONKRET-Leser fromm?

Die DKP kriegt keine 5 Promille, die CDU ist schlechter als die SPD, 2 x 2 ist 4, und das alles in 97 Variationen. Die Gleichung ist so primitiv wie unvollkommen. Die Wahlentscheidung ist (war) viel schwieriger, selbst wenn der Ansatz stimmte. Und er stimmt. Axel Eggebrecht, Altkommunist, deutete es wenigstens an: Die heutige kommunistische Partei hat durchaus nichts gemein mit der Partei vor 50 Jahren! Im Beichtstuhl ist weder die DKP noch die SPD wählbar. Das ist das Dilemma, nicht das Promille-Spiel. Die DKP wählen, um die SPD unter Linksdruck zusetzen (Abendroth),oder die SPD wählen, um dieser sich ständig selbst disqualifizierenden DKP-Führung nochmals und immer wieder und solange die Quittung für ihre unzureichende politische Praxis zu geben, bis es auch der letzte, den es angeht, unabweisbar kapiert hat, daß mit diesen Berufsrevolutionären, die unentwegt all' ihre subjektiven Unzulänglichkeiten mit objektiven Schwierigkeiten zu vertuschen suchen, kein Blumentopf zu gewinnen ist. KONKRET - immer nur Arzt am Krankenbett der SPD? Was für eine ungerechtfertigte Bereicherung! Als ob die DKP gesund wäre! (Finanziell vielleicht.) Und sie ist ein hoffnungsvollerer Fall!

Ich protestiere dagegen, wie Gremliza zu diesem Thema Stellung nimmt. Erstens hätte er schon deshalb besser geschwiegen, weil das Mißtrauen in die Käuflichkeit der Presse mit Recht so groß ist, daß es auch leicht auf KONKRET übergreifen kann, wenn es so unnötigerweise genährt wird. Zweitens steht es heute, in diesem Staat, in diesem antikommunistisch verhetzten Zirkus, Mitgliedern der SPD nicht zu, Kommunisten aufzurufen, SPD zu wählen. Als Herausgeber dieser parteiunabhängigen Zeitschrift verschiebt Gremliza drittens unangemessen die Gewichte zugunsten seiner eigenen Partei, wenn ständig nur die SPD ihr Fett abkriegt, die DKP dagegen mehr oder weniger ungeschoren bleibt. Auch das Gerede vom kleineren Übel vernachlässigt das für uns wichtigere Übel. Das Übel der DKP.

Was (war zu) tun nächsten (letzten) Sonntag? SPD wählen! Nicht weil sie das miese, korrupte, verlogene, feige, riesengroße kleinere Übel ist, sondern ausschließlich deshalb, weil die DKP heute, so wie sie sich zur Zeit darstellt, keine Alternative ist, sondern ein Pappsoldat. Man kann nicht zwei miese Gäule laufen lassen, um ein Holzpferd zu satteln. (Gebt dieser DKP, der anzugehören ich noch die Ehre habe, immerhin die 1. Stimme, die Stimme, die nicht zählt, aber etwas besagen könnte.) Dabei muß klar sein, daß dies kein Dauerzustand sein darf. Und es muß klar sein, daß diesen Zustand zu ändern in allererster Linie innerparteiliche Aufgabe der Kommunisten selber ist. Sollen sich die Sozialdemokraten um ihre eigene Partei kümmern. Bei der DKP stimmt wenigstens das Programm. Funktionäre sind austauschbar.

Und wieso anonym? Ich bin kein frommer Selbstmordkandidat, sondern in der Öffentlichkeit im Dienst, in einem sozialdemokratisch regierten Bundesland. Ich will auch nicht aus der einzigen ernst zu nehmenden sozialistischen Partei geschmissen werden, auch wenn deren bezahlte Funktionäre und Redakteure großenteils wegen ständiger Verschleuderung von Arbeitergroschen bald und kurzerhand in die Betriebe zurückgeschickt werden müssen.

Konkret 10/76, S. 14

Hartmut Schulze

Die Erde wird rot

Nach der Wahl: Katzenjammer bei den Linken. Dabei sieht es doch gar nicht so schlecht aus. Auf der Welt. Von den alten Kolonialreichen sind nur noch wenige Ecken übrig (schwarz), von den befreiten Kolonien (grau) gehen immer mehr den Weg zum Sozialismus (rosa). Die sozialistischen Staaten selbst (rot) konsolidieren sich, während die kapitalistischen (weiß) mit ihren Krisen kaum noch fertig werden. In der „Dritten Welt" kann sich der Imperialismus oft nur noch mit brutalen faschistischen Regimes (schwarz) an der Macht halten

Dieser zu einer sozialen, freiheitlichen Wirtschaftsordnung verwandelte „Kapitalismus" kann eine ungeheure Lebenskraft ausströmen, weil er zu einer Wirtschaft der arbeitenden Menschen geworden ist." Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", dem Zentralorgan der westdeutschen Bourgeoisie, vom 16. Juli 1976.

Dieser „verwandelte" Kapitalismus ließ 1975 in der Bundesrepublik in der gegenwärtigen Krise 10 000 Firmen bankrott gehen, vernichtete 1,5 .Millionen Arbeitsplätze, produzierte eine Million Arbeitslose, ließ ein Viertel der Industriekapazität brachliegen und verhinderte so die Produktion von Gütern im Wert von 120 Milliarden Mark.

Dieser „verwandelte" Kapitalismus liquidierte seit 1949 mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe, läßt gegenwärtig 300 000 Hektar Ackerland (eine Fläche so groß wie das Saarland) brachliegen, verhindert damit die Produktion von jährlich 1,2 Millionen Tonnen Getreide.

Diese soziale und freiheitliche Wirtschaftsordnung produziert alljährlich 600 000 Frühinvaliden und 6000 Berufsunfall-Tote - doppelt soviele wie die unsoziale Wirtschaftsordnung der DDR.

Kurzum: Diese Wirtschaftsordnung, dieser nicht verwandelte, wenngleich oft kaschierte Kapitalismus ist am Ende. Oder richtiger: er wäre am Ende, verfügten seine Nutznießer nicht über die politische, militärische und ideologische Gewalt, ihn weit über seine Existenzberechtigungs-Grenze hinaus zu prolongieren.

Den Preis dafür zahlten und zahlen die Schwächeren: Die Vietnamesen und Kambodschaner mit über zwei Millionen Toten, die Chilenen mit Tausenden Gefolterter und Ermordeter, die Völker der Dritten Welt mit 550 000 Millionen Hungernder, jährlich 6 Millionen Hungertoten und weiteren 9 Millionen, die an den Folgen der Unterernährung sterben. Auch die 600 000 Kinder, die jedes Jahr im nördlichen Brasilien an Hunger und Hungerfolgen krepieren.

Hinzu kommt die notwendige Umweltvernichtung, denn der Zwang zu kurzfristigem Profit verbietet Investitionen für die ferne Zukunft, wie sie ökologische Schutzmaßnahmen erfordern. 40 bis 50 Prozent aller auf der Welt anfallenden Abprodukte und Gifte werden von den USA aus, in denen nur 5 Prozent der Weltbevölkerung leben, in die Atmosphäre, in die Gewässer und auf das Festland abgegeben. An den Folgen des Verbrauchs von verunreinigtem Wasser erkranken in den kapitalistischen Staaten jedes Jahr eine halbe Milliarde Menschen.

Den Preis zahlen aber auch die 150 Millionen Arbeitslosen in den Staaten mit „sozialer, freiheitlicher Wirtschaftsordnung". Die Bewohner von Haiti zum Beispiel, die ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA mit einer Arbeitslosenquote von 50 Prozent, einer Analphabetenquote von 90 Prozent und einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 32 Jahren bezahlen.

Haiti liegt in der Karibik, wenige Seemeilen entfernt liegt Kuba bis 1959 in jeder Hinsicht mit seiner Nachbarinsel zu vergleichen. Heute, siebzehn Jahre danach, gibt es in Kuba weder Hungertote noch Analphabeten noch Arbeitslose. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Kubaner liegt bei 70 Jahren. Kuba wird seit 17 Jahren von Sozialisten regiert. Ohne die Hilfe der Sowjetunion hätten es die Kubaner freilich nicht geschafft. Es wäre ihnen so ergangen, wie es dann Salvador Allende und seiner chilenischen Volksfront erging, als die USA, die Vormacht der sozialen, freiheitlichen Wirtschaftsordnung, ihren südamerikanischen Sklavenmarkt gefährdet sahen und die sozialistischen Staaten bei Strafe eines Dritten Weltkrieges den Faschismus nicht verhindern konnten.

Südamerika blieb allerdings die einzige Region der Dritten Welt, die das US-Kapital für sich sicher durch die siebziger Jahre zu bringen scheint. Südostasien ging verloren, Indien und Pakistan sind selbstbewußter geworden, in Afrika ist das letzte der klassischen Kolonialreiche gefallen, ohne in einen neokolonialen Status überzugehen. Ohne Selbstbestimmungsrecht sind heute in Afrika nur noch Namibia (Südwest-Afrika), Zimbabwe (Rhodesien) und Südafrika, wo Rassisten den „letzten Vorposten der freien Welt" (ZDF-Moderator Löwenthal) halten.

Auf Welthandelskonferenzen wie der Unctat und zusammen mit anderen „Blockfreien" wie in Colombo formieren sich die jungen Staaten zu einer gemeinsamen Front gegen die neokolonialistische Ausbeutung, und sie lassen sich auch nicht mehr verunsichern, wenn Hans Friderichs, Bonner Wirtschaftsminister und Generalvertreter des vereinigten deutschamerikanischen Kapitals, dem bekannten Ding den schönen Namen „marktwirtschaftliche Politik der offenen Türen" gibt. Die Zeiten, wo man bei den Wilden Tineff-Schmuck als Perlen ausgeben konnte, sind vorbei.

Jetzt rächt sich auch, daß die USA im Vertrauen auf gekaufte Häuptlinge und abhängige Rohstoff-Verkäufer ihren Weltherrschaftsanspruch einst hinter demokratischen Fassaden verstecken wollten und, als Filialen des US-Außenministeriums, allerlei internationale Organisationen gründeten. Seit sie in der UNO und ihren Ablegern keine Mehrheit mehr haben, macht ihnen die ganze internationale Demokratie keinen Spaß mehr. Schon dürfen ihre Schreibtisch-Täter, wie die Springer-Redakteure, den Uno-Generalsekretär Waldheim mit einem Wiener Oberkellner vergleichen schon drängen Ford und der Boß des US-Gewerkschaftsbundes AFL/ CIO darauf, die Internationale Arbeitsorganisation ILO, die einst so gute Dienste tat, finanziell auszutrocknen.

In fast allen bedeutenden internationalen Fragen können die USA hier ausgerechnet auf die Unterstützung des volkreichsten sozialistischen Staates, der VR China zählen. Durch das Abstimmungsverhalten in der UNO, durch die Sabotage jeglicher Entspannungsbemühungen, durch die Unterstützung konterrevolutionärer Bewegungen von Bangla Desh bis Angola hatte sich die Politik Mao Tse Tungs in den letzten Jahren vor der Dritten Welt diskreditiert. Am augenfälligsten war hier, Allendes Leiche war noch nicht kalt, die Anerkennung des Botschafters seiner Mörder und die Ausweisung der Diplomaten der Unidad Popuhr aus China.

Wie begrenzt der Spielraum imperialistischer Politik trotz der Spaltung der sozialistischen Welt dennoch ist, erkennt selbst Henry Kissinger: „Die USA können andern Ländern die von uns bevorzugte Lösung nicht mehr aufzwingen." Sie konnten es noch, als - wie vor dem Zweiten Weltkrieg - 84 Prozent des Territoriums der Erde und 92 Prozent ihrer Bewohner im direkten Herrschaftsbereich des entwickelten Kapitalismus lagen. Heute sind es nur noch 24 beziehungsweise 18 Prozent.

Doch dies allein könnte die USA und ihre Verbündeten nicht hindern, ihr ungeheures Militär-Potential zur Herstellung „bevorzugter Lösungen" einzusetzen. Was sie hindert und was jeden Schritt zum Sozialismus - ob in Kuba, in Vietnam, in Angola, ja selbst die Entwicklung sozialistischer Ansätze in Italien oder vielleicht demnächst in Frankreich - erst möglich macht, sind Existenz und Stärke der sozialistischen Staaten östlich der Elbe.

Das Nationaleinkommen dieser Staaten hat sich zwischen 1948 und 1973 mehr als verachtfacht, während das der entwickelten kapitalistischen Staaten nur um das Dreifache stieg. 1950 produzierten die Staaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 17,5 Prozent aller Industriegüter der Welt- heute sind es schon 40 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der USA und der EWG-Länder von 65,4 auf 42 Prozent. Hans Habe am 15. August dieses Jahres in der „Welt am Sonntag" über den Sozialismus: „Das dümmste Wirtschaftssystem der Menschheitsgeschichte ist bankrott."

Das ist zwar immer noch sehr komisch, aber durchaus nicht originell. Denn Zusammenbruchspropheten haben den Aufbau einer geplanten Wirtschaftsordnung von Anfang an begleitet. Und von Anfang an ist es nicht bei Worten geblieben: Nach dem Ersten Weltkrieg besetzten die imperialistischen Staaten vierzehn Fünfzehntel des Gebiets der Sowjetunion und unterstützten die weißen Terroristen des Admirals Koltschak. Winston Churchill damals im britischen Unterhaus: „Wir haben die Koltschak-Diktatur ins Leben gerufen." Churchills Kollege, der US-Präsident Hoover, war nicht weniger offen: „Um die Wahrheit zu sagen, es ist das Ziel meines Lebens, Sowjetrußland auszulöschen."

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Politik fortgesetzt. Churchill bedauerte, man habe „das falsche Schwein geschlachtet", und Gustav Heinemann, selbst bis 1950 Mitglied des Kabinetts Adenauer, beschrieb die Ziele der Bonner Außenpolitik so: „An die Politik der Zurückrollung Anschluß gewinnen und für sie durch Aufrüstung und kalten Krieg sich zur Verfügung zu stellen, wurde Leitgedanke der Bonner Politik." Und Robert Ingrimm, ein Vertrauter Konrad Adenauers, forderte noch am 9. Juli 1961 in der „Bonner Rundschau", daß sich die freie Welt in Stand setzen müsse, „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und der Schießkriege anzuwenden. Dazu gehören nicht nur die herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstands, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr..."

Vier Wochen danach wurde die Mauer gebaut. Sie ist so häßlich, widerspricht so elementar dem menschlichen Bild des Sozialismus wie preußischer Drill, Militarisierung des öffentlichen Lebens, Atomraketen. Oder wie die 178,3 Milliarden Mark, die jährlich von den Staaten des Warschauer Pakts für Waffen und Soldaten ausgegeben werden.

Aber die Nachfolger Churchills, Hoovers und Adenauers geben jedes Jahr 239,5 Milliarden Mark für ihre Rüstung aus, haben allein in den Jahren 1971 bis 1975 ihren Militäretat mehr als verdoppelt - ohne je von der Sowjetunion und ihren Verbündeten angegriffen oder mit einem Angriff bedroht worden zu sein.

Es war und ist ein Meisterstück westlicher Bewußtseinsindustrie, den kriegsfeindlichen Grundcharakter jeder, auch der existierenden Form von Sozialismus als Kriegslüsternheit glaubhaft zu machen. Weder daß das erste Gesetz der jungen Sowjetrepublik 1917 das „Dekret über den Frieden" war, noch daß alle bislang möglich gewordenen Abkommen zur Friedenssicherung und alle heute zur Verhandlung stehenden Abrüstungsverträge auf Vorschläge der Sowjetunion zurückgehen, konnte daran etwas ändern. Auf Moskaus Initiative verpflichteten sich 1975 in Helsinki 35 Staaten, die über 90 Prozent aller Waffen der Welt verfügen, ihre Konflikte ausschließlich mit friedlichen Mitteln auszutragen.

Aber eben auch auszutragen. „Wir machen", sagt Leonid Breschnew, „kein Hehl daraus, daß wir in der Entspannung einen Weg zur Schaffung günstigerer Bedingungen für den friedlichen sozialistischen und kommunistischen Aufbau sehen." Er macht auch kein Hehl daraus, daß die friedliche Koexistenz im zwischenstaatlichen Bereich die „Solidarität der sowjetischen Kommunisten mit dem Kampf anderer Völker für Freiheit und Fortschritt" keineswegs ausschließt.

Richtiger als viele westliche Sozialisten und insbesondere westdeutsche Sozialdemokraten schätzen die politischen Sachwalter des Kapitals die Bedeutung internationaler Solidarität für die Chancen nationaler sozialistischer Bewegungen ein. Ganz auf sich gestellt hätten weder die Chinesen noch die Kubaner, weder die Vietnamesen noch die Angolaner ihre Länder aus dem Herrschaftsbereich des internationalen Kapitals lösen können.

Auch der neuerdings in liberalen Blättern wegen seiner Kritik an der Sowjetunion - aber auch wirklich nur deshalb - so geschätzte Enrico Berlinguer, weiß, daß er auf diese Solidarität verdammt angewiesen ist. Denn es kann den Unterschied zwischen der Bereitschaft zum historischen Kompromiß mit der KPI und dem Niederkartätschen oder Einsperren der italienischen Kommunisten bedeuten, ob vier Millionen Kommunisten (wie vor dem Zweiten Weltkrieg) oder sechzig Millionen Kommunisten in 98 Ländern (wie heute) hinter einem stehen.

Daß ausgerechnet die Sowjetunion, unter deren miesen inneren wie äußeren (siehe Churchill/Hoover/Adenauer) Startbedingungen die sozialistische Hoffnung schwere und zum Teil noch lange andauernde Deformationen erlitten hat, als einzig weltpolitisch handlungsfähige Macht in dieser Bewegung das Sagen hat, ist unvermeidlich. Daß sich so viele Sozialisten in der Welt damit nicht abfinden mögen, liegt an dem Mißverständnis, dieser sowjetische, „reale Sozialismus" sei der Sozialismus schlechthin, das Endstadium aller historisch-politischen Entwicklung.

Sozialistische Zielvorstellungen, die von den ökonomischen Bedingungen der entwickelten kapitalistischen Staaten ausgehen, finden hingegen - das zeigen die Wahlresultate der französischen und italienischen KPs - auch dann offene Ohren, wenn die Parteien die Verbindung mit der KPdSU nicht abreißen lassen. (Nebenbei: Die KPI war auch schon vor ihrer Kritik an der Besetzung der CSSR die zweitstärkste Partei Italiens.)

Die einzigen davon völlig unberührten Bastionen des von der „FAZ" „verwandelten Kapitalismus" sind die USA und die Bundesrepublik. (Vor ein, zwei Jahren konnte man Südafrika noch dazurechnen - nur scheint es auch dort schneller zu Ende zu gehen als erhofft). Beide sind zugleich die ökonomisch stärksten und militärisch mächtigsten Staaten der westlichen Halbwelt, ihr Arsenal an Droh- und Druckmitteln ist reich bestückt, auch wenn die Reaktionen auf den Beschluß von Puerto Rico, einem kommunistisch mitregierten Italien den Wirtschaftshahn zuzudrehen, Grenzen ihrer Anwendbarkeit erkennen ließen.

Die Ursachen für die Schwäche sozialistischer Bewegungen in der Bundesrepublik sind vielfältig: An erster Stelle steht die durch Faschismus, Weltkriegs-Zerstörung und anschließende Investitionsströme begünstigte Regeneration der westdeutschen Bourgeoisie, die sicherlich in den sechziger Jahren das theoretisch mögliche Klassen-Ziel an ökonomischer Leistung und politischer Absicherung erreicht hat. Es ist ihr gelungen, ohne den geringsten Machtverzicht die von ihr Beherrschten zu freudigen Untertanen zu machen. Eine richtige Leistungs-Gesellschaft.

Sie hatte es natürlich auch nicht so schwer, in einem Land, in dem seit hundert Jahren der Antikommunismus Staatsdoktrin ist, in dem von Bismarcks Sozialistengesetz bis zur physischen Liquidierung der politischen Führer der Arbeiterbewegung in KZs und der Abtötung ihrer Tradition durch geistigen Terror ein Klima hergestellt wurde, in dem das Wort „Kommunist" als Formalbeleidigung gilt. In einem Land, in dem der Name „Stalingrad", wie Alfred Grosser sagt, immer noch nicht für Befreiung, sondern für Niederlage steht, in dem eine Besatzungsmacht von 220 000 US-Soldaten über das rechte Investitionsklima wacht, hätte es die wenigen Sozialisten und Kommunisten auch dann von Anfang an schwer gehabt, wenn die Etablierung der DDR nicht mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl - um im gängigen Jargon zu bleiben - erkauft worden wäre.

Dennoch hat die westdeutsche Bourgeoisie berechtigte Sorgen. In den Worten unseres FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher: „Europa steckt in einer Krise. Die Gemeinschaft erreicht ihre selbstgesteckten Ziele nicht. In unseren Nachbarländern zeichnen sich bedrohliche Entwicklungen ab. Die rote Volksfront von Sozialisten und Kommunisten ist auf dem Vormarsch. Die schwarze Volksfront aus Christlichen Demokraten und Kommunisten in Italien ist zur akuten Gefahr geworden." Muß man fragen, für wen?

Eine kommunistische Regierungsbeteiligung oder die Unterstützung einer sozialistischen Regierung hat bisher weder den Isländern, noch den Finnen, noch den Schweden und am wenigsten den Portugiesen Nachteile gebracht. Das eigentlich

Gefährliche aber ist für die Bourgeoisie nicht einmal der wachsende Einfluß der Kommunisten (die Mitgliederzahl ihrer Parteien stieg in den letzten fünf Jahren allein in Westeuropa um 400 000), sondern die Tatsache, daß die gegenwärtige Krise zum ersten Mal in der Geschichte alle Staaten des Kapitals erfaßt und zudem alle Lebensbereiche: Es ist nicht nur eine Wirtschaftsund Finanzkrise, es ist eine umfassende ideologische Krise und eine Krise der politischen Herrschaftssysteme. Nun wird aber, so George Marchais, „der sich in der Krise befindliche Kapitalismus nicht wie eine reife Frucht fallen. Entscheidend ist der Klassenkampf, der Kampf der Arbeiterklasse." Und dieser Kampf der Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren entgegen allen neu-linken Theorien von deren Impotenz beträchtlich zugenommen: Zum Beispiel wurden in der Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und 1960 in der ganzen Welt 150 Millionen Streikende registriert; allein im vergangenen Jahr waren es bereits 50 Millionen.

. Relativ ruhig blieben bisher nur die USA, die Führungsmacht, die immer größere Schwierigkeiten hat, sich selbst zu führen. Die nicht weiß, was sie mit ihren Arbeitslosen tun soll, seit sie kein Korea oder Vietnam mehr hat, wo sie verbluten könnten. Die ihr politisches Führungspersonal, da die gelernten Politiker vor dem Chaos kapitulieren, auf Western-Leinwänden und Erdnuß-Farmen sucht. Die keine neuen Kolonien mehr findet, in die sie den Dreck, den Hunger, das Verbrechen und die Verzweiflung ihrer Slums exportieren könnte. Eine Führungsmacht, die zwischen totalitären Weltherrschaftsplänen und Anarchie taumelt.

Ihre Städte kann sie nicht mehr verwalten. Dafür kann sie etwas anderes: Die Welt in die Luft sprengen. Es dahin nicht kommen zu lassen, ist für die nächsten Jahrzehnte die wichtigste Aufgabe sozialistischer Politik.

Wolf Biermann hat das schon Anfang der sechziger Jahre in einem Lied festgehalten:

„So oder so, die Erde wird rot:

Entweder lebensrot oder todrot

Wir mischen uns da bißchen ein

so soll es sein

so soll es ein

so soll es sein"

Konkret 10/76, S. 16

Deutscher Stolz

Bis wenige Tage vor dem Sieg des Vietkong spielten bundesdeutsche Politiker „Durchhalten"

Im Frühjahr 1962 studiert eine westdeutsche Militärdelegation unter Leitung des Botschafters York Freiherr von Wendland (CDU) in Südvietnam die Taktik des „Spezialkrieges". Im Mai 1962 stattet eine Saigoner Abordnung einen Gegenbesuch ab, wobei sie von Bundespräsident Lübke (CDU) und Bundeskanzler Adenauer empfangen wird.

*

Im November 1964 sagt Franz-Josef Strauß (CSU), es sei „militärisch nützlich, Offiziere aus der BRD zur Ausbildung im Partisanenkrieg nach Vietnam zu schicken".

*

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärt auf einer USA-Reise im April 1965 seine volle moralische Unterstützung für die Politik Präsident Johnson in Südostasien".

*

Im Januar 1966 erklärt Staatssekretär von Hase (CDU): „Jede personelle Hilfeleistung hat gegenüber einer rein materiellen Hilfe in Südvietnam tausendfachen Wert".

*

Über einen Vertrag westdeutschen Piloten für den Vietnam-Einsatz berichtet die „India Press Agency" im April 66. Die Agentur zitiert aus einem Schreiben des Verteidigungsministers von Hassel (CDU): „Deutschen Piloten ist es gestattet, Vietnam-Verträge mit der USA-Luftwaffe für die Dauer von 6 Monaten bis zu einem Jahr abzuschließen. Danach können sie ihren Vertrag verlängern oder den Dienst in der Bundeswehr wieder aufnehmen. Bei Verwundung oder Todesfall werden vom Bundesverteidigungsministerium Zuwendungen gezahlt".

*

Ebenfalls im April 1966 versichert der FDP-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Alexander Menne, gleichzeitig Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst AG, auf einer USA-Reise in Chicago, die Bundesrepublik „würde gerne deutsche Truppen zur Unterstützung der Amerikaner nach Vietnam entsenden".

*

Im August 1966 tagt die „Sozialistische Jugendinternationale" in Wien. Sie nimmt einen Beschluß an, in dem die USA-Aggression verurteilt und der FNL die Sympathie versichert wird. Die westdeutschen SPD-Delegierten stimmen als einzige gegen die Resolution.

*

Am 10.1.68 erklärt CDU-MdB Erik Blumenfeld: „Die westdeutsche Bevölkerung kann auf ihre Landsleute in Vietnam stolz sein!"

*

Am 11. 3. 68 erklärt CDU-Kiesinger vor dem Bundestag sein volles Verständnis für die „unvermeidliche Härte gegen die Zivilbevölkerung".

*

Im Juli und September 1968 verhandeln SPD-Außenminister Willy Brandt und CDU-Innenminister Benda mit Vertretern des Saigoner Regimes über einen Ausbau der Wirtschafts- und Militärkontakte.

*

Richard („Kopf-ab") Jäger (CSU) fordert am 3. 11. 68 in Westberlin von den USA eine „entschlossene Politik der Stärke" in Europa und Asien. Der Vietnam-Krieg müsse schärfer geführt werden, wobei die USA „klotzen, nicht kleckern" sollten.

*

Am 18. Mai 1970 sagt Scheel auf einer Pressekonferenz in Bonn, es sei .,militärisch unausweichlich" gewesen und er habe „volles Verständnis, daß die Amerikaner ihre Kampfhandlungen in Indochina auf Kambodscha ausgedehnt haben".

*

Ende Mai 1971 verhindert Willy Brandt in seiner Funktion als SPD-Vorsitzender auf einer Generalratstagung der „Sozialistischen Internationale" einen Protest dieses Verbandes gegen die USA-Aggression in Indochina und wird dabei von Golda Meir (Israel), Harold Wilson (Großbritannien) und Bruno Kreisky (Österreich) unterstützt. Die Absetzung eines Referats des schwedischen Außenministers Nilson über die US-Aggression wird angesichts der kritischen Haltung der schwedischen Sozialdemokraten von Brandt und den genannten Führen der internationalen Sozialdemokratie betrieben und erreicht.

*

Am 5. 4. 75, faßt Bundesverteidigungsminister Leber (SPD) die Stimmung der Parteiführung in einem Aufsatz für die FAZ zusammen, in dem er für die Zeit nach Beendigung der Fremdherrschaft über Vietnam prophezeit: „Dann wird auch dort Ruhe sein, eine Ruhe allerdings, die schauerlich ist..."

*

„Um den durch den Vietnamkrieg und andere Umstände in Schwierigkeiten mit ihrer Zahlungsbilanz geratenen Amerikanern zu helfen" (Franz-Josef Strauß) haben die Bundesbürger zwischen 1961 und 1973 insgesamt 184,65 Milliarden Mark an „Devisenausgleichszahlungen" in die Kriegskasse der USA gezahlt. Hier eine Aufstellung der von den jeweiligen Bundesregierungen überwiesenen Beträge:

Zeitraum	**Koalitionen**	**Jahresrate (Mrd. DM)**	**Gesamt (Mrd. DM)**
1961-1966	CDU/CSU/FDP	2,7	13,5
1966-1967	CDU/CSU/SPD	2,7	16,2
1967-1968	CDU/CSU/SPD	2,0	18,2
1968-1969	CDU/CSU/SPD	2,9	21,1
1969-1970	SPD/FDP	3,04	24,14
1970-1971	SPD/FDP	3,04	27,18
1971-1972	SPD/FDP	3,32	30,50

1972-1973 SPD/FDP 3,33 33,83

Konkret 10/76, S. 18

Dorothee Gremliza

Der Hinterhof der Wall Street

Die südamerikanische Tragödie

Lima, 1. Juli 1976. Panzer rollen durch die Innenstadt. Die Militärregierung hat den Notstand für das ganze Land ausgerufen. Versammlungs- und Pressefreiheit sind aufgehoben. Über Lima ist eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.

So reagiert die Militärregierung auf die Proteste der Bevölkerung gegen die am 30. Juni verkündete Abwertung des Sole um 44 Prozent, die Aufhebung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und die daraus folgenden Preiserhöhungen für Güter des täglichen Bedarfs bis zu 55 Prozent. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise wird nach altbekanntem Muster auf dem Rücken der Massen der Bevölkerung ausgetragen. Das Ende der unter Präsident Velasco 1968 eingeleiteten Reformpolitik zeichnet sich ab.

Nach dem Sturz Allendes schien Peru die große Hoffnung für einen Weg aus der Unterentwicklung. Die Volksfront-Politik war am Widerstand der USA und der chilenischen Bourgeoisie gescheitert. Vielleicht hätte der Versuch einer bürgerlich-reformerischen Militärregierung, sich vom US-Imperialismus zu befreien, eine Chance. Der peruanische Weg „zwischen Kommunismus und Kapitalismus" sollte über die nationale Selbstbestimmung zu einer sozialistischen Gesellschaft führen.

Verhaftungen von Gewerkschaftlern, Bauernführer, Studenten und Journalisten, Streikverbote, Reprivatisierungsvorhaben und die Lockerung der Kapitalanlagebestimmungen zugunsten des ausländischen Kapitals zeigen jetzt, daß Peru es nicht geschafft hat und es wohl auch nicht schaffen konnte, den Grundgesetzen seines Kontinents zu entfliehen. Die etwa 25 Staaten Lateinamerikas werden von proimperialistischen Regimes oder faschistischen und diktatorischen Militärjuntas regiert. In den 150 Jahren staatlicher Unabhängigkeit gelang es keiner revolutionären oder auch nur reformerischen Bewegung, sich durchzusetzen.

Offener Terror und Repression scheinen die einzigen Mittel, die sozialen und politischen Spannungen unter Kontrolle zu halten. Denn trotz des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der einzelnen Länder sind Massenelend und unermeßlicher Reichtum weniger, Unterernährung, Krankheit, hohe Kindersterblichkeit, Analphabetismus, Arbeitslosigkeit das überall vorherrschende Bild.

Die Ursachen für diese Misere liegen in der Abhängigkeit, Ausplünderung und Beherrschung des Kontinents seit den Tagen der spanischen Eroberung. Seit Beginn des 20. Jahrhundert ist Lateinamerika zum Hinterhof des US-Imperialismus geworden. 600 Amerikanische Unternehmen kontrollieren die Ausbeutung von 22 strategisch wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Blei, Zink, Eisen und Erdöl. Nordamerikanisches Kapital beherrscht 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion Lateinamerikas. Mit 75 Prozent aller ausländischen Kapitalanlagen rangieren die amerikanischen Unternehmen weit vor den bundesrepublikanischen und japanischen an der Spitze. Und die Investitionen sind ein lukratives Geschäft: von 3,8 Mrd. Dollar, die im Zeitraum zwischen 1950 und 65 in Lateinamerika investiert wurden, flossen 11,3 Mrd. Dollar als Gewinne in die USA zurück.

Die Ausrichtung der industriellen Entwicklung nach den Interessen des US-Imperialismus hat die Wirtschaftsstrukturen der Länder Lateinamerikas deformiert. In wenigen industriellen Zentren wird nach neuen technologischen Erkenntnissen produziert nur ein kleiner Teil der vorhandenen Arbeitskräfte findet hier Arbeit. Gleichzeitig entsteht am Rande der Industriezentren ein ständig wachsendes Lumpenproletariat, das vom kapitalistischen Industrialisierungsprozeß ausgeschlossen bleibt. In Lima liegt die Arbeitslosigkeit bei 40 Prozent, die Hälfte der Einwohner lebt in Hütten am Rande der Stadt.

Ziel der Reformpolitik der Militärregierung in Peru war der Abbau der einseitigen Abhängigkeit von den USA, ohne allerdings einen völligen Bruch zu riskieren. Zu den Reformmaßnahmen gehörten: Kontrolle über die Energiewirtschaft, Verstaatlichung der bisher von amerikanischen Unternehmen kontrollierten Anschovisfischerei, des Bergbaus, der Erdölproduktion und der Banken. Staatliche Investitionslenkung legte die Bedingungen für Anlage, Höhe und Gewinntransfer der ausländischen Investitionen fest. Die verarbeitende Industrie wurde schrittweise peruanisiert und die betriebliche Mitbestimmung in Privatunternehmen eingeführt. Die Hoheitsgewässer wurden gegen den Widerstand der USA auf 200 Meilen erweitert, diplomatische Beziehungen mit Kuba und den sozialistischen Staaten Osteuropas aufgenommen.

Gleichzeitig wurden die gewerkschaftlichen Rechte abgebaut. Die Regierung argumentierte, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sei durch die Schaffung von Genossenschaften und die Mitbestimmung in den Betrieben aufgehoben. Eine gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiterinteressen sei damit überflüssig geworden. Trotz der gewerkschaftsfeindlichen Ausrichtung begrüßte die Linke die Reformmaßnahmen. Die Kommunistische Partei Perus sah in

dem nationalistischen und antiimperialistischen Kurs der Regierung den ersten Schritt auf dem Weg zur sozialistischen Umgestaltung. Schon wegen ihrer zahlenmäßigen Schwäche war die KP Perus auf Bündnispartner angewiesen. Sie hoffte, der Interessenkonflikt zwischen nationaler Bourgeoisie und nordamerikanischem Imperialismus würde zum treibenden Faktor der unabhängigen Entwicklung Perus werden.

Am Beispiel der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Peru zeigt sich, daß es diesen Konflikt nicht gibt: Sinkende Weltmarktpreise für die peruanischen Exportprodukte Kupfer und Baumwolle und der von den USA organisierte Abnehmerboykott für peruanisches Eisen (im Juni war die amerikanische Marcona Mining Company enteignet worden), führten zu einem Rückgang der Exporterlöse um fast 10 Prozent. Dagegen stiegen die Importe für Nahrungsmittel, Halbfertigprodukte und Kapitalgüter um 30 Prozent. Nun forderten die peruanischen Unternehmer die Rücknahme der Arbeitsgesetzgebung, Verschonung der Klein- und Mittelbetriebe von der Einführung der betrieblichen Mitbestimmung und Investitionsfreiheit für ausländisches Kapital. Schon seit Beginn der Reformpolitik hatten die einheimischen Unternehmen - trotz enormer steuerlicher Anreize -notwendige Investitionen zurückgehalten und einen weiteren Ausbau der nationalen Industrie verhindert. New Yorker Banken machten die Kreditvergabe von einer allgemeinen Liberalisierung der Kapitaleinfuhren, einer Einschränkung der Mitbestimmung und der Reprivatisierung verstaatlichter Unternehmen abhängig. Jetzt ist die Regierung dabei, allen Forderungen zu entsprechen. Der Versuch einer unabhängigen kapitalistischen Entwicklung, gestützt auf die nationale Bourgeoisie, ist gescheitert.

Konkret 10/76, S. 20

Frank Kürschner

Von Rhodesien nach Zimbabwe

Der Siegeszug des schwarzen Afrika

Als Anfang der 60er Jahre die meisten afrikanischen Länder unabhängig wurden, setzte die Bevölkerung große Hoffnungen auf Wohlstand und Demokratie, auf einen Neubeginn ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Doch in Ländern wie der Elfenbeinküste, Senegal und Kenia ging der Kolonialismus reibungslos in Neokolonialismus über. Die Unternehmen der früheren „Mutterländer" konnten weiterhin hohe Profite machen und die Rohstoffe zu Schleuderpreisen ausbeuten. Dafür erhielten die einheimischen politischen Führer Bestechungsgelder, Aufsichtsratsposten und Unternehmensanteile. Wer auf diesem Gebiet skrupellos und erfolgreich genug war, konnte es zum Multimillionär bringen oder gar zum Milliardär wie Zaires Präsident Mobutu. Innenpolitische Gegner werden entweder in dieses System einbezogen, oder, wenn sie das nicht wollen, ins Exil getrieben oder sie kommen bei mysteriösen Unfällen um.

In„ modernen" Ländern wie Kenia, Sambia oder Tunesien geschieht es lautlos und effizient. Spektakuläre Erschießungen oder Verhaftungen würden nur das Investitionsklima beeinträchtigen. In anderen Staaten hält sich die politische Führung mit massiver Gewalt Uganda ist ein vielbeachtetes Beispiel dafür. Aber die Verhältnisse in Ländern wie der Zentralafrikanischen Republik, in Equatorialguinea und einigen anderen Ländern sind kaum weniger despotisch.

Viele dieser Regimes kamen mit westlicher Hilfe an die Macht und arbeiten eng mit verschiedenen westlichen Staaten zusammen. So ist der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, General Bokassa, einer der brutalsten Staatschefs Afrikas („Papa Bok" genannt), ein enger Verbündeter des Apartheid-Regimes in Südafrika.

Der Aufstieg solcher Despoten war nur nach der Zerstörung traditioneller politischer Strukturen in Afrika möglich, die oft egalitär waren und immer starke Kontrollen gegen ungehinderte Machtausübungen von politischen Führern enthielten. Die Kolonialherren haben den Ländern das westliche Demokratiemodell übergestülpt, das sich auf dem ganzen Kontinent als völlig ungeeignet erwiesen hat. Dies sowie die wirtschaftlichen Mißerfolge der zivilen Regierungen nach der Unabhängigkeit angesichts der fortgesetzten Ausbeutung über den Weltmarkt haben den Aufstieg von Despoten begünstigt.

Aber auch in den „normalen`` neokolonialistisch-geprägten Staaten hat das Volk keine Möglichkeit der Mitentscheidung und ist Opfer der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der einheimischen Führung mit ausländischen Konzernen. Es ist nicht verwunderlich, daß die Opposition gegen solche Verhältnisse wächst. Als in Äthiopien die Regierung fast untätig die Dürrekatastrophe hinnahm und reiche Händler sogar Rekordexporte von Getreide tätigten, kam es zu zahlreichen Protesten von Studenten und Arbeitern. Kaiser Haile Selassie wurde gestürzt. In Äthiopien hat man jetzt, wenn auch durch Anfangsschwierigkeiten behindert, mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen.

Das Nachbarland Somalia hat seit 1969 eine Militärregierung, die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus eine Gesellschaft ohne Ausbeutung schaffen will. Bei der Dürrekatastrophe in den letzten Jahren hat sie eindrucksvoll bewiesen, daß es möglich ist, der betroffenen Bevölkerung schnell und planvoll zu helfen. Die Hilfe-, Umsiedlungs- und Entwicklungsmaßnahmen heben sich deutlich ab von der planlosen und halbherzigen Hilfe vieler Regierungen von Sahelstaaten, als dort Anfang der 70er Jahre eine Dürrekatastrophe herrschte. Verschiedene dieser Regierungen sind mittlerweile durch fortschrittlichere abgelöst.

Die Erfolge der sozialistisch-orientierten Länder in Afrika stellen eine Herausforderung für den Rest des Kontinents dar. Vor allem Tansania bemüht sich seit 1967 unter Führung von Präsident Nyerere darum, wirtschaftliche Entwicklung, Abschaffung jeglicher Form der Ausbeutung, gleiche Lebenschancen für alle, Demokratie und Eigenständigkeit gegenüber ausländischen Regierungen und Konzernen miteinander zu verknüpfen. Ein Kernstück dieser Politik sind die genossenschaftlichen „Ujamaa"-Dörfer. In diesen Dörfern wird gemeinsam produziert, die wichtigen Produktionsmittel sind Gemeinschaftseigentum, die Erträge werden entsprechend der geleisteten Arbeitszeit verteilt und alle wichtigen das Dorf betreffenden Fragen werden gemeinsam entschieden.

Von diesen Zielvorstellungen einer sozialistischen Gemeinschaft sind die meisten Ujamaa-Dörfer noch beträchtlich entfernt. Geringe Niederschläge in den letzten Jahren und der nach wie vor geringe technologische Stand verhinderten spektakuläre wirtschaftliche Erfolge. Die Fläche, die ein Mensch mit der einfachen Eisenhacke bearbeiten kann, ist begrenzt. Zwar hat man durch den Einsatz von Kunstdünger Erfolge erzielt, aber für die notwendigen Produktionssteigerungen sind Traktoren oder doch zumindest Ochsengespanne notwendig. Hierfür fehlt es bisher an Geld. Weitere Probleme in den Ujamaa-Dörfern entstehen dadurch, daß die gewählten Führer mangels Erfahrung Schwierigkeiten haben, den täglichen Arbeitseinsatz von mehreren hundert Mitgliedern sinnvoll zu planen. Die geleistete Arbeitszeit ist in den meisten Dörfern Grundlage der Ertragsverteilung. Manche Mitglieder nutzen dies aus, indem sie weit weniger intensiv als die anderen arbeiten. Die mangelhafte Buchführung hat manche Finanzverantwortliche in Ujamaa-

Dörfern in Versuchung gebracht, sich selbst mehr von den Erträgen zuzuschanzen, ohne daß dies den oft noch leseunkundigen übrigen Dorfbewohnern auffällt.

Solche Probleme lassen sich nur allmählich lösen, durch mehr Bildung, durch Erziehung zu mehr Verantwortungsbewußtsein, durch mehr Erfahrungen in der gemeinsamen Produktion und durch eine allmähliche Steigerung des Produktionsmittelbestandes. Immerhin sind die Erfolge der Ujamaa-Dörfer so groß, daß sie zum Vorbild für ähnliche Bemühungen in verschiedenen anderen afrikanischen Ländern geworden sind (z. B. Mosambik). Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Ujamaa-Dörfer zu einer entscheidenden Verbesserung der Versorgung mit Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen geführt haben. Bei der traditionellen verstreuten Siedlungsweise war es praktisch nicht möglich, für alle Kinder Schulen zu bauen. Die Wege von den verstreuten Gehöften zur nächsten Schule waren viel zu weit. In den zentralen Ujamaa-Dörfern können alle Kinder zur Schule gehen. Die Kosten hierfür werden dadurch vermindert, daß die Dorfbewohner die Schulen in Selbsthilfe bauen.

Auch auf anderen Gebieten hat man in Tansania eindrucksvolle Erfolge erzielt. Die Lehrinhalte wurden vom kolionalen Rümpel befreit und den nationalen Erfordernissen angepaßt. Durch Verstaatlichung von Boden und Wohnhäusern wurde der Spekulation ein Ende gesetzt. Staatliche Industriebetriebe produzieren zunehmend das, was gebraucht wird, und nicht das, was Profit bringen könnte. Die Privilegien der politischen und wirtschaftlichen Führung des Landes wurden schrittweise eingeschränkt, der Import von Luxusartikeln vermindert. Für die wichtigen Güter gelten staatlich festgesetzte Höchstpreise, und der Handel wird schrittweise staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen übertragen. Bisher wurden in diesem Bereich große Profite erzielt, die illee«i1 Ausland transferiert wurden.

Tansania ist kein sozialistisches Paradies. Es gibt nach wie vor große Probleme. So sind die Frauen nach wie vor benachteiligt, sie arbeiten mehr als die Männer, genießen aber nicht die gleiche gesellschaftliche Anerkennung. In den Industriebetrieben gibt es häufig Konflikte um den Grad der Mitentscheidungsmöglichkeit der Arbeiter. Trotz solcher Probleme steht die überwältigende Mehrheit der Tansanier hinter dem sozialistischen Programm der Regierung, was sich bei den Präsidentschaftswahlen Ende 1975 erneut bestätigte.

Ähnliche Programme wie in Tansania werden auch im Kongo (Hauptstadt Brazzaville), in Algerien, Somalia und Guinea verwirklicht. Benin (früher Dahome), Äthiopien, Madagaskar, Angola, Mosambik und Guinea-Bissau stehen am Anfang einer solchen Entwicklung. In manchen dieser Länder ist der Marxismus Grundlage der Politik, in anderen (so Tansania) sind die Konzepte nicht marxistisch, nähern sich den marxistischen aber immer deutlicher an.

In einigen Ländern ist es in- und ausländischen konservativen Kräften gemeinsam gelungen, sozialistische Regierungen zu stürzen: Lumumba im Kongo (heute Zaire), Kwame Nkrumah in Ghana und Milton Obote in Uganda waren die Opfer. Doch die internationalen Machtverhältnisse verändern sich zugunsten des Strebens der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Länder nach Eigenständigkeit und Nichteinmischung. 1960 konnten die USA eine UN-Truppe mißbrauchen, die entgegen ihrem offiziellen Auftrag wesentlich dazu beitrug, Lumumba zu stürzen. Als die USA 1975 in Angola intervenierten, war der weltweite Widerstand gegen solche Aktivitäten so stark, daß die Intervention nur noch heimlich und in vermindertem Umfang fortgesetzt wurde. Die Gefahr, daß Weltpolizisten oder ihre Hilfssheriffs sozialistischen Bestrebungen in Afrika ein Ende setzen, hat sich vermindert.

Noch ist nicht entschieden, ob und wann sich das Ziel eines vereinigten sozialistischen Afrika, wie Kwame Nkrumah angestrebt hat, verwirklichen läßt. Aber der Einfloß linker Kräfte in Afrika nimmt zu, und die bevorstehenden Veränderungen in Zimbabwe (Rhodesien), Namibia und Südafrika werden diese Tendenz noch verstärken.

Konkret 10/76, S. 22

Birgit Sommer

War Tel-Al-Zaatar schon das Ende?

Der wechselvolle Kampf um die arabische Freiheit

Hinterhof Europas, Türangel der NATO, Ölsheiks... das imperialistische Interesse am Nahen und Mittleren Osten ist leicht zu umreißen: billige Arbeitskräfte- vor Ort oder in Europa auszubeuten -- und Rohstoffe (Erze, Phosphate, Erdgas, Erdöl, Agrarprodukte), die man nur über das Mittelmeer zu schippern braucht, Öl und Öldollars von den Golfstaaten, Absatzmärkte für Investitionsgüter und Konsumgüter aller Art, Waffen inklusive.

Strategisch geht es um die Herrschaft im Mittelmeer, die Kaproute, den Persischen Golf und den Indischen Ozean.

Die imperalistische Strategie im Nahen Osten zeigt, welche Lehren aus der Niederlage in Vietnam gezogen wurden. Der in der sogenannten Nixon-Doktrin (1969 in Guam formuliert) enthaltene Rückzug der USA aus der Rolle des Weltpolizisten wird durch eine erheblich verstärkte militärische Zusammenarbeit mit einer Reihe von reaktionären, meist halbfeudalen Regimen im, Nahen und Mittleren Osten ersetzt, die die Rolle regionaler Polizisten spielen. Die amerikanischen Jungs brauchen nicht mehr zu kämpfen, allenfalls warten sie die komplizierten Waffensysteme in Saudiarabien oder helfen beim Lizenzbau von Waffen im Iran - gegen Gold.

Der Schah von Iran bewacht den Golf; Saudiarabiens Geld und Ägyptens politischer Einfluß sollen die arabische Welt in Schach halten. Jordanien spielt die Rolle des mobilen Einsatzkommandos. Wo immer in der Region es gegen Befreiungsbewegungen geht, sind jordanische Truppen zur Stelle.

Im Schwarzen September 1970 zerschlägt die jordanische Armee die palästinensische Befreiungsbewegung in Jordanien, seit 1973 kämpft sie an der Seite iranischer Truppen in Oman gegen die PFLO; zur Zeit berät sie marokkanisches Militär über Anti-Guerilla-Taktik gegen die F. Polisario. Jordanische Soldaten kämpfen im Libanon auf Seiten der Phalangisten und jordanische Einheiten sind in Damaskus stationiert, um die „Palastwache" Präsident Assads zu ersetzen, die im Libanon eingesetzt ist.

Bis 1970 hatten die Freiheitskämpfer der PFLO in Oman fast den gesamten bewohnten Teil der an Südjemen angrenzenden Provinz Dhofar erobert. 1973 begann mit britischer Beteiligung eine Gegenoffensive unter Einsatz modernster Waffen und Methoden zur Anti-Guerilla-Kriegsführung. Große Kontingente iranischer und jordanischer Truppen unterstützten die Streitkräfte des Sultans; langandauerndes Flächenbombardement bereitete die Aktionen von Bodentruppen vor, elektrische Zäune blockieren Verbindungs- und Nachschubwege, Brunnen werden bombardiert, Ernten verbrannt, Vieh und Ziegen aus der Luft beschossen, um die Zivilbevölkerung zu zwingen, die befreiten Gebiete zu verlassen. Ende 1975 mußte sich die PFLO in die Grenzgebiete zu Südjemen zurückziehen. Sie hat sich umorganisiert und kämpft - allen Siegesmeldungen des Sultans zum Trotz - weiter, aber eine Niederlage ist unbestreitbar.

Auch in der Sahara geht es darum, eine fortschrittliche Entwicklung möglichst im Keim zu ersticken. Seit der berühmten UN-Resolution 1514 vom 14- 12. 1960 über die Unabhängigkeit der kolonisierten Völker hatte niemand, außer der Kolonialmacht Spanien, das Recht der Sahara auf Unabhängigkeit bestritten. Das änderte sich, als die F. Polisario 1973 den bewaffneten Kampf für die Befreiung der Westsahara aufnahm. Es stand zu befürchten, daß hier kein neokolonialer, leicht in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu haltender Kleinstaat entstehen würde, sondern ein Land, daß die anti-imperialistische Front im Maghreb verstärken würde, ein Land, daß das algerisch-libysche Konzept eines unabhängigen anti-imperialistischen Maghreb der Völker" unterstützen würde. Da meldet Marokko alte historisch legitimierte Ansprüche an und teilt sich mit Mauretanien die Sahara. Im November marschieren die Besatzungstruppen ein und seitdem wird gekämpft. Die F 5 „Freedom Fighters" der marokkanischen Luftwaffe, die die Kämpfer der F. Polisario in der letzten Zeit abschossen, sind von dre US-Firma Northrop speziell für die Anti-Guerilla-Bedürfnisse von Entwicklungsländern entwickelt worden. Sie wurde schon von der iranischen Luftwaffe gegen die PFLO eingesetzt. Die marokkanischen Truppen können zwar die Städte kontrollieren, das Land aber ist in der Hand der Befreiungsbewegung. Das mauretanisch Militär ist de facto besiegt, die Grenzgebiete zur Sahara können nur noch durch marokkanische Truppen gesichert werden. Der erste Nationalkongreß der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, der nach einwöchiger Dauer am 31. August zu Ende ging, konnte auf befreitem Gebiet stattfinden.

Daß es im Libanon nicht um einen Religionskonflikt, sondern um Klassenkampf geht, hat sich herumgesprochen. Der Bürgerkrieg brach aus, weil die Lebensbedingungen in der „Schweiz des Orients" für die Mehrheit der Bevölkerung unerträglich geworden waren; weil die Preise so hoch waren wie in Westeuropa und die Löhne so niedrig wie in Entwicklungsländern üblich. Bis zur ersten Blockade von Tel-Al-Zaatar im Dezember 1975 war der Konflikt im wesentlichen innerlibanesisch. Soweit sie nicht direkt provoziert wurden, hielten sich die Palästinenser aus den Kämpfen heraus und beschränkten sich darauf, den fortschrittlichen libanesischen Kräften logistische Unterstützung zu geben.

Ende März waren etwa 4/5 des Libanon befreit, ein gemeinsames politisches Programm der Vereinigten fortschrittlichen Kräfte demonstrierte die politische Geschlossenheit: ein ungeteilter, demokratischer, arabischer Libanon, in dem Religion Privatsache ist und nicht für Zwecke der politischen Machtausübung mißbraucht wird, ein Staat, der dem Wohl aller Bürger verpflichtet und stark genug ist, um soziale Reformen gegenüber Handel und Industrie durchzusetzen, und der eine klare antiimperialistische und anti-zionistische Linie vertritt.

Ein Sieg dieses Programms hätte auch die Politik Syriens gefährdet, das seit dem Machtantritt Assads dem westlichen Kapital alle Türen geöffnet hat: Das Volumen des Handels mit den USA wurde seit 1972 vervierfacht, vierzig Prozent der Importe kommen inzwischen aus dem EG-Raum. Mit dieser Politik folgt Syrien dem Weg Ägyptens, das am Suez-Kanal eine „free production zone" einrichtet, wo ausländisches Kapital, befreit von Ex- und Importzöllen, billige arabische Arbeitskräfte ausbeuten kann. Jetzt streben die Syrer und Ägypter sogar eine Assoziierung an die Europäische Gemeinschaft an. Dann wäre das stille Arrangement mit Israel, das mit bundesdeutscher Hilfe bereits zu günstigen Konditionen mit der EG liiert ist, perfekt.

Es stört die arabischen Bourgeoisien dabei wenig, daß die israelische Regierung offenbar nicht mehr an die Herausgabe der besetzten arabischen Gebiete denkt: So wurden die Investitionen jüdischer Unternehmen oder Betriebsneugründungen in besetzten Gebieten jetzt als förderungswürdig erklärt - sie genießen mehrjährige Steuerfreiheit und zinsgünstige Kredite.

Aber gerade an der Frage von Landenteignung und Annektion hat sich die größte Protestbewegung im besetzten Palästina seit der israelischen Staatsgründung entzündet. Bei den Wahlen in den besetzten Gebieten am Westufer des Jordans gingen 80 % der Stimmen an Kandidaten, die die PLO unterstützen. Als die Palästinenser im ganzen besetzten Palästina den „Tag des Bodens" trotz brutaler Repression des israelischen Militärs begingen, gab es nicht nur im kämpfenden Beirut Massenkundgebungen zur Unterstützung, sondern auch in vielen Ländern Europas und in den USA. Und bei dem Generalstreik, den arabische Händler kürzlich gegen die Einführung der Mehrwertsteuer und Buchführungspflicht in ihren Kleinbetrieben ausriefen, stand auf den heruntergelassenen Rolläden häufig „PLO".

Der Fall von Tel-Al-Zaatar nach sechs Wochen Beschießung und nach mehr als einer halben Belagerung hat nicht die von den Phalangisten erhoffte Ermutigung der Palästinenser gebracht. Aber nicht nur in Palästina und im Libanon wächst der Widerstand, Studentenunruhen in Ägypten, Meutereien in Syrien, bewaffneter Widerstand im Iran... die Völker lassen sich nicht auf Dauer unterdrücken. Tel-Al-Zaatar ist allerdings auch Symbol dafür, wie hoch der Preis der Befreiung vom Imperialismus sein kann.

Konkret 10/76, S. 24

Günter Wallraff

Ist Portugal passé?

Portugal ist für viele Linke kein Thema mehr. Seit Soares, dieser Homunkulus der „Friedrich-Ebert-Stiftung" und - wenn man der „New York Times" glauben darf - auch Stipendiat des CIA, das Land immer weiter nach rechts mitdrehen half; seit die Einheit „Povo/MFA" entschärft, zerbrochen ist; seit das portugiesische Großkapital wieder lüstern wird und von Brasilien und vom spanischen Exil aus das gehortete Geld wieder im Land investiert, seit der letzte PIDE-Agent ohne Prozeß wieder auf freien Fuß gesetzt wurde; seit auch Genscher und Schmidt das Land wieder für kreditwürdig halten, scheint Portugal für die meisten Linken verloren, wurde es uninteressant. (So sank die Abonnentenzahl der linken Informationszeitschrift „Portugal-Nachrichten" von 8000 auf knapp 500 Abos. Die Herausgeber mußten das Blatt einstellen.) Die Wasserzufuhr aus dem kapitalistischen Reservoir hat das leuchtende Revolutionsrot der Nelke zum Verblassen gebracht, jetzt gleicht sie einer gepreßten Poesiealbumspflanze: nur noch nostalgischer Erinnerungswert. Es ist zu befürchten, daß die Linke ihr Interesse und Engagement für Portugal erst wieder entdeckt, wenn dort ein z. Chile entstanden ist

Aber: „Unser Kampf geht weiter. Wir brauchen Eure Hilfe und Solidarität jetzt stärker denn je. Was wir aufgebaut haben, lassen wir uns nicht wieder nehmen, es sei denn, über unsere Leiche." So heißt es in einem Brief, der mich in diesen Tagen von der Kooperative „Uniao faz a forca" erreichte, auf der ich drei Monate gelebt hatte.

Portugal ist zur Zeit ein geteiltes Land. Der Norden mit seinen zehntausenden Parzellenbewirtschaftungen, mit seinen niedergeduckten Klein- und Kleinstbauern und Pächtern, die sich an ihre eigene Scholle klammern und kaum in der Lage sind, aus dem kargen Boden genug fürs eigene Überleben herauszuholen, wird nach wie vor von der reaktionärsten Kirche in Europa unmündig gehalten. Die Zeit spricht - trotz aufwendiger Propaganda -langfristig gesehen gegen sie. Und der Süden:

„Die Agrarreform im Süden - ganz realistisch gesehen- ist wie ein Fußballspiel. Das Team hat zwei oder drei Tore geschossen, jetzt spielt es in der Defensive, um das Resultat zu halten. Jetzt verteidigen wir, was wir schon erkämpft haben."

Ein Arbeiter von einer Kooperative.

Mehr als eine Million Hektar Land ist im Süden Portugals von den Landarbeitern besetzt und wird in selbstverwalteten Kooperativen bewirtschaftet: das sind zwei

Drittel der bebauten Fläche des Südens, ein Fünftel der bebaubaren Fläche ganz Portugals. Hier - vor allem in Alentejo - ist die Kornkammer des Landes. Die ersten kollektiv erwirtschafteten Ernten geben den Besetzern auch wirtschaftlich recht: Die Kooperativen erzielten bis zu 30 Prozent höhere Erträge, Arbeitslosigkeit gibt es bei ihnen nicht mehr.

Bei der letzten Wahl hatten die Kommunisten und Sozialisten hier neben den Industriezonen Lissabons und Setubals hohe Stimmengewinne, zusammen zwischen 64 und 76 Prozent. Für den Taktiker Soares Grund genug, in sein Mitte/Rechts-Kabinett den linkssozialistischen Agrarminister Lopes Cardoso wiederzuberufen, obwohl das dünnbesiedelte Gebiet südlich des Tejo nur von 32 von insgesamt 205 Parlamentariern repräsentiert wird.

„Man spricht heute viel von Ungerechtigkeiten, die beim Voranschreiten der Agrarreform begangen worden seien, vergißt dabei aber die Situation der Ausbeutung, in der Jahrzehnte über Jahrzehnte die alentejanischen Landarbeiter gelebt haben, eine echte Masse von Sklaven im Dienst der Großgrundbesitzer, die ihr Vermögen aufgehäuft haben auf Kosten des Mehrwerts, der der Anstrengung und dem Schweiß der Landarbeiter entrissen wurde."

Lopes Cardoso, PS

Zahlreiche Großgrundbesitzer ließen aus Protest gegen die neue Regierung und ihre Sozialpolitik die Ernte abbrennen, alle beweglichen Güter verkaufen, selbst trächtige Kühe notschlachten, die Oliven vertrocknen und ganze Olivenhaine abholzen. Ausländische und inländische Unternehmer stoppten ihre Investitionspläne oder schlossen ganz einfach die Fabriktore.

Dann begann die bürgerliche Presse im nördlichen Europa ihre Kampagne der „Besorgnis" über die „chaotische Entwicklung" in Portugal. Zum Beispiel wurden einige Cholerafälle in Porto zu einer „gefährlichen Choleraepidemie" aufgebauscht, devisenbringende Touristen sahen sich nach anderen Urlaubsstränden um, in Aussicht gestellte Kredite aus

EG-Ländern blieben aus politischen Gründen aus.

In dieser Krisen-Situation, in der die abgesetzte, herrschende Klasse über Spinola eine neue Machtübernahme vorbereitete, gingen die Landarbeiter zur Selbsthilfe über.

Jahrzehntelang litten sie unter der Tatsache, daß Recht und Gesetz die Festschreibung der jeweiligen Machtverhältnisse sind. Jetzt begannen sie, diese Machtverhältnisse und eben die Besitzverhältnisse radikal zu verändern. Ihre Parole: „Das Land denen, die es bebauen!"

Die Kooperativmitglieder wählten ihre eigenen Sprecher und Kommissionen und verstehen sich als „apartidario", als parteiunabhängig, um von vornherein einer parteipolitischen Spaltung zuvorzukommen. Die Kommissionen sind mehr als Entscheidungsgremien und demokratisch gewählte Exekutivorgane. Sie sind ein Forum der Verständigung und Diskussion, Demokratie von unten, das Gegenteil von Funktionärsverwaltung. Die gewählten Sprecher sind von unten kontrollierbar und jederzeit abwählbar. Sie bedeuten die Stunde Null der Demokratie im Alentejo, Gleichheit ohne Herrschaft ohne Bevormundung und Angst.

Entgegen der auch bei Linken vorherrschenden Meinung wurde die revolutionäre Landnahme *nicht* von der bereits im Faschismus im Untergrund arbeitenden und im Süden stark organisierten kommunistischen Partei initiiert. Sie wurde meist „wild", das heißt, spontan praktiziert.

Noch kurz vor den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im April 1975 erklärte Francisco Miguel, seit 35 Jahren Mitglied des Zentralkomitees der PCP: „Landbesetzungen stehen derzeit nicht auf der Tagesordnung. Die Landreform muß besonnen und behutsam diskutiert und vorbereitet werden. Zunächst einmal müssen wir den Landarbeitern jetzt helfen, sich zu organisieren. Die Sozialisierung? Das ist eine Sache für später." Francisco Miguel gelernter Schuhmacher, der 21 Jahre im Faschismus inhaftiert war und seit 42 Jahren Parteimitglied war, wollte, wie die Parteiführung, insgesamt die Landarbeiter nicht zu radikalen Maßnahmen mobilisieren, ehe die Machtverhältnisse für die Linke nicht gefestigt waren.

So waren, bevor das Gesetz zur Agrarreform im April 1975 verabschiedet wurde, bereits etliche Tausend Hektar Land besetzt worden. Nach diesem Gesetz soll der Privatbesitz an bewässertem Land auf 50 Hektar, der von nicht bewässertem Land auf 500 Hektar beschränkt bleiben. Der mittelgroße Betrieb in Portugal hat im Schnitt zwischen 10 und 50 Hektar. Ihn tasteten die Landbesetzer - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - nicht an, in keinem Fall rührten sie an den kleinbäuerlichen Besitz zwischen zwei und zehn Hektar (33 Prozent aller Betriebe).

Menschen, die ewig geduckt und unfrei waren, treten vor Versammlungen und reden frei; 70jährige lernen lesen und schreiben; Analphabeten entwerfen Flugschriften, die **sie schreibkundigen Genossen diktieren. (in Pias entwickelt der des Lesens und Schreibens unkundige Antonio Reis ein Theaterstück über sein Leben vor und nach dem Faschismus und führt es mit Schulkindern in der Turnhalle der Schule der Dorfbevölkerung vor.)**

Jeder darf in der Vollversammlung das Wort ergreifen, niemand wird wegen seiner Ungeschicklichkeit ausgelacht. Wie bei der Arbeit auch hier: Solidarität.

160 km südlich von Lissabon, über Setubal, Grandola fragen wir uns zur „Estrala Vermelha" (Roter Stern), eine der ersten und größten Kooperativen durch. Hier haben sich inzwischen 80 Familien Arbeit und Auskommen gegeben. In Grandola noch kurze Rast im „Pica Pau", einem kleinen Lokal, dessen Besitzer sich nach der Revolution selbst *enteignete* und nun den Laden mit seinen drei ehemaligen Angestellten schmeißt. Er bereut es nicht: „Finanziell hab' ich jetzt etwas weniger, aber es ist ein ganz anderes Verhältnis zueinander. Das Mißtrauen, das sich in Abhängigkeitsverhältnissen immer einstellt, ist verschwunden und das neue freundschaftliche Klima scheint sich sogar auf die Gäste zu übertragen. Es kommen jetzt mehr. Bis auf den Arzt, den Rechtsanwalt und ein paar andere, die noch der alten Zeit nachtrauern und jetzt lieber zuhause dinieren, weil sie das hier doch stark zu beunruhigen scheint."

Auf der „Estrela Vermelha" herzlicher Empfang. Die ehemalige Privatkapelle des Großgrundbesitzers, der sich hauptsächlich zur Fasanenjagd auf sein über 2000 Hektar großes Gut verirrte, ist jetzt Aufenthaltsraum, Ausschank und Einkaufsladen zugleich. Es gefällt uns. Aber wir wollen weiter zur Kooperative „Uniao faz a forca".

Keine Landkarte verzeichnet diese Ansiedlung weniger Hütten inmitten einer sandigen, versteppenden Landschaft. Die Kooperative, ihr Name bedeutet „Einheit macht stark", zählt mit ihren 780 Hektar zu den kleineren. Vor etwa 25 Jahren lebten hier noch 20 Familien als halbe Leibeigene. Durch eine Lohnforderung verärgert, jagte der damalige Besitzer Martinhanes seineBewirtschafter davon und ließ bis auf den Korkeichenanbau alles verfallen. Der Korkfabrikant Antonio Augusto Sinnoes, und sein Bruder Zeferino Redrigues übernahmen den Besitz und mieteten zur Korkernte Arbeiter gegen einen Lohn von maximal 17 Escudos (1,70 Mark) für Männer, 9 Escudos (0,90 Mark) pro Tag für Frauen an. Den Kork verarbeitete der Besitzer in seiner Fabrik in Santiago do Cacém. Die hat ihn voll ausgelastet und genügend abgeworfen.

Weil er keine landwirtschaftlichen Kenntnisse hatte, setzte er einen einzigen Pächter mit etwas Vieh auf sein Besitztum. Vor wenigen Wochen erst wurde er vertrieben.

Auf „Estrala Vermelha" erklärt man uns den Weg zu der jungen Kooperative Drei Kilometer unbefestigter sandiger Feldweg, immer wieder bleibt der Wagen stecken; mit der Zeit kriegen wir raus, wie man gasgebend mit Anlauf und schlingernd die tieferen Sandstellen überwindet. Eine Eisenbahnschiene eingleisig, kreuzt den Feldweg, ohne Schranke und Warnschild, zweimal am Tag passiert ein Zug. „Unsere" Kooperative. Eine Scheune. Ein Schweinestall. Zwei abseits- und leerstehende halbverfallene Hütten. Einige aneinandergekauerte Behausungen, bewohnt. Bewohnt'? Kein Mobiliar. Nicht mal ein Tisch, kein Stuhl, kein Geschirr, kein Besteck, keine Decken. Nur geliehene nackte Bettgestelle, ein angeschlagener Tonkrug und ein Besen aus Eukalyptuszweigen.

Aber Menschen. In einem Raum ums offene Kaminteuer elf Personen, Männer und Frauen, die Besetzer, die bisher ohne einen Pfennig Unterstützung die Stellung hielten. Eine herzliche Begrüßung mit Umarmungen. Der bärtige Joaquim Raposo war vor zwei Wochen noch vom Korkfabrikanten und ehemaligen Besitzer' Simoes mit der Pistole bedroht und zum Verlassen „seines" Besitzes aufgefordert worden: „Bandit, scher Dich von meinem Grund und Boden." -Joaquim, der gerade Wache hielt, rief die anderen und gab die klassische Antwort: „Das ist nicht mehr Dein Boden. Wir sind gekommen, um das brachliegende Land zu bearbeiten und stehen mit beiden Beinen auf dem Boden des Agrarreformgesetzes. Wenn Dir wirklich an Deinem Land soviel liegt, kannst Du es ja mit uns zusammen bearbeiten, aber dann auch zu den gleichen Bedingungen."

In einem Protestschreiben an den Agrarminister Lopez Cardoso verleiht der Korkfabrikant seiner Empörung Ausdruck und preist sein verwahrlostes Land: „... Seitdem sie in meinen Besitz eingefallen sind, haben sie alles geraubt und zerstört, was es dort gab. Hier handelt es sich um den größten Mißbrauch, den man sich vorstellen kann, denn mein Besitz war sauber und wohlgepflegt unter der Verwaltung seines rechtmäßigen Besitzers. Jetzt sieht man alles verkommen und trifft zuweilen sogar auf den Bandenführer, den Gangster Joaquim Miguel, einen Mann von der übelsten Sorte und ohne Skrupel. Außerdem bedrohen sie schutzlose Personen und berufen sich auf die Autorität ihrer Behörde... Hoffe ich auf Ihren Weitblick und daß Sie mir zu meinem Recht verhelfen..."

Fortsetzung im nächsten Heft

Konkret 10/76, S. 27

Winfried Thomsen

Radikalauer

Herstatt Sozialismus.

Schleyer wird immer Vetter.

Karl Marx hat es nicht geahnt: „Mehrwert" ist pleite.

Als die Kellner den Tisch umwarfen, wußten alle: dies kam nicht von der Basis, sondern war eine Revolution von Obern.

Personen kamen bei der Hausdurchsuchung nicht zu Schaden.

Der Mensch wird 80 - so stand schon in der Bibel -und wenn's ihm hochkommt, gar 88 a.

Er schaltete von Mühlfenzl (ARD) ausgewogen zu Löwenthal (ZDF).

„Reicher Zahnarzt auf Yacht verbrannt" -- meldete .„Bild" -- ja, gibt's denn auch arme?

An der Grenze standen Busse mit Behinderten der Jungen Union.

Als Herrn B. die Tochter des Hauses vorgestellt wurde, wunderte er sich, ob auch Häuser Kinder kriegen.

Konkret 10/76, S. 27

konkret magazin

Bundeswehr-Einsatz gegen Zivilisten

Während der „große Bär" und „Reforger" unter großer Anteilnahme der Presse mal wieder in den Fall Rot manövrierten und mal wieder Flurschäden in Millionenhöhe anrichteten, machte Major Niggemann ernst: Als Sicherheitsoffizier der Bundeswehr ließ er am 3. September seine Soldaten aus der Ahlener Westfalen-Kaserne mit entsicherten Gewehren gegen Zivilisten vorgehen -außerhalb des Bundeswehrgeländes. Diese Zivilisten verteilten nämlich vor dem Kasernen-Tor die Zeitschrift „elan" und Flugblätter, die sich vor allem mit der Person des Major Niggemann, der bis vor kurzem noch NPD-Vorsitzender von Hamm war, beschäftigten. Aber auch Niggemann handelte durchaus im Einklang mit Nato-Grundsätzen. US-General Haig, Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa: „Der Tod, der von innen her droht, ist genauso gefährlich wie der Tod, der von außen kommt."

Türken-Union

Zur Zahlung von 7500 Mark Schmerzensgeld an eine Frankfurter Jugendleiterin wurde der hessische CDU-Vorsitzende Dregger verurteilt, weil seine Partei ohne Wissen der Frau mit ihrem Bild Wahlwerbung getrieben hatte. Aber auch mit Wissen der Beteiligten wird in der CDU Propaganda getürkt. Zwei Beispiele:

Er hat den Sozialismus höchstens fünf Jahre lang genossen, und zwar als er zwischen 11 und i6 Jahre alt war. Der heute 42jährige Westenländer „Chefkellner" Warthemann hat die DDR bereits 1950 mit seiner Mutter verlassen.

Sie könnte ihre Kinder auch nach Salem schicken. „Ursula Meinhardt, Mutter von drei Kindern", ist nämlich die Frau des millionenschweren Vorstandsmitglieds des Kühlgeräte-Konzerns Linde AG, Dr. Hans Meinhardt.

Deutschland, Deutschland unter anderen

Zum Beispiel der Schwedische Rundfunk über die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik:

„Nicht nur Kulturarbeitende in der Bundesrepublik und im übrigen Europa sehen mit Besorgnis und Unruhe, wie der Paragraph 88a durchgesetzt wird. In immer größeren politischen Kreisen weitet sich die Skepsis gegenüber einer Gesetzgebung aus, die nach Ansicht von vielen dazu beitragen kann, daß Gewalt und Terror eingedämmt werden, wohl aber ernste Folgen für die Meinungsfreiheit und Oppositionsäußerungen und damit letztlich auch für eine lebende Demokratie haben kann."

Zum Beispiel der in London lebende Schriftsteller Erich Fried über den Tod Ulrike Meinhofs:

„Für mich selbst ist es fast einerlei, ob Ulrike Meinhof Selbstmord begangen hat oder ermordet wurde. Wenn es Selbstmord war, so wurde sie nach Meinung vieler Engländer, die den Prozeß samt Verteidigerausschlüssen und absonderlicher Prozeßführung verfolgt haben, durch ein Verfahren, das in England vielen als schockierender Schauprozeß gilt, und durch eine Haßkampagne von Massenmedien und Sprechern der Behörden, ja sogar Regierungssprechern, in den Tod getrieben, von der langen Isolationshaft usw. ganz zu schweigen. Wenn es Mord oder Totschlag ist, den die Behörden nicht wahrhaben wollen, so ist die Notwendigkeit einer Untersuchungskommission erst recht selbstverständlich. Aber auch ein solches Verbrechen könnte auf Ulrikes Abstempelung als negativer Kultfigur. als ‚Bandenchefin' oder ‚Sau` beruhen."

Zum Beispiel die Athener „Eleftherotypia", eine große, linksliberale Tageszeitung, über den Fall Pohle:

„Der Beschluß (des Athener Oberlandesgerichts, Pohle nicht auszuliefern) rechtfertigt Griechen und Ausländer, die ohne sich ideologisch mit dem deutschen Revolutionär zu identifizieren, ihre Stimme erhoben für seine Rettung vor dem sicheren Tod in den haarsträubenden weißen Zellen der würdigen Nachfolger Hitlers. Die deutschen Kreise wahrten auch diesmal nicht die Form."

SS marschiert immer noch

Nachdem bisher für Nazi-Musik in Organen der Bundeswehr nur geworben wurde (zum Beispiel Anzeigen für die Platte „Lieder von allen Fronten" in der offiziellen Truppenzeitschrift „Heer"), gehen Organe der Bundeswehr jetzt offenbar dazu über, solche Musik wieder selbst zu produzieren: Das Heeresmusikkorps 5 präsentiert „Deutsche Präsentier- und Parademärsche" - auf einer Schallplatte des Munin-Verlags, des gleichen Verlags, der auch die Veröffentlichungen der SS-Nachfolgeorganisation HIAG herausgibt. Und so sind auch alle 16 Titel der Platte Märsche, die sich der Orden unterm Totenkopf für seine Regiments-Paraden zugelegt hatte.

Es durfte geklatscht werden

„Keine Notwendigkeit, irgendwelche Konsequenzen, auch nicht disziplinarischer Art, zu ziehen" sieht das Bundesverteidigungsministerium nach Auskunft von Staatssekretär Fingerhut im Fall des chilenischen Offiziers Kraushaar, dessen Junta-Laudatio vor der Führungsakademie der Bundeswehr vor einigen Wochen von den anwesenden deutschen Offizieren mit dankbarem Applaus aufgenommen wurde. Der Leiter der Akademie, Generalmajor Wagemann, versicherte dem Putsch-Offizier bei einem Umtrunk nochmals ausdrücklich seinen „Respekt". Noch in diesem Herbst werden neue Offiziere aus dem Iran, aus Indonesien, aus Südkorea, aus Bolivien, Brasilien und Argentinien zu einem weiteren Lehrgang bei der Bundeswehr erwartet. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte den SPD-Bundesminister Leber am 16 September 1975 (!) aufgefordert, „zu Lehrgängen der Bundeswehr keine Offizieren mehr einzuladen, die aus Staaten kommen, in denen die Armee an Folterungen beteiligt ist".

„Es besteht die Gefahr, daß Haftbedingungen tendenziös dargestellt werden"

Der Dortmunder Schriftsteller und Journalist Armin Kerker erhielt vom Westdeutschen Rundfunk den Auftrag, für die „Radiothek" einen Beitrag über literarische Arbeit des in Düsseldorf in Untersuchungshaft einsitzenden Autors Peter Paul Zahl (KONKRET 5/76) zu verfassen. Und weil zur literarischen Arbeit auch die Bedingungen ihrer Entstehung gehören, beantragte Kerker beim Düsseldorfer Landgericht eine Besuchserlaubnis für ein Interview. Nach sieben Wochen kam am 27. August die Antwort, die wir hier im Faksimile wiedergeben.

Eine Anmerkung ist allerdings noch nötig: Der §6 der Richtlinien für die Zusammenarbeit mit der Presse lautet: „Bei der Gerichtsberichterstattung wird nicht immer beachtet, daß der Beschuldigte bis zur endgültigen Entscheidung als unschuldig gilt. Hier ist klärend auf die Presse zu wirken."

Grau-braun

Weil er (den technisch mißlungenen) Versuch unternommen hatte, dem Geschäftsführer der CDU/CSU-nahen „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" Grau, per Tonband und Telefon NPD-Kontakte nachzuweisen (die inzwischen vom hessischen NPD-Führer Quintus bestätigt wurden), hat ein Frankfurter Schöffengericht den Maler Alfred Heller zu einer Geldstrafe von 1800 Mark verurteilt. Begründung: Heller habe die Absicht gehabt, die „Vertraulichkeit des Wortes" zu verletzen. Nach Bekanntwerden von Graus brauner Kumpanei erklärte die Union schon vor Monaten, sie wolle sich von ihrem staatspolitischen Öffentlichkeitsarbeiter trennen. Bis heute ist Grau CDU-Mitglied.

Franco-forte

Weil sie vor einem Jahr auf der Frankfurter Buchmesse vor dem Stand Spaniens gegen die Ermordung von fünf Antifaschisten durch die Franco-Justiz protestiert hatte, wurde jetzt eine 23jährige Studentin von einem Frankfurter Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 800 Mark verurteilt. Bei der damaligen Aktion wurden einige wenige faschistische Propagandamaterialien beschädigt. Daß es mehr wurden, verhinderten Polizeiknüppel (deutsche).

Mario Soares: Wallraff ist ein schlechter Journalist

Eine Gruppe von Journalisten aus der Bundesrepublik, die sich vor kurzem als Delegation der Deutschen Journalisten Union (dju) in Portugal aufhielt, kam bei einem Treffen mit Mario Soares auf die Spinola-Enthüllungen ihres Kollegen Wallraff (KONKRET 5/76) zu sprechen. Die „roten blätter", Zeitschrift des MSB Spartakus, veröffentlichte Teile des Gesprächs:

Mario Soares: Die Enthüllungen, die der deutsche Journalist (Wallraff) machte, beweisen nur zwei Sachen: Erstens, daß Spinola ein schlechter Politiker ist und daß er in diese Falle ging. Und außerdem, daß der Journalist nicht wußte, was guter Journalismus ist.

Frage: Wäre es Ihnen denn lieber gewesen, wenn die Dinge, die da vor sich gingen, dort die Waffen zu besorgen, Tatsache geworden wäre, als wenn das nicht bekannt geworden wäre, daß Spinola konspiriert?

Mario Soares: Die Kontakte waren eben nicht wirkliche, sondern es waren falsche Kontakte zu den Waffenkäufern, denn es gab ja eben gar keinen Waffenverkäufer.

Frage: Aber es gab einen, der wirklich Waffen kaufen wollte!

Mario Soares: Ja. Aber wir wissen, daß der General Spinola gegen den bestehenden Staat hier konspiriert. Er war der Chef der Organisation NDLP. Eine Organisation, die mit Waffengewalt die politische Macht hier verändern will. Etwas anderes kann man nicht erwarten von dem Chef einer solchen Organisation, als daß er diese Umwälzung betreibt. Was komisch ist, daß er sich Journalisten aussucht, um mit denen zu konspirieren. Aber das ist sehr häufig in der Geschichte von Staatsstreichen, egal ob sie vom CIA oder vom KGB gemacht werden.

Konkret 10/76, S. 29

Dieter Brumm

Sicherheitsrisiko Argentinien

Ende August wurden bei der argentinischen Stadt Pilar, 100 km westlich von Buenos Aires, die verstümmelten Leichen von 21 Männern und 9 Frauen gefunden. Sie waren erschossen und dann durch eine Sprengstoffladung unkenntlich gemacht worden; fest steht lediglich, daß es sich um Opfer einer ungehindert operierenden rechtsextremistischen Kommandotruppe handelt.

Ermordet wurden in den letzten Wochen und Monaten vorwiegend Linksintellektuelle und politische Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Staaten, so beispielsweise der frühere bolivianische Staatspräsident Juan Jose Torres. Der Vertreter des Hochkommissars für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der gefährdeten Flüchtlinge inzwischen auf mehr als 10 000. Manche davon läßt der argentinische Geheimdienst Side nach dem Vorbild der chilenischen Geheimpolizei einfach verschwinden.

So verschwand am 26. März der deutsch-argentinische Student Klaus Zieschank. Militärangehörige verhafteten ihn beim Verlassen der amerikanischen Firma, bei der er gearbeitet hatte, nahmen eine Haussuchung vor und erklärten der Deutschen Botschaft gegenüber zunächst, die Festnahme diene der „Untersuchung früherer Aktivitäten". Schon einen Tag später bestritten sie die Verhaftung und kürzlich hat sogar Argentiniens Staatschef, General Jorge Rafael Videla, in seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Bundeskanzlers nach dem Verbleib von Klaus Zieschank und des ebenfallsverschwundenen Peter Falk erklärt, es sei der Regierung nicht gelungen, ihr Schicksal zu klären.

Am 20. August präsentierte die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty international in Bonn einen aus Angst vor dem argentinischen Geheimdienst verhüllt auftretenden Zeugen. Er war aus einem geheimen Side-Gefängnis geflohen und bezeugte, daß dort Klaus Zieschank gefoltert wurde. Helmut Frenz, ehemaliger Bischof in Chile, hat sogar eine Notiz von Zieschank erhalten und an das Auswärtige Amt weitergeleitet. Das gleiche Amt verweigerte kürzlich die Annahme von 12 000 Unterschriften einer Initiative für die beiden verschwundenen Deutschen. Im Gegensatz zu den Regierungen Großbritanniens, Schwedens, der Niederlande, der Schweiz und Kanadas hat sich die Bundesregierung bislang nicht zur Aufnahme politischer Flüchtlinge aus Argentinien bereiterklärt. In ihren Augen stellen diese Flüchtlinge ein Sicherheitsrisiko dar.

Konkret 10/76, S. 29

Fall Meinhof: Der Vorwurf MORD wurde bisher nicht entkräftet

Keine Zeitung, keine Behörde hat bisher auf die im letzten KONKRET veröffentlichten „Fakten zum Vorwurf: MORD" an Ulrike Meinhof reagiert. Die Vorbereitung eines internationalen Untersuchungsausschusses, die unter anderem vom Generalsekretär der „Internationalen Vereinigung für Menschenrechte bei der UNO", dem Genfer Rechtsanwalt Denis Payot unterstützt wird, wurde lediglich von der „Frankfurter Rundschau" gemeldet. Dagegen versuchten die „Zeit" und das ZDF-Magazin in langen Beiträgen, einige der Vorwürfe gegen die deutsche Staatsanwaltschaft, die vom Londoner „Observer" aufgegriffen wurden, zu entkräften. Eine Gruppe englischer Ärzte hat inzwischen diese angeblichen Widerlegungen widerlegt. In einem fünfseitigen „vorläufigen Informationsbericht" hat nun ein ausländischer Professor für gerichtliche Medizin zu den Akten der Staatsanwaltschaft und der Obduzenten Stellung genommen. KONKRET bittet seine Leser um Verständnis, daß seine Identität hier noch nicht mitgeteilt werden kann, und um Nachsicht für die Wiedergabe teilweise nur schwer zu ertragender Details. Wir halten eine Veröffentlichung derartiger wissenschaftlicher Stellungnahmen jedoch solange für unumgänglich, wie die Verantwortlichen schweigen. Hier in Auszügen die vorläufige Stellungnahme des Gerichtsmedizin-Professors:

1. Ein typischer „Erstickungstod" durch Erhängen, d. h. durch Anoxie des Gehirns, lag sicher nicht vor, da alle Symptone der so genannten „Erstickungsblutungen" fehlten:

a) Normalerweise führt die Strangulation durch totale Kompression der Halsvenen gegenüber den Halsschlagadern zu Stauungen in der Kopfregion und nach 3 bis 5 Minuten zu Blutungen Inder Schädelschwarte, Augenbindehäuten, Gesichtshaut, Rachenschleimhaut, Gaumenmandeln, Lymphknoten, Trommelfell und zu einer Hyperämie der Hirngefäße. Alle diese Symptome fehlten. Es ist sogar erwähnt, daß eine starke Blutstauung aller innerer Organe mit *Ausnahme des* Gehirnes bestanden hat. Zur Sektionstechnik ist zu bemerken, daß entgegen der Regel, daß die Halsorgane zuletzt in Blutleere zu sezieren sind, diese zuerst obduziert wurden.

b) Es kommt aber auch beim Ersticken normalerweise zu subserösen Blutungen unter dem Lungenfell, den Herzhäuten, der Brieskapsel. Diese fehlten ebenfalls.

2. Es könnte sich daher höchstens unreinen Reflextod durch Erhängen gehandelt haben, jedoch wurden an der Halsschlagader bzw. am Carotissimus weder Einrisse noch Blutstauungen beschrieben.

3. Die erwähnten Einzelmerkmale des „typischen Erhängens" müssen diskutiert werden:

Die Strangfurche am Hals entsprach lediglich Excoriationsvertrocknungen, wie sie an der frischen Leiche auch hervorgerufen werden können.

Die Totenflecke an den unteren Körperpartien entstehen auch bei Aufhängen einer Leiche in den ersten Stunden nach dem Tode.

Der Abbruch des linken Zungenbeinhornes und des li. Kehlkopfknorpelhornes (gemeint ist das Schildknorpelhorn) kann sowohl bei Würgen wie Drosseln wie Aufhängen und zwar auch einer Leiche erfolgen, ebenso kann man noch kleinere Blutungen in den umgebenden Weichteilen in der Agonie oder bald nach dem Tode erzielen. Nur die Blutungen im „trägen" blutarmen Gewebe (Bänder der Wirbelsäule, Bandscheiben, Kapsel des Gelenkes zwischen Schild- und Ringknorpel) sprechen eher für vitale Vorgänge. Dies wurde aber bei der ersten Obduktion entweder nicht festgestellt oder nicht beachtet. Auffallend sind bei ziemlich symmetrischer Anordnung der Strangfurche die nur linksseitigen Verletzungen am Hals.

Flüssiges Blut in allen Gefäßabschnitten ist kein spezifisches Zeichen. Bei Erstickung ist dies wahrscheinlich durch Abbindung der für die Gerinnung wichtigen Calciumionen durch Kohlensäureüberschuß bedingt, kommt aber auch aus anderen Gründen vor.

Starke Blutstauung der inneren Organe mit Ausnahme des Gehirnes ist bei Erhängen atypisch. Mäßig vermehrte Durchfeuchtung der Lungen ist völlig unspezifisch, ebenso die akute Erweiterung der rechten Herzkammer. Einklemmung der Zunge zwischen Ober- und Unterkiefer ist ein mechanischer Vorgang bei Aufhängen vor Eintritt der Totenstarre, kommt also auch noch an der Leiche vor, ebenso Speichelträufeln aus dem Munde mit Abrinnspuren an der Brust bis zum Nabel.

Die Schlußfolgerung - „nach diesen Befunden hat Frau Meinhof bei Beginn der Erhängungsvorgänge gelebt" -ist nicht ausreichend belegt. Dasselbe gilt für die Punkte III (Tod durch Erstickung)und IV. Es handelte sich im Gegenteil sicher *nicht um* einen Erstickungstod.

4. Frau Meinhof soll eine Kaiserschnittentbindung durchgemacht haben. Eine diesbezügliche Narbe von 14 cm wurde festgestellt. Die Angabe von Prof. Janssen, daß dabei immer quere Narben entstehen, ist unrichtig.

5. Wesentlich sind hellgelbe Fremdanhaftungen in der Zwickelgegend am weißen Schlüpfer. Sie wurden ebenso wie am Damm als eingetrockneter Urin gedeutet, obwohl eine chemische Vorprobe (welche?) eine spermapositive Reaktion zeigte. Das Ergebnis weiterer diesbezüglicher Untersuchungen steht aus. Die starke Blutfüllung der großen und kleinen

Schamlippen und der Schleimhäute des Scheideneinganges kann mechanisch im Totenfleckenbereich entstanden sein. Es wurden eine gelblich-rahmige Flüssigkeit im Scheideneingang und eine etwas zäh-trübe Flüssigkeit auf der Scheidenschleimhaut erwähnt, aber nur der Scheidehund Afterabstrich untersucht. Dabei wurden aber keine Samenfäden gefunden, jedoch war die Phosphatareaktion schwach positiv. Darauf wurde geschlossen, daß kein regelrechter Geschlechts- oder Afterverkehr mit Samenerguß vor dem Tode stattfand. Bei Sexualdelikten findet man aber auch oft nur Sperma in Kleidung, am Schambeinhügel oder an den Oberschenkeln. Diesbezügliche Untersuchungen sind bisher noch nicht erwähnt.

Wesentlich ist auch der Zeitpunkt des Todeseintrittes:

Am 9. Mai 7.34 bzw. 7.40 Uhr (Großmann bzw. Med. Dir. Dr. Henck) wurde komplette Totenstarre festgestellt, was für einen Todeseintritt mindestens sechs Stunden zuvor spricht. 9.25 bis 11.00 Uhr fühlte sich die Leiche noch warm an, war totenstarr, eine elektrische Muskelerregbarkeit bestand nicht (mehr als vier Stunden). Um 12.45 Uhr wurde eine Mastdarmtemperatur von 28° gemessen, was für einen Todeseintritt nach Mitternacht spricht. Dazu wären die Lichtverhältnisse um diese Zeit zu prüfen: Es sollen Glasziegel vorhanden gewesen sein - war der Raum erhellt? Die Beleuchtung soll durch ein TV-Gerät möglich gewesen sein - war dieses für alle Programme geeignet? - Wie lange währte das Programm? Was wurde gebracht?

Neonröhre und Glühlampe wurden um 22.00 Uhr abgegeben, später aber eine eingeschraubte Birne festgestellt, darauf Fingerabdruckspuren, die zur Identifizierung nicht geeignet waren, aber keine Übereinstimmung mit den Abdrückender Frau Meinhof aufwiesen. Bezüglich der Unordnung, des umgedrehten Bettes und des Verklebens des Türspions liegen keine Berichte übersonstige Usancen vor. Nicht geklärt wurde, was Frau Meinhof bis 22.30 Uhr geschrieben hat und ob sie vor dem Tod Papier i n der Klosettmuschel verbrannte, wobei unklar ist, ob Zündhölzer oder Feuerzeug gefunden wurden.

7. Als Strangwerkzeug diente ein Streifen eines blau karierten Handtuches. Es wurden aber an Messer und Schere keine Spuren des Handtuches gefunden. Die Abzüge von Fingern und Nägel wurden zur Faserprobe sichergestellt, das Untersuchungsergebnis nicht erwähnt. Wo sonst noch Faserspuren beim Schneiden des Handtuches gefunden wurden, ist nicht erfindlich.

8. An Verletzungen wurden sechs seichte Einblutungen der Haut von Pfenniggröße an den unteren Gliedmaßen festgestellt, außerdem bestanden Verletzungen am Gesäß, während die am Dia 10 erkennbare Verletzung am Rücken rechts mehr als links im Obduktionsprotokoll nicht erwähnt sind. Die Höhe des Aufknüpfungspunktes ist 205 cm, die Höhe des Stuhles 40 cm, die Größe der Frau Meinhof 167 cm (bei Prof. Janssen 171 cm), der Aufhängepunkt bis Knoten 34 cm, die linke Ferse ruhte auf der Kante des Stuhlsitzes, der rechte Fuß schwebte frei. Nach der Höhe der Sitzfläche des Stuhles können die Verletzungen bis über die Knie nicht durch Abstoßen oder Krämpfe entstanden sein. Durch Anziehen der Knie würde der Abstand noch vermehrt. Strampelbewegungen bei Erstickungstod im Sinne cerebraler Krämpfe kommen vor, sind aber wie ausgeführt, kaum anzunehmen, da kein eigentlicher Erstickungstod vorlag.

9. Die Nachsektion durch Prof. Janssen gegenüber der Obduktion von Prof. Rauschke und Prof. Mallach ergab keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte, nur Differenzen: Größe 171 cm statt 167 cm, Gewicht 60-65 gegen 45-50, Blutungen am unteren Ansatz der Kopfnickermuskeln, die vorher nicht festgestellt wurden, hirsekorngroße Blutungen am 1.2. LW-Langsband, die nicht beschrieben worden waren, Bruch beider Schildknorpelhörner statt nur des linken.

Konkret 10/76, S. 30

Berufsverbot

Die dollsten Fälle

Moritz Herrmann ist Diplompädagoge (Examen: sehr gut) und SPD-Bundesschulungsleiter in Oldenburg. Nachdem ihm bereits eine Lehrerstelle an einer Hauptschule zugewiesen worden war, wurde plötzlich eine „Anhörung" angesetzt, bei der dem 34jährigen Lehrer frühere SDS- und SHB-Aktivitäten zur Last gelegt wurden. Nach viermonatiger Arbeitslosigkeit bewarb sich Herrmann um eine Dozentenstelle an der Volkshochschule Wilhelmshaven, wurde erneut eingestellt, nach kurzer Zeit erneut einer „Überprüfung" unterzogen und abermals ohne Bezüge suspendiert. Seit dem 10. August liegt Herrmanns Akte bei Ministerpräsident Albrecht (CDU) zur „persönlichen Prüfung".

Im Januar 1975 verweigerte der Regierungspräsident von Aurich, Horst Milde (SPD), dem Lehramtsbewerber Gerd Ahrends die Übernahme in den Schuldienst, weil Ahrends Mitglied der DKP ist. Im August diesen Jahres nun **machte Milde das Berufsverbot komplett. Der Junglehrer, dessen Verwaltungsklage gegen die Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst noch nicht entschieden ist, hatte sich nach langer Arbeitslosigkeit bei der Privatschule Leinertstift in Grossefehn, Kreis Aurich, beworben. Das Institut war bereit, Ahrends einzustellen. Milde lehnte die hierfür notwendige Genehmigung der Behörde ab. Grund: Ermittlungen des niedersächsischen Landesamts für Verfassungsschutz.**

Schnüffel-Erlaß

Mitte August wurde an der Universität Gießen ein Erlaß bekannt, nach dem alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten verpflichtet werden, alle *„nicht genehmigungspflichtigen (!) Nebentätigkeiten" ihrer* vorgesetzten Dienststelle zu melden. Der Erlaß sieht für alle Beschäftigten das Ausfüllen von Vordrucken vor, in denen u.a. „ehrenamtliche Tätigkeiten" in Vertretungskörperschaften, *„unentgeldliche Tätigkeiten in Organen von* gemeinnützigen (!) *Einrichtungen", „schriftstellerische, künstlerische und* Vortragstätigkeit" und„Tätigkeit zur *Wahrung von* Berufsinteres*sen in Gewerkschaften" mit* genauer Aufstellung nach Art und Zeitaufwand anzumelden haben.

Internationale Solidarität

342 Mathematiker aus 28 Ländern, Teilnehmer eines internationalen Kongresses, der Ende August in Karlsruhe stattfand, haben eine Petition an Bundespräsident Scheel gerichtet. Sie fordern die sofortige Aufhebung des Berufsverbots gegen die Bielefelder Mathematik-Lehrerin Cornelia Booß-Ziegling. Auch der Präsident der internationalen mathematischen Unterrichtskommission, der Japaner Professor Iyanaga, gehörte zu den Unterzeichnern.

Nach den französischen Sozialisten bereitet jetzt auch die holländische sozialdemokratische Partei (PvdA) die Gründung eines Komitees gegen die Berufsverbote vor. Im Auftrag des PvdA-Vorstands haben fünf prominente niederländische Sozialdemokraten, unter ihnen der ehemalige EG-Kommissar Sicco Mansholt und der Rotterdamer Oberbürgermeister van der Louw, eine Arbeitsgruppe gebildet. Bereits Anfang des Jahres hatte die PvdA erklärt, die SPD-Führung sei nicht „Opfer", sondern „mitverantwortlich und mitschuldig an dem Klima der Hetze, geistigem Terror, Einschüchterung und der Arbeitsplatzwegnahme, wie sie derzeit in der Bundesrepublik herrschen".

In Poltiers, der französischen Patenstadt von Marburg, wurde ein Komitee gegen die Berufsverbote gegründet. In Bristol, der englischen Patenstadt von Hannover, hat die Teachers Association, die der nationalen britischen Lehrergewerkschaft angehört, die Berufsverbots-Verfahren gegen die niedersächsischen Lehrer Heinz-Peter Bastian, Rolf Günther, Jörg Piepkorn und Aart Papst verurteilt.

Gordon Scharfer, Vorsitzender des britischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit sowie Mitglied der Labour Party, kündigte an, auf dem nächsten Labour-Parteitag werde eine Resolution gegen die Berufsverbote in der BRD zur Diskussion stehen. Schaffer sprach Anfang September auf einer internationalen Kundgebung gegen die Berufsverbote

in Hamburg.

Nachdem schon vor einigen Wochen über 70 italienische Professoren, der Gemeinderat von Bologna und der Provinzrat von Siena ein Dokument gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik verfaßt hatten („Im Herzen Europas erscheint erneut das Gespenst der politischen Verfolgung"), hat sich jetzt in Italien ein „Freiheitsausschuß für die demokratischen Rechte in der BRD" (Comitato per la difensa dei diritti di liberta nella R.F.T.) konstituiert. Sein Initiator, der römische Richter Dr. Giuseppe Caizzone: „Wir mischen uns bestimmt nicht in fremde Angelegenheiten ein. Aber die Schande der Berufsverbote muß uns berühren, weil wir Menschen, Demokraten und Nachbarn sind. Die Verteidigung der Demokratie in der BRD bedeutet die Verteidigung der Demokratie in Europa und in der ganzen Welt."

Gegen-Aufklärung, ziemlich teuer

Regierungssprecher Bölling: „Seit einem Jahr versuchen wir, die im Ausland an unserer Rechtsstaatlichkeit geäußerten Zweifel durch gezielte Informationsarbeit auszuräumen." Die darf auch ruhig was kosten: Da gibt es zum Beispiel Gratisreisen von „Multiplikatoren" in die Bundesrepublik, mit öffentlichen Mitteln finanzierte Gespräche auf Parteien-Ebene und jede Menge Papier (zum Beispiel eine Broschüre „Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst", Kosten: 24 000 Mark). Genutzt hat das alles bisher kaum etwas, die Sozialistischen Bruderparteien der SPD reisen in der Regel verärgerter ab als sie gekommen sind. Immerhin hat ihnen Brandt ein Stillhalteabkommen bis zur Bundestagswahl abringen können. Aber auch privatwirtschaftliche Ideologie-Produzenten rüsten zur Gegenoffensive. So der Heggen-Verlag, Opladen. Für 14 Mark bietet er den Reader „Extremistenbeschluß" von Peter Frisch an. Neben Gesetzes- und Erlaß-Texten bietet er grundsätzliche Begriffserläuterungen und „Hinweise für Diskussionen über die ‚Berufsverbote'". Das Buch sei also jedem, besonders jedem vom Berufsverbot Betroffenem empfohlen, der wissen will, was die Gegenseite meint, was man selbst meint und wie man dem begegnen sollte.

Neue Dokumente und Materialien

Die bisher umfangreichste Dokumentation ausländischer Pressestimmen zu den Berufsverboten hat das „Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte" in Westberlin herausgegeben. Die 80seitige Broschüre enthält Faksimile-Wiedergaben und Übersetzungen von Zeitungsartikeln aus neun westlichen Ländern, überwiegend aus liberalen bis konservativen Blättern wie „Le Monde", „Times", ‚Dagens Nyheter" und „New York Times". Die Dokumentation kostet 4 Mark und ist bei der Humanistischen Union, Kufsteiner Straße 12, 1000 Berlin 62, Tel. 030/854 41 97 erhältlich.

Der Internationale Verband Demokratischer Juristen hat eine Dokumentation über die Berufsverbote in der BRD („Berufsverbote - les interdits professionnels") veröffentlicht. Bestellungen an das Sekretariat der Association Internationale des Juristes Démocrates, Avenue Jupiter 29, B 1190 Bruxelles (Belgien).

Nachdem sich der Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch bereits Anfang August im WDR gegen die „gegenwärtige Gesinnungsschnüffelei im öffentlichen Dienst" ausgesprochen hatte, die „ausdrücklich dem Urteil aus Karlsruhe" widerspreche, hat Hirsch seine Kritik jetzt in einem Papier zusammengefaßt, das beim PDI (Presseausschuß demokratische Initiative, Münzstr. 8, 8000 München) erhältlich

- ist. Hirsch hatte selbst am Berufsverbote-Beschluß des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 mitgewirkt.

Vorsicht bei Fragebögen!

Immer häufiger wird in letzter Zeit von Studenten die Beantwortung verschiedenster Fragebogen verlangt, werden an den Hochschulen die verschiedensten Erhebungen durchgeführt. Jeder, der sich an solchen Befragungen beteiligt, sollte grundsätzlich davon ausgehen, daß Anonymität dabei nicht gewährleistet ist. Beispiel: Schon seit einigen Jahren läßt eine Projektgruppe „Modellversuch integrierte Studiengänge", je zur Hälfte finanziert von den Wissenschaftsministerien des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen, an den Hochschulen von NRW Studenten Fragebogen ausfüllen, und zwar unter „hochschuldidaktischen und sozialisationstheoretischen" Aufgabenstellungen. Neben einer Fülle harmloser Fragen tauchen dann plötzlich solche Sätze auf, die vom Befragten zu bewerten sind: „Ich studiere mein Fach, weil ich dann später besser gesellschaftliche Veränderungen unterstützen kann" oder „Unsere Gesellschaft verhindert immer noch die Befriedigung wichtiger menschlicher Bedürfnisse", oder „Wissenschaft ist hierzulande ei n Instrument zur Unterdrückung

der Massen". Die Forschergruppe sichert „volle Anonymität" zu, bittet aber dann die Probanden, einen sechsstelligen Code auszufüllen, damit der Fragebogen durch spätere Erhebung ergänzt werden kann. Schnitzeljagd-like soll der Code zusammengesetzt werden aus: dem Anfangsbuchstaben des Vornamens der Mutter, dem Anfangsbuchstaben des Vornamens des Vaters, dem Endbuchstaben des eigenen Rufnamens, dem dritten Buchstaben des Geburtsorts, dem dritten Buchstaben des eigenen Rufnamens und dem Endbuchstaben des Vornamens des Vaters - was sich alles ungeheuer konspirativ anhört, und abermals wird versichert: „Mit diesem Code ist es unmöglich, nachträglich einzelne Personen zu identifizieren". Wenn der, der ein Interesse daran hat, nicht nach dem Namen und Geburtsort und nicht nach Namen der Eltern des Betreffenden fragt. All das aber ist Bestandteil jedes (nicht nur) behördlichen Einstellungsformulars. Aus der sozialisationstheoretischen Fragestellung kann also allzuleicht eine sozialisationspraktische Antwort werden, zu der man selbst das Material geliefert hat: Berufsverbot.

Konkret 10/76, S. 32

Chile nach dem Putsch

100000 Gefangene seit dem Putsch

Wenige Wochen vor dem 11. September, dem dritten Jahrestag des Putsches, erlebte Chile eine neue Verhaftungswelle. So wurden unter anderem die Gewerkschaftsfunktionäre Heczor Contreras und Guillermo Rivadeneitra festgenommen. Der Bauarbeiter Sergio Verdugo, ebenfalls ein Gewerkschaftsführer, wurde in einem Vorort Santiagos tot aufgefunden, nachdem er von der Geheimpolizei DINA entführt worden war. Nach Angaben von amnesty international fehlt von 1500 bis 2000 Chilenen, die von der DINA verhaftet wurden, bislang jede Spur. Die Zahl der seit dem Putsch für kürzere oder lange Zeit Inhaftierten beträgt rund 100 000. Gegenwärtig befinden sich in den KZs und Gefängnissen der Junta noch rund 6000 politische Gefangene, unter ihnen seit 1973 und immer noch ohne Prozeß der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan.

Deutsche Waffen für die Junta

Die Bundesrepublik 'hat, wie erst nachträglich bekannt wurde, Anfang August sechs Hubschrauber des Typs BO-105 nach Chile geliefert. Nach Auskunft der Bundesregierung handelt es sich dabei nicht um militärisches Material. Und hier die Angaben der Herstellerfirma Messerschmitt-Bölkow-Blohm:

Die Kraft.

Die BO 105 könnte im Notfall 10 Personen befördern. Laderaum 1.500 Liter. Am Transporthaken trägt sie Außenlasten bis zu 1 Tonne Die, BO 105 ist durch weitgehende Vibrationsfreiheit eine optimale Waffenplattform. Ausrüstung mit Raketen, Bordkanonen oder Torpedos zur Panzerabwehr und Schiffsbekämpfung. Geringer Wartungsaufwand durch Modulartechnik.

Soweit der MBB-Waffenprospekt. Und warum, so fragt das schweizerische „Komitee zur Unterstützung des chilenischen Volkes", wurden die Hubschrauber, in Einzelteile zerlegt, über den Flughafen Genf versandt, wenn die Bundesregierung von ihrer friedlichen Nutzung überzeugt ist? Diese Hubschrauber wären freilich nicht das erste deutsche Kriegsgerät, das in Chile gegen Antifaschisten eingesetzt wird. Die kubanische Zeitschrift „Informativo" veröffentlichte kürzlich diese Liste von Waffenlieferungen der BRD an die Junta:

840 automatische Gewehre zu je 200 Dollar, 500 Maschinengewehre zu je 250 Dollar, 117 Pistolen zu je 700 Dollar, 8 Anhänger f. med. Versg. zu je 150 Dollar, 4000 Gewehre HK/33,5, 56 mm zu je 150 Dollar.

sowie Ersatzteile und Munition im Wert von 1 Milliarde Dollar.

DINA Spitzel exkommuniziert

Am 13. August wurden 37 lateinamerikanische Priester aus Ecuador ausgewiesen, weil sie angeblich an einem „konspirativen Treffen" teilgenommen hatten. Zwei Tage später trafen drei der Ausgewiesenen, die chilenischen Bischöfe Gonzales, Ariztia und Alvear, auf dem Flughafen von Santiago ein, wo sie von Demonstranten beschimpft und mit Steinen beworfen wurden. Drei Fahrzeuge des Erzbistums Santiago wurden zerstört. Die Demonstranten wurden als Angehörige der Geheimpolizei DINA identifiziert, die anschließend von der Kirche exkommuniziert wurden. Unter ihnen befindet sich auch Manuel Cabrera, ein Mitarbeiter Pinochets. Mit diesen erstmaligen Exkommunikationen haben die Auseinandersetzungen zwischen der Katholischen Kirche und der Junta eine neue Stufe erreicht.

Menschenrechts-Studie

Der Bremer Jura-Professor Gerhard Stuby berichtete Anfang Sept. vor einem Ausschuß der UNO-Menschenrechtskommission von den Ergebnissen einer Delegationsreise bundesdeutscher Juristen in Chile im Juni dieses Jahres. Der Bericht, der neben anderen Grundlage für ein Papier über Menschenrechtsverletzungen in Chile ist, das der Ausschuß der dem nächst beginnenden UN- Vollversammlung vorlegen wird, ist erhältlich beim Antiimperialistischen

Solidaritätskomitee, Eichwaldstraße 32, 6000 Frankfurt/Main.

China verlängert Millionen Kredit

Ein Warenkredit in Höhe von 52 Millionen Dollar, den die Volksrepublik China der Regierung Allende gewährte, der jedoch bis zu seinem Ablauf in diesem Sommer nicht ausgenutzt wurde, hat die Pekinger Regierung um viereinhalb Jahre verlängert.

Bischof Frenz:

„Der Faschismus ist als Gefahr immer da -auch in der Bundesrepublik"

Helmut Frenz war evangelischer Bischof in Chile, bis ihn die Junta während eines Auslandaufenthaltes vor einigen Monaten ausbürgerte. Heute ist er Pfarrer in Hamburg und seit kurzem Generalsekretär von „amnesty international"

Ich habe gefolterte Menschen gesehen und gesprochen. Das Foltersystem ist wissenschaftlich perfektioniert und wird oft unter Mitarbeit von Ärzten durchgeführt. Das Entsetzliche daran sind nicht nur die zerbrochenen Knochen und Gliedmaßen. Diese Folter bezweckt auch die Zerschlagung von Persönlichkeiten und das Zerbrechen von Herzen...

Ich selbst bin zusammen mit dem römisch-katholischen Bischof mehrfach bei Pinochet gewesen. Wir sprachen dabei anfangs vorsichtshalber nur von „physischer Gewaltanwendung bei Verhören". Pinochet benutzte zu unserer Überraschung aber sogleich das Wort „Folter" und versuchte sogar, das System der Folter zu rechtfertigen. Er sagte, bestimmte Menschen in diesem Lande müßten gefoltert werden. Die nationale Sicherheit sei wichtiger als Menschenrechte.

Leider kann man feststellen, daß der Faschismus überall wieder anfängt, Blüten zu treiben. Natürlich macht er eine Wandlung durch. Es ist nicht mehr derselbe Faschismus wie bei Hitler.

Im Prinzip ist der Faschismus aber latent, als Gefahr, immer da, auch hier, in der BRD, und wir müssen sehr wachsam sein. Am deutlichsten sichtbar wird das ganze Klima in der Bundesrepublik an einem irrationalen Antikommunismus. Dieser Antikommunismus scheint wie ein Virus vorhanden zu sein und überall präsent, um Menschen einzuschüchtern. Wer nicht in das System hineinzupassen scheint, wird als Kommunist oder Handlanger des internationalen Kommunismus abgestempelt, selbst wenn Leute wie ich immer deutlich sagen, daß sie gar keine Marxisten sind, sondern sich aus humanitären und christlichen Beweggründen engagieren.

Natürlich ist das nicht zufällig. Pinochet und sein System sind fester Bestandteil der westlichen Welt, wirtschaftlich, politisch und ideologisch. Von daher ist es selbstverständlich, daß man in Chile dieselben Strickmuster findet wie hier etwa in der Springer-Presse.

Man wird schon beim Gebrauch bestimmter Worte abgestempelt. Da fängt bei vielen Leuten ein ganzer Film an abzulaufen. Dies verbindet sich beispielsweise mit dem Wort Sozialismus. Ein anderes Wort, das ich anfangs ahnungslos gebrauchte, war Klassenkampf", worunter ich kein propagandistisches Reiz- oder Schlagwort verstand, sondern die Beschreibung einer Situation, die alltäglich ist, zumindest in der dritten Welt.

Ich könnte mir vorstellen, daß ich etwa mit dem KP-Vorsitzenden Luis Corvalan weniger

Kommunikationsschwierigkeiten hätte und wir uns sicher sehr schnell über einen gemeinsamen Kampf um Menschenrechte und Menschenwürde einigen könnten...

Konkret 10/76, S. 33

„Sterns“ Stundung

Journalisten, die sich die Gunst des mächtigsten europäischen Verlegers nicht verscherzen wollten, fälschten die „Stern"-Krise zu einem Gruner + Jahr-Markt der Eitelkeiten um. KONKRET enthüllt die Hintergründe:

Sic habens gelesen: „Stern"-Chefredakteur Henri Nannen wollte zurücktreten, weil er die „redaktionelle Unabhängigkeit" gefährdet sah. Gefährdet durch einen personellen Eingriff des Verlags in die Redaktion, versucht vom Vorstandsvorsitzenden Dr. Manfred Fischer.

Es wurde von einem Erdbeben geredet, Streikgerüchte kamen auf, der Bundeskanzler telegraphierte „Halten Sie aus, Herr Nannen", die Redaktion solidarisierte sich, der Redaktionsbeirat tagte rund um die Uhr -und dann plötzlich ein Zwei-Zeilen-Kommuniqué: Friede, Freundschaft, Eierkuchen, es ist Fünf, der Krieg ist aus, alles trifft sich im „Kelch" auf ein Bier.

Was war das? Hatten da zwei Männer, der alternde Nannen und der altklug geborene Fischer, ein Kämpfchen gewagt und, weil sie von Werbung was verstehen, die Massen über die Medien daran teilhaben lassen? War es, wie der Verleger Gerd Bucerius in seiner abgelaufenen „Zeit" schrieb, „das Sentimentale in Henri Nannen", das zum Konflikt führte?

Tja, wenn ein Verleger erzählt...

Gespielt wurde in Wahrheit Mohnopoly, ein gänzlich unsentimentales Spiel. Mit einem ganz simplen Ziel, aber sehr komplizierten Regeln. Die seien hier kurz erklärt:

Der „Stern" erscheint im Hamburger Verlag Gruner + Jahr (G + J). Von dessen 731 Millionen Umsatz macht der „Stern" rund 35 Prozent. Der Anteil des „Stern" an den Gewinnen des Verlags ist noch wesentlich höher. Reich wird davon insbesondere der 70-Prozent-Gesellschafter Reinhard Mohn, Besitzer des Verlagshauses Bertelsmann in Gütersloh.

Zusammen mit Gruner + Jahr hat Bertelsmann inzwischen den größten Medienkonzern Europas, was bis jetzt niemanden ernsthaft gestört hat. Nun ist der Media-Multi Mohn kein gewöhnlicher CouponS-chneider, sondern ein vorausschauender Unternehmer. Er weiß, daß die Leute besser arbeiten, wenn man sie nett behandelt. Und er weiß, daß man sich viel Ärger spart, wenn man den Aufsässigen und den unbelehrbaren Gegnern des Systems ein paar Freigehege einrichtet.

Aus diesem Wissen hat Mohn einiges gemacht: Er hat zum Beispiel seine Gütersloher Belegschaft am Gewinn beteiligt, und er hat bei seinem Münchner C. Bertelsmann Verlag eine Edition eingerichtet, in der kommunistische Autoren wohlsubventioniert ihre Romane publizieren können. „Progressiv, dynamisch, mit Phantasie -aber sachlich..." ein richtiger Degenhardt-Manager.

Fast. Denn was er seinen Mitarbeitern an Gewinnbeteiligung zugestand, zog er ihnen an Zwangs-Investitionen wieder aus der Tasche. Als die etwas pfiffigeren Betriebsräte von Gruner + Jahr dieses gut kaschierte Selbstfinanzierungsmodell durchgerechnet hatten, lehnten sie Mohns teures Geschenk dankend, aber mit einstimmiger Deutlichkeit ab.

Dieser Akt des Ungehorsams brachte die Bertelsmänner aus dem Konzept. Mohns Hamburger Vertreter, besagter Fischer, bot sein Finanzierungsmodell brieflich den Ehefrauen der G + J-Mitarbeiter an und machte sich auch diejenigen Belegschaftsmitglieder zu Gegnern, die das Betriebsratsvotum eher skeptisch aufgenommen hatten.

Als Zentrum der Insubordination machte Mohns Fischer die Redaktion des

Stern" aus, und da wiederum - es mußte doch einen Rädelsführer geben! - den stellvertretenden „Stern"-Chefredakteur Manfred Bissingen den der Minderheitsgesellschafter John Jahr ob seiner linksliberalen Haltung gern einen „Kommunisten" nennt. Bissingen und hier hat der Bertelsmann sich nicht verguckt, war und ist in der Tat der Mann, der viel dazu getan hat, den „Stern" zum letzten aufmüpfigen, aufklärerischen, mitunter sogar ein wenig unternehmerkritischen Massenblatt der Bundesrepublik zu machen.

Während Augstein seinen „Spiegel" auf die Eignung, in Altenheimen ausgelegt zu werden, herunterwirtschaften ließ, wurde der „Stern" das politisch wichtigste Organ sozialliberaler Politik. Und mit ökonomischem Erfolg: Jahr für Jahr überbot der „Stern" seine eigenen Rekorde in Anzeigenaufkommen, Auflage und Reichweite: Acht Millionen Bundesbürger lesen heute Woche für Woche den „Stern" -nicht zuletzt, weil die politisch vernünftigen Beiträge in reichlich Konsum-Tralala verpackt sind.

Es war gerade der Erfolg dieser Mischung und die, wie es Fischer scheinen mußte, selbstverleugnende Bereitschaft Bissingers, auch systemidiotischen, aber attraktiven Pofel ins Blatt zu heben, die den potentiellen Nannen-Nachfolger in den Augen der Gütersloher so gefährlich machte. Und sie faßten den Beschluß: Der Mann muß weg. Noch bevor

irgendjemand im „Stern" das wußte, waren Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf und Richard Stücklen informiert. Bei denen, zum Beispiel, hätte Bucerius die „vernünftigen Ursachen" des Konflikts ertragen können, wenn er nicht stets Wert darauf legte, seine Informationen aus dritter Hand zu beziehen.

Dennoch wäre es vielleicht nicht jetzt und nicht so zum Konflikt gekommen, wenn Mohn seinen Fischer mit einem Lesering durch die Nase an Gütersloh gefesselt hätte, statt ihn in die weite Welt, nach Hamburg, zu schicken. Denn Fischer vertrug auch das Klima schlecht: Aus Gütersloh war er gewohnt, alle Abteilungen des Konzerns soweit unter Kontrolle zu haben, daß sie auf Kommando begeistert aus dem Fenster springen. Jetzt stand er als Verlagschef einem Blatt vor, das dauernd gegen den guten Gütersloher Ton verstieß, etwa schon dann, wenn es die Ärzte unter dem Titel „Die Beutelschneider" abhandelte.

Was, wenn Dr. Fischer auf dem Flugplatz von Gütersloh seinen Beutelschneider trifft und der ihn fragt, wer denn dort droben in Hamburg eigentlich der Chef sei. Und Fischer kann nicht ändern, daß die Redaktion nicht tut, was er sagt, und dann steht er als Luftloch da. Das tut weh.

Und nun wird es das auch noch weiterhin tun müssen, denn der Konflikt endete nicht ganz so, wie Fischer sich das vorgestellt hatte:

Henri Nannen, dienstältester und erfolgreichster Chefredakteur der BRD, was das Reichmachen von Verlegern angeht, wollte in Ruhe alt werden und nicht einen heimlichen Mitregenten namens Fischer haben. Er warf seinen Marktwert in die Waage und bot den Rücktritt an.

Die „Stern"-Redaktion begriff, daß Hier nicht nur linke Redakteure diszipliniert werden sollten, sondern genaugenommen alle, um die letzte aufmüpfige Abteilung des Konzerns kleinzukriegen. Das störte selbst die Bürgerlichen in ihrem Selbstverständnis. Sie revoltierten, wollten ihren Nannen wiederhaben, der zwar nicht gerade die Speerspitze des Fortschritts ist, aber die Leute doch vieles machen läßt, was sie für wichtig und richtig halten. Die meisten sahen ein, daß ein heimlicher Chefredakteur Fischer die Kapitulation in Raten bedeuten würde: „Kommas werden täglich zwischen 12.00 und 14.00 Uhr in der Verlagsleitung ausgegeben."

Die Redaktion setzte ein Signal und streikte Bummel, die Fertigstellung eines Heftes verzögerte sich. Dazu kam ein ganz neues Gewerkschaftsgefühl, die Kollegen aus der Technik bekundeten heftige Solidarität.

Die Verleger waren bereit, sich ihre Ordnungsvorstellung etwas kosten zu lassen. John Jahr bot für Bissingers Abgang eine Million Mark als Abfindung an, wenn er freiwillig verschwinde". Von Reinhard Mohn berichtete Bucerius (und vielleicht stimmt das ja mal), daß er den Verlust eines Heftes für 5 Mio Mark riskieren wolle und vielleicht auch noch das nächste. (Mohn: „So was muß man hinnehmen".)

Warum hat Mohn es dann doch nicht hingenommen, sondern das Spiel mit Nannen und Fischer unter sechs Augen ausgewürfelt?

Mohn riskierte, daß erstmals Redakteure und Kollegen aus der Technik zusammenmarschierten, und was macht das im Unternehmerverband für einen Eindruck, wenn gerade der Unternehmer, der seinen Artkollegen immer sagt, wo es lang geht, die Kluft zwischen Schreibern, Setzern und Druckern zuschüttet, von der sie bis jetzt so gut gelebt haben.

Das liberale, von Bertelsmann erworbene Verlagshaus Gruner + Jahr wäre monatelang nicht aus den Schlagzeilen gekommen. Es hätte sich herausgestellt, daß es da vielleicht doch nicht so liberal zugeht. Statt Springer hätte sich das öffentliche Interesse zum ersten Mal gründlich Bertelsmann zugewandt: dessen finanzielle Potenz und mediale Macht bis jetzt noch niemand so recht erfaßt hat. Und sowas ist immer der Rendite abträglich und auch der Ideologie.

Das waren im wesentlichen die Gründe, warum Mohn zum Schluß seinen Vorstehhund Dr. Manfred Fischer zurückpfiff. Er mußte den Mann halten, der ihm das Geschäft besorgt, er mußte aber auch Henri Nonnen, den Reichmacher, halten, denn noch braucht er ihn für eine reibungslose Kontinuität des Pressegroßbetriebes „Stern".

Das heißt aber nicht mehr als: Der Versuch, den „Stern" als letztes Massenblatt in die rechte Mitte zu schieben, ist aufgeschoben.

Ende '77 steht das .„Stern"-Statut zur Kündigung an, das den Redakteuren gewisse Mitbestimmungsrechte einräumt. Ende '77 läuft Nannens Mitspracherecht bei der Bestellung seines Nachfolgers ab. Es ist davon auszugehen, daß der Vorstandsvorsitzende Fischer dieses Statut kündigen und Nonnen nicht mehr fragen wird. Bissinger wird dann als erster über die Klinge springen.

Dann erst wird sich herausstellen, oh der vertagte Krieg wirklich stattfindet.

Konkret 10/76, S. 35

Kaspar Maase

Mohnopol□

Die Stern-Redaktion sollte nicht n□ r an einem Lesering d□ rch die Nase geg□ ngelt □ erden. Bertelsmann ist mehr als B□ ch-l Bertelsmann ist der gr□ □ te Medien-Monopolist der B□ ndesrep□ blik. Kaspar Maase gibt einen □ berblick:

Das Geschäftsjahr 1974/75 schloß mit einem Gesamtumsatz von 2,056 Mrd. DM ab, erarbeitet von 19 859 Beschäftigten. Zum Ergebnis trug die Gruner + Jahr Gruppe (G + J) 682 Millionen bei; für 1976 rechnet man dort mit 800 Millionen Umsatz und einer Traumrendite von 10 %.

Führungszentrum ist die Bertelsmann AG, Gütersloh, als Holding von über 100 in- und ausländischen Gesellschaften. 11,5% ihres Aktienkapitals von insgesamt 100 Millionen hält Gerd Bucerius, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender. Als stille Gesellschafter durften Belegschaftsangehörige immerhin schon 28 Millionen Aktien zur Finanzierung des Konzerns erwerben. Den Rest besitzen im Verhältnis 1:4 Vater Reinhard Mohn und Sohn Johannes, dafürsteht Mohn sen. dem Vorstand der Bertelsmann AG vor.

Die Bertelsmann AG hält 69,9 % des Kapitals der G + J-AG, Ende 1976 werden es 74,9% sein; der Rest liegt bei der Familie Jahr. Die G+ J-AG ist Kommanditist der (die Geschäftspolitik entscheidenden) Gruner + Jahr AG & Co., deren Vorstand der Bertelsmann-Manager Manfred Fischer und deren Aufsichtsrat Reinhard Mohn vorstehen.

Ökonomische Hauptstütze des Konzerns sind seine Buch- und Schallplattenringe in Europa und Lateinamerika. Sie erfassen allein 6,4 Millionen Buchabonnenten, davon 3,3 Millionen in der BRD (das sind knapp zwei Drittel des gesamten BRD-Buchclubgeschäfts): Bertelsmann Lesering, Bertelsmann Schallplattenring, Europäischer Buch- und Phonoclub, Europäische Bildungsgemeinschaft, Christlicher Bildungskreis, P. P. Kelen Verlagsgesellschaft, Deutsche Buchgemeinschaft (50 %). Im Ausland verdienen für Bertelsmann unter anderem: Buchgemeinschaft Donauland, Österreich (50 %); Euroclub Italia; France Loisirs (50 %), die inzwischen auch den Service culturel de France „betreuen"; Europaring der Buch- und Schallplattenfreunde, Schweiz; Europaclub voor boeken en grammofonplaten, Niederlande; Circulo des lectores, Spanien; Circulo Internacional mit Sitz in Barcelona als Zentrale der lateinamerikanischen Zweigunternehmen; weitere Engagements in Norwegen, Dänemark und Portugal.

Mit 185 Millionen Umsatz 1975 ist Bertelsmann bei weitem die größte Verlagsgruppe der BRD. Dies sichern in erster Linie die belletristischen und Sachbuchverlage. Unter eigenem Namen führt der Konzern die Gruppe C. Bertelsmann mit der Autoren Edition, Sachbuchverlag und Kunstverlag; außerdem Jugendbuchverlag, Ratgeberverlag, Lexikonverlag. Der Schulbuchverlag „Pro Schule", das Schulbuchprogramm des Vieweg-Verlags und der Blanvalet-Verlag gehören noch zu den bekannteren Unternehmen dieses Bereichs.

In den letzten Jahren hat sich der Gigant aber auch eine führende Stellung bei den wissenschaftlichen Verlagen zusammengekauft. Mehr als 30 Fachzeitschriften erscheinen in folgenden Häusern: Bertelsmann Fachzeitschriften GmbH, Bertelsmann-Thomson (66 2/a %), Heinrich Vogel, Verlag Aktuelle Information, Verlagsgesellschaft Otto Spatz, A. Christ Zeitschriftenverlag (90 % G + J), Vereinigte Motorverlage (15 % G + J). Darüber hinaus sind im wissenschaftlichen Buch- und Zeitschriftengeschäft: Bertelsmann Universitätsverlag, Th. Gabler (49 %), Friedrich Vieweg und Sohn (51 %), Westdeutscher Verlag (51 %), Verlag für Buchmarktforschung. Lehrmaterialien vor allem für die Weiterbildung in der Industrie stellt das Institut für Informations- und Lernsysteme her, das zu 75 % Bertelsmann gehört. Hinzu kommen noch eine Reihe geographischer und kartographischer Unternehmen.

Mit Publikumszeitschriften ist G + J aktiv: Brigitte, Capital, Eltern, Schöner Wohnen, Essen und Trinken, Gong (50 %), Stern, YPS (Kinderzeitschrift) Frau im Spiegel (33 %), Deutsche Automobilrevue. Mit 25 % ist G + J am „Spiegel" beteiligt.

Bertelsmann und G + J halten 67 % der Europart, die Partworks wie „Menü" und „ „Unser Leben" herausbringt. Den Orbis-Verlag mit Scheibchen-Produkten wie „Selbermachen", „Handarbeiten", „Blumen und Garten" teilen sich Mutter und Tochter.

Eine weitere Säule des Konzerns und seiner Machtstellung bilden die supermodernen Druckereien, vor allem die Mohn-Druck in Gütersloh, die G + J-Technik in Itzehoe und München-Unterföhring, Berteismann-Druckbetriebe in Wien, Barcelona und Bergamo. Eine Papierfabrik in Riva am Gardasee gehört auch dazu.

Große Interessen hat der Konzern ebenfalls in der Schallplatten- und Kasettenproduktion. Ariola-Eurodisc ist mit einem Marktanteil von 17 % die größte inländische Gesellschaft. Dazu kommen die Musikverlage Ufa und Melodia sowie die Produktionskapazitäten von Sonopress Reinhard Mohn OHG.

Selbstverständlich ist Bertelsmann auch audiovisuell aktiv. In Wartestellung für das Geschäft mit Bildplatten und -kasetten liegt die Videophon GmbH (zusammen mit G + J), für den Schmalfilmmarkt produziert die Ufa-ATB (80 % Bertelsmann), für das Fernsehen arbeiten stern-tv (G + J), sowie die Bertelsmann Fernsehproduktion und eine Unternehmung der Deutschen Buchgemeinschaft. Im europäischen Maßstab bereitet sich Bertelsmann mit Medienkonzernen aus Frankreich, Italien, Niederlanden, Schweiz und Schweden in der „International Publishers Audiovisual Association" auf Größeres vor. Die Gütersloher sind einer der 16 Gesellschafter der TR-Verlagsunion, die für den Medienverbund produziert. Industrie- und Werbefilme dreht die Aquarius-Film in München.

Einen wichtigen Posten für die Familie Mohn stellen schließlich noch die Service-Unternehmen dar, die Millionen Adressen gespeichert haben und für über 50 andere Firmen Werbung, Marketing und den elektronisch gesteuerten Vertrieb durchführen. Direkt zu Bertelsmann gehören das Kommissionshaus Buch und Ton, Vereinigte Verlagsauslieferung, Verlagsgemeinschaft Rheda, Marketing-Service, Industrie-Service, Adressen-Zentrale, Interlogic (Computer- und Programm-Service), interPRO-Werbegesellschaft.

Konkret 10/76, S. 36

Günter Amendt

Hirn, verbrannt

Wie heilt man psychisch Kranke? Mit psychischer Therapie. Doch das ist langwierig, teuer und braucht viel Personal. Es geht auch einfach und billig - mit Stereotaxie: Man verbrennt Teile des Hirns, in denen man die Krankheit vermutet. Wie man ja auch einem komplizierten Bruch am billigsten und schnellstens durch Amputation beikommt. Sexualtäter sind die bevorzugten Opfer der Stereotaktiker. Aber nicht die einzigen: In den USA denkt man auch ein Demonstrationstäter

Bis 1969 führt der kaufmännische Angestellte Dieter W. ein Leben, das man im Verwaltungsdeutsch unauffällig zu nennen pflegt; er fällt weder der Polizei noch der Justiz oder seinen Nachbarn auf. Mit 20 Jahren heiratet er, ein Jahr später wird er Vater. Auch diese Ereignisse seines Lebenslaufes fallen nicht auf. Erst die Ehescheidung 1970 zeigt eine Abweichung, die mit der Eheschließung einsetzte und dennoch keinen erkennbaren Zusammenhang mit diesem Datum zu haben scheint. Dieter W. beginnt 1968 - kurz nach seiner Heirat - durch Kleingarten-Kolonien zu streunen, sich vor Frauen und Mädchen zu entblößen, sie zu bedrängen und schließlich zu vergewaltigen. Über 80 Fälle werden ihm vorgehalten, in denen er sich als Exhibitionist Frauen und Mädchen gezeigt hatte. In einigen Fällen hatte er in ihrer Gegenwart onaniert.

Dieter W. wird in die Sonderanstalt Bergedorf eingewiesen. Gefängnisskandale im westdeutschen Strafvollzug, eine Serie von Gefangenenmißhandlungen in der Glocke des Hamburger Gefängnisses Santa Fu, führten zur Einrichtung der Sonderanstalt Bergedorf. Anfänglich stand noch die Absicht im Vordergrund, den Regelvollzug anderer Strafanstalten von „Störern" und schwierigen Insassen zu entlasten, später wurde die Zielsetzung der Sonderanstalt Bergedorf um die Aufgabe erweitert, Modelle für einen sozialtherapeutischen Vollzug zu erproben.

Der Patient Dieter W. wird mit dem triebdämpfenden Medikament Androcur des Pharmakonzerns Schering behandelt - zunächst mit scheinbarem Erfolg. Doch sobald er im Freigängervollzug außerhalb der Anstalt arbeiten darf, spürt er wieder das starke Verlangen, sich Frauen zu zeigen und dabei zu onanieren. Dieter W. entdeckt, daß weniger das Medikament, als der Entzug optischer Reize die zeitweilige Beruhigung bewirkt hatte.

Gegen den Rat der Ärzte setzt er das Medikament ab, zumal ihn dessen Nebenwirkung (Brustbildung) beunruhigte. Dieter W. wird erneut rückfällig.

Von Mitgefangenen und Mitarbeitern der Anstalt hört er von der Möglichkeit, eine stereotaktische Hirnoperation vornehmen zu lassen: „Ich hatte einen riesigen Horror davor, aber ich habe meiner Mutter gesagt, lieber sterbe ich, als daß ich so weiter lebe." Am 22. Februar 1974 wird Dieter W. in der Hamburger Universitätsklinik von dem Neurochirurgen Professor Dieter Müller rechtsseitig operiert. Danach fühlt er sich besser: Die Unruhe sei weg und auch die sexuellen Einschlafphantasien seien verschwunden.

Im April 1974 wird Dieter W. aus der Haft entlassen. Ein Dreivierteljahr lang bleibt er, wie er selbst sagt, „sauber". Dann zeigt er sich erneut jungen Mädchen: „Es war ein böses Erwachen, es war wie ein Schub." Freiwillig meldet er sich in Bergedorf zurück, nachdem zuvor sein Anwalt mit den Ärzten der Anstalt eine zweite Operation, diesmal auf der linken Hirnseite, vereinbart hatte.

Dieter W. wollte nach Bergedorf zurück, weil dort „ein menschenwürdiger Zustand herrscht". Zu einer Operation war er aber keineswegs entschlossen: „Ich habe nach anderen Behandlungsmöglichkeiten gesucht." Einem der leitenden Ärzte fiel dieses Zaudern offenbar auf, denn Dieter W. hatte den Eindruck, daß dieser Arzt ihn lieber in das berüchtigte Hamburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert hätte: „Der Druck der Haft sollte so wirken, daß ich dann doch noch einmal bereit sein würde, meinen Kopf hinzuhalten." Daß diese Art von Motivations-Therapie womöglich nicht ohne Erfolg geblieben wäre, erkennt auch Dieter W.: „Wenn man mich nur lange genug im UG hätte schmoren lassen, dann hätte ich meine Angst vor einem zweiten Eingriff vielleicht auch verloren."

Es reicht dann schon der Druck in Bergedorf: Nach langem Hin und Her läßt Dieter W. sich wieder nach Eppendorf bringen, zu einer zweiten Operation. Doch als der Narkotiseur sich verspätet, springt Dieter W. vom Operationstisch, rennt über das Klinik-Gelände davon und versteckt sich in einem Keller, wo er von Pflegern eingefangen wird.

Noch einmal - Wochen später - wird er motiviert und psychisch wie medikamentös auf die Operation vorbereitet. Er verlangt nach großen Mengen des Beruhigungsmittels Valium: „Ich wollte was haben, was die Angst wegmacht. Ich hätte notfalls auch einen Holzhammer genommen, um meine Angst wegzubekommen." Als das Valium nicht wirkt (spätestens dann), entschließt er sich in der Nacht vor der Operation zur Flucht.

Mehr als ein halbes Jahr lebt er auf der Flucht. Als die Polizei ihn findet, kann sie ihm einen Rückfall nachweisen. Am 14. Juni 1976 wird Dieter W. erneut verurteilt, diesmal zu drei Jahren Haft.

Dieter W. ist einer von denen, die in die Mühlen der „in aller Stille wiedererstandenen Psychochirurgie" geraten sind. So feiert Professor Gerd Dieckmann den Aufschwung seiner Disziplin, deren „Renaissance" seit dem Ende der sechziger Jahre er im Deutschen Ärzteblatt beschreibt.

Durch ein Bohrloch in der Schädeldecke des Patienten wird ein Hohlrohr eingeführt, in dem eine Elektrode läuft. Das Rohr führt zu der angezielten Hirnregion. Der Schädel des Patienten wird in einem Ring gelagert, der am Schädel verschraubt wird. Mittels Stromstoß wird der Zielpunkt in der vorgesehenen Hirnregion verbrannt. Die Zerstörung ist nicht rückgängig zu machen.

Dieter W. gehört zu der Patientengruppe der Hirnoperateure, die als Sexualstraftäter am meisten öffentliches Aufsehen erregen. Die Stereotaktiker behaupten unter Hinweis auf Tierversuche, im menschlichen Hirn gäbe es ein „Sexualzentrum", das im Fall von unerwünschtem sexuellen Verhalten ausgeschaltet werden könne. Die Berechtigung zur stereotaktischen Psychochirurgie .leiten sie aus dem „Leiden" der Patienten ab, die nur „zwischen einem Leben in Strafhaft und der... Befreiung durch die Neurochirurgie" zu wählen haben.

Über ihre Befreiungen von sexuellem Fehlverhalten führen die Stereotaktiker Erfolgslisten, die sie anfangs sogar nach Sternchen ordneten: Vier Sterne = „Vollständige Normalisierung des Sexualverhaltens".

Und dies ist die Geschichte eines Drei-Stern-Patienten mit „völliger Befreiung vom abnormen sexuellen Triebdruck", wobei es einschränkend heißt: „Sexualverhalten zur Zeit nicht zu beurteilen." Es geht um den Akademiker Paul M., verheiratet, zwei Kinder, der unter „homosexueller Pädo-Ephebophiie" leidet, also vorpubertäre und pubertierende Jungen als Sexualpartner bevorzugt.

1968 läßt sich Paul M. in Göttingen von den Stereotaktikern Roeder und Orthner einseitig operieren.

1975 wird er von dem Hamburger Stereotaktiker Müller auch an der anderen Hirnseite operiert. In Paul M.s eigenen Worten: „Nun sollte das zweite verbliebene Sexualzentrum operativ total zerstört werden."

Nach der zweiten Operation sucht Paul M. eine neue Arbeitsstelle. Ein Mediziner, der Paul M. schon vor der Operation kannte, stellt „einen Persönlichkeitsverfall" fest: „Gesprächsweise ging hervor, daß offenbar die Kritikfähigkeit jetzt völlig ausgeschaltet war." Noch am selben Abend beobachtet er zufällig, wie Paul M. versucht, einen jungen Mann mit Gewalt in seine Wohnung zu ziehen. Sowohl der Mediziner wie mehrere andere Bekannte des Patienten bestätigen, „daß die sexuelle Grundeinstellung in keiner Weise verändert ist. Weggefallen sind die Hemmungen".

Als die ersten Patienten nach stereotaktischen Eingriffen in ihren Sprechstunden auftauchten, begannen sich Westdeutschlands Sexualwissenschaftler kritisch mit den Methoden der Neurochirurgie zu befassen. Im April dieses Jahres veröffentlichten die Abteilungen für Sexualforschung der Universitäten Frankfurt und Hamburg sowie die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung eine „Stellungnahme zu stereotaktischen Hirnoperationen an Menschen mit abweichendem Sexualverhalten". Darin werfen sie den Psychochirurgen vor:

· ihre theoretischen Grundlagen gingen von einem biologisch verkürzten und damit falschen Bild von der Sexualität des Menschen aus;

· sie machten tierexperimentell gewonnene Befunde unkritisch zur Grundlage schwerwiegender chirurgischer Eingriffe am gesunden menschlichen Hirn;

· ihre Indikationen gingen von äußerst fragwürdigen wissenschaftlichen und klinischen Kategorien aus und ließen psycho- und soziotherapeutische Gesichtspunkte aus;

· ihre Untersuchungen zur Operationswirkung genügten bisher nicht einmal wissenschaftlichen Mindestanforderungen;

· Art und Ausmaß unerwünschter Nebenwirkungen der Operation seien ungenügend oder gar nicht untersucht worden.

Die Kritik der Sexualforscher scheuchte die Stereotaktiker in der „Stille" auf, in der sie bis dahin ein ungestörtes Geschäft betrieben hatten: Professor Müller, der Hamburger Chirurg, räumte ein, daß die Sternchen-Erfolgsliste fragwürdig sei. Man habe sie zurückgezogen. Als Zugeständnis an die Kritiker kündigte er Nachveröffentlichungen über bereits operiertes „Patientengut" an.

Der Hamburger Neurochirurg Dieckmann ließ sich schon mehr aufs Inhaltliche ein. Er erklärte, „wir haben bisher noch keinen Exhibitionisten operiert" und „wir haben noch keinen Sexualdeliquenten doppelseitig operiert". Dieckmann betonte die „extreme Gefährlichkeit des doppelseitigen Eingriffs". Damit distanzierte er sich deutlich von seinen Hamburger und Göttinger Kollegen, die sowohl Exhibitionisten operieren als auch doppelseitige Operationen - wie bei Dieter W. und Paul M. -durchführen.

Auch über die Zielgebiete sind die Hirnoperateure zerstritten. Professor Müller zielt bei Zwangskranken Stammhirn und Verbindungen von Stammhirn und Thalamus sowie Gebiete des Cigulum an. Professor Dieckmann hält diese Methode für *veraltet, weil* dabei unnötig viel Hirnsubstanz vernichtet wird. Er bevorzugt den Thalamus als Zielgebiet. Das erhellt den theorielosen und herumexperimentierenden Charakter der Psychochirurgie. Dieckmann, ebenso rüde wie pragmatisch:

„Wer heilt, hat recht."

Im übrigen weisen die Neurochirurgen die Verantwortung für ihr Tun von sich. Müller schiebt alles auf die Psychiater, die an der Indikationsstellung beteiligt waren: „Ich bin nur Ausführender." Und auch Dieckmann macht *eine Art* Befehlsnotstand geltend: „Als Neurochirurg komme ich zu *allerletzt zum* Zuge". Besonders Müller macht einen Sündenbock aus: Die Sexualwissenschaftler, die nicht bereit seien, sich an der Indikationsstellung zu beteiligen.

In der Tat weigern sich etwa die Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sexualforschung, an der Auswahl der Kandidaten für Müllers OP-Tisch mitzuwirken. Mit Recht: Denn auch *einem Gegner* der Todesstrafe ist nicht zuzumuten, sich an Diskussionen um die Exekutionsmethode zu beteiligen.

Den Vorwurf der Sexualwissenschaftler, die Gehirnchirurgen würden erst operieren und dann, wenn überhaupt, den gesamten Behandlungsablauf, von dem die Operation nur ein Teil sein kann, planen, bezeichnet Müller als „Witz". Tatsächlich waren bei Beginn der Operationen Müllers Bergedorfer Zulieferer nicht einmal mit so grundlegenden Fragen wie der Kostenregelung für Nachuntersuchungen vertraut. Die Stereotaktiker und Psychiater wiederum reden sich damit heraus, daß die Patienten gar keine systematischen Nachuntersuchungen wünschten. Dazu Gunter Schmidt, Vorsitzender der Deutschen *Gesellschaft* für Sexualforschung: „Was da jetzt an Argumenten kommt über die Schwierigkeiten der Nachuntersuchung ist alles hohles Zeug. Wenn man Patienten menschlich anspricht, ihnen auch die therapeutische Notwendigkeit zeigt, ihnen erklärt, daß das auch in ihrem *Interesse liegt,* und wenn man die Weichen für die Kostenregulierung stellt, dann wird ein großer Teil der Patienten Nachuntersuchungen zustimmen."

Auch einem anderen nachträglichen Versuch, planvolle Behandlung nachzuweisen, ist mit Skepsis zu begegnen. So behauptete der Homburger Neurochirurg Dieckmann, daß „eine ständige Zusammenarbeit zwischen der hiesigen psychiatrischen Universitätsklinik" und ihm bestehe. Doch der Direktor des Homburger Instituts für klinische Psychotherapie, Professor Martin Schrenk, legt Wert auf die Feststellung, daß er und *seine Kollegen* die in Homburg stereotaktisch Operierten nicht kennengelernt haben.

Auch Müller muß sich korrigieren lassen. Seine Behauptung, er werde unterstützt durch die in der „Sonderanstalt Bergedorf tätigen Kollegen und Psychologen, insbesondere Herrn Buhl - dies betrifft auch die Nachbeobachtung und Nachbetreuung der Patienten", wird von Eberhard Buhl stark relativiert: „Ich habe vor wie nach der Operation Tests durchgeführt, auch andere Kollegen haben mit operierten Patienten gesprochen. Aber es handelt sich hier um mehr oder weniger zufällige Nachuntersuchungen. Wenn man eben einen Patienten traf, sprach man mit ihm. Von einer systematischen und geplanten Nachuntersuchung als Bestandteil des gesamten *operativen Vorgangs* kann nicht die Rede sein."

Als letztes Bataillon führt der Stereotaktiker Müller nun sogar die von ihm operierten Patienten ins *Gefecht: Unter* Einsatz seiner Autorität im Arzt-Patienten-Verhältnis holt er sie vor Fernsehkameras, stellt sie journalistischen Befragern zur Verfügung, präsentiert sie auch nicht medizinischen Auditorien wie z. B. Sonderschulpädagogen in Hamburg. Als ginge es in der medizinischen Wissenschaft zu wie bei sportlichen Wettbewerben: Wer die meisten Tore schießt oder die meisten Patienten präsentiert, hat gewonnen. Das Ergebnis dieser Zurschaustellung psychisch Kranker war natürlich vorhersehbar: Alle lobten ihren Arzt und dessen Arbeit.

Relevanter als diese PR-Arbeit, die das Bedürfnis von Patienten ausnutzt, sich über ihre Krankheit und mögliche Fehlbehandlungen hinwegzutäuschen, ist der Versuch der Stereotaktiker, die Verantwortung für ihre Eingriffe den betroffenen Patienten zuzuschieben. Denn die kämen schließlich alle freiwillig, oder, wie Dieckmann sagt: „Wir haben bisher nur Patienten behandelt, die sich selber an uns gewandt haben. Niemand wurde dazu aufgefordert, auch war es bisher nie ein Gericht, das sich mit solchem Anliegen an uns gewandt hat."

Tatsache ist, daß in Dieckmanns Homburger Klinik sechzig Prozent der Patienten, die wegen sexueller Probleme operiert wurden, Strafgefangene waren. In Göttingen waren es dreiviertel und in Hamburg fast 90 Prozent der Patienten. Stereotaktiker wie Müller und Dieckmann gehen offenbar davon aus, daß Menschen, die wegen sexuell abweichenden Verhaltens in Strafhaft sind oder sich vor Strafhaft fürchten, die von ihren Psychiatern offerierte „Alternative" zwischen Haft und Operation in freiem Willensakt entscheiden können. Eine absurde Annahme.

Deshalb ist beispielsweise in den USA ein psychochirurgischer Eingriff an Strafgefangenen oder an Menschen, die unter Strafandrohung stehen, nicht zugelassen. Solange jedenfalls nicht als das Operationsverfahren umstritten ist und in einem experimentellen Stadium verharrt. Zudem zeigt das Schicksal von Dieter W., da ß die Alternative Knast oder Operation keine ist. Dieter W.s Alternative heißt Knast *und* Operation.

Die. Kritiker der Gehirnoperationen an Strafgefangenen verlangen von den Chirurgen und Psychiatern keinen Beitrag zur Philosophie des freien Willens oder Anmerkungen zur Grundwerte-Diskussion. Sie wollen lediglich wissen, ob dem

Patienten eine relativ freie Wahl unter den verschiedensten Behandlungsmöglichkeiten angeboten wird und ob die Patienten über die jeweiligen Risiken aufgeklärt werden.

Sie haben reichlich Grund daran zu zweifeln. So berichtet die ehemalige Mitarbeiterin der Sonderanstalt Bergedorf, Katja Pietschmann: „In Bergedorf malt man den Patienten die Folge einer Kastration aus. Verglichen damit sei die Stereotaxie vorteilhafter. Man sei da noch im Vollbesitz seiner Kräfte." Die Patienten werden offenbar zu der Behandlungsmethode motiviert, die in der jeweiligen Anstalt gerade Sache ist. Werden also die Patienten in Bergedorf auf die Stereotaxie geradezu draufgehoben? „Das kann man so sagen. Jedenfalls wird ihnen diese Methode schmackhaft gemacht", berichtet der Ex-Bergedorfer Psychologe Eberhard Buhl.

Und so sieht es dann hinter der Unterschrift aus, mit der ein Bergedorfer Patient seine Einwilligung zur Stereotaxie gibt. Dieter W.: „Bei 95 Prozent aller Leute in meiner Lage ist eine Freiwilligkeit nicht gegeben. Die haben doch nur die Birne hingehalten, um dem Knast zu entgehen." Von den Stereotaktikern werde man massiv zur Operation überredet: „Es wird gedreht und gewendet, daß die Leute es schließlich als Erfüllung ansehen."

Nochmal: freiwillig? Psychologe Eberhard Buhl: „Nach meiner Erfahrung in Bergedorf kann man nur davon ausgehen, daß die Patienten zur Stereotaxie manipuliert werden. Bedenken, die ich in konkreten Fällen aus psychologischer Sicht vorgebracht habe, konnten den Eingriff nicht verhindern."

Stereotaxie ist nur ein Beispiel. Die medizinische Versorgung psychischer Kranker und Normabweichender in der Bundesrepublik ist insgesamt katastrophal. Die Enquete der Bundesregierung zur Lage der Psychiatrie macht das deutlich. Was aber wirklich hinter den der öffentlichen Kontrolle verschlossenen Mauern von Landeskrankenhäusern, geschlossenen Anstalten und Gefängnissen vorgeht, ist nur zu ahnen. Es werden umstrittene Methodenangewandt: Im Landeskrankenhaus Eickelborn, wo Jürgen Bartsch zu Tode operiert wurde, wird kastriert, werden Elektroschocks gegeben, werden Depotspritzen bei Suchtkranken injiziert. In Eickelborn und in niedersächsischen Vollzugsanstalten wird die Entscheidung über Haftverschonung oder Entlassung vom Ergebnis einer Phallographie abhängig gemacht: Der Penis des Patienten wird in eine Elektroden-Manschette gesteckt, dann wird die Reaktion auf Pornobilder gemessen.

Stereotaxie ist aber auch mehr als ein Beispiel, sie ist zugleich die radikalste Formverhaltensändernder Medizintechnik. Sexualtäter sind nur ein zahlenmäßig unerheblicher „Arbeitsbereich". Der Katalog der „Chirurgie der Emotionen" reicht von Schizophrenie, Zwangserkrankungen, Angst- und Spannungszuständen, Depressionen bis zu aggressiven Verhaltensweisen, Suchtverhalten und sexuellen Verhaltensabweichungen. Folgerichtig wurde in den USA sogar schon die Operation von gewalttätigen Demonstranten diskutiert.

Mit diesem Angebot gerät die Psychochirurgie in einen Verdrängungswettbewerb mit bereits bestehenden oder in Entwicklung begriffenen psycho- und soziotherapeutischen Behandlungsmethoden. Die privatwirtschaftliche Organisation der westdeutschen Medizin macht diesen Methodenstreit zugleich zu einem Kampf um Patienten- und Krankenversicherungsanteile. Die Psychochirurgie ist die auf den ersten Blick billigste und ökonomischste Behandlungsmethode.

Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten einer profitorientierten Medizin werden die Entwicklung dieser Methode vorantreiben und zugleich die anderen, personalintensiven Behandlungsformen zurückdrängen oder verhindern.

Sexualwissenschaftler, Psychotherapeuten und Sozialpsychiater fordern die Einsetzung eines Ausschusses, der die wissenschaftlichen Grundlagen stereotaktischer Eingriffe untersuchen soll. Sie fordern zugleich die sofortige Aussetzung der Operationen, bis der Ausschuß seine Ergebnisse vorgelegt hat. Dem bereits operierten Patienten ist, soweit noch möglich, eine psychotherapeutische Nachbehandlung zu garantieren.

Die Entscheidung liegt beim *Bundesgesundheitsamt.* Es hat zu verhindern, daß weiterhin auf dubioser wissenschaftlicher Grundlage, ohne ausreichende Dokumentation, ohne sichergestellte Vor- und Nachbehandlung, ohne die Garantie von Wahlmöglichkeiten Menschen irreversibel verstümmelt werden.

Als der Patient Dieter W. in Bergedorf, nach einer alternativen psychotherapeutischen Behandlung verlangte, war die lakonische Antwort eines Arztes: „Das kostet ja einen großen Mercedes."

Konkret 10/76, S. 40

Peggy Parnass

Prozesse

Am Beispiel des Hamburger Strafverteidigers Uwe Maeffert beschreibt KONKRET-Gerichtsreporterin Peggy Parnass, wie schon die engagierte Wahrnehmung der Mandantenrechte aus Anwälten Angeklagte macht. Nicht, wenn es um die Verteidigung von Kurt Lischka (Gestapo) Dany Dattel (Herstatt) geht, natürlich

Häufig werde ich am Wochenende angerufen, von Strafverteidigern, Angeklagten und auch Klägern, die sichergehen wollen, daß ich einen für sie wichtigen Prozeß nicht übersehe. Es sind natürlich auch Leute dabei, die nur auf Publicity aus sind. Aber meistens geht es doch um den Fall selbst. Man hofft, daß wenigstens die Zeitschrift, für die ich schreibe, sich traut, zu drucken, was Sache ist.

Einer, der mich schon oft auf Prozesse aufmerksam machte, ist der Strafverteidiger Uwe Maeffert, 33, verheiratet, I Kind. Ein Mann, der es bei einem Arbeitstag von 14 bis 15 Stunden, und das siebenmal die Woche, auf 1000 Mark netto im Monat bringt. Einer, der häufig Ausländer verteidigt, die unerwünschte Kundschaft in diesem Gewerbe.

Im Frühsommer ging ich in zwei Prozesse, in denen auch Maeffert verteidigte. Erst in das Verfahren gegen Geburtig und Wulf, einem der sogenannten Anarchistenprozesse.

Der Saaldiener will lieb sein und warnt: „Setzen Sie sich bloß nicht da vorn hin! Nachher passiert noch was! Da greifen die Angeklagten Sie an! Alles schon passiert!"

„Was?? Wann??"

„Ja, noch nicht, aber darauf muß man ja gefaßt sein."

Was für ein Quatsch! Ich bin allein auf der Pressebank. Natürlich ganz vorn. Die Angeklagten gucken nicht mal in meine Richtung.

Erst ist Bernd Geburtig dran. 25 Jahre. Rotblond mit leuchtend rotem Vollbart. Brille. Grüne Wolljacke. Liest mit zitternder Stimme vor. Vom Mord an Ulrike, an Meins, an Andreas (der noch lebt). Macht seinen Mitangeklagten, Borvin Wulf, 38, noch mehr kaputt, indem er ihn als integriertes Werkzeug bezeichnet. Zitiert Ulrikes vorletzte Worte. Lobt den Führer Andreas.

Was er vorliest, geht an Gericht und Polizei sichtbar vorbei. Ist auch kompliziert. ‚X-mal die gleichen Worte: „Proletariat, Befreiungskrieg, Kapital, revolutionärer Antagonismus, global, internationaler Imperialismus, Guerilla, antizipiert, transzendiert, Repression, Negation."

Ich hab ein schlechtes Gewissen, weil ich eine 5:7 Fußballschlagzeile vor mir habe. Darunter Schwedenhochzeit und andere Lächerlichkeiten. Ich kann nicht so recht folgen. Das ist keine Gleichgültigkeit. Alle sind so jung, die Verteidiger, Staatsanwälte, Polizisten und Zuhörer. Nur Borvin Wulf und ich sind uralt und geschlagen. Er mit kurzem Haar und ganz langem grauen Bart. Die Augen tief in den Höhlen. Ausgemergelt.

Nur er hört aufmerksam und gespannt zu. „Parallelismus, substantiell, Erosion, Antagonismus."

Im Grunde hat Geburtig schon verbittert, unfreiwillig, für Wulfs Freispruch gesorgt: „Wulf hat sich nie aus der Legalität herausbegeben."

Nach der Pause x-fach weiter: „Reproduzieren, Dialektik, Interaktionsformen, Protagonisten, globale Offensive, homogenisieren, institutionalisieren, Effizienz."

Es ist der letzte Tag vor den Sommerferien des Gerichts. Auf den wichtigen Anträgen, die heute noch gestellt werden müssen, sitzen die Verteidiger wie auf Kohlen. Zweieinhalb Stunden liest der Junge nun schon vor. Nur zwei hören zu: er selbst und Wulf. Was soll das? Will er Kräfte messen oder wirklich was erklären? Als Verteidiger Uwe Maeffert endlich zu Wort kommt, will Geburtig raus: „Solange ich hier bin, läuft nichts. Anträge interessieren mich nicht."

Ausschluß.

Maeffert stellt für seinen Mandanten Antrag auf Haftverschonung. Denn Wulf ist ein kranker Mann. Und vier weitere Wochen ohne Behandlung machen ihn kränker. Maeffert hatte zwar schon die Aufhebung der Sonderhaft für seinen Mandanten erreicht. Gestützt vor allem auf ein Gutachten des Medizinaldirektors Naeve, der eine direkte Linie zwischen Isolationshaft und krankhaften Störungen zog, und kategorisch forderte, die Sonderhaft für Wulf aufzuheben.

Der Vorsitzende Schenck tut, was man in diesen Prozessen so gut wie nie erlebt: Er schmettert einen Antrag nicht ab. Dafür knüpft er die Erleichterung an eine Bedingung. Wulf darf in der U-Haft nicht „agitieren".

Maeffert: „Der Beschluß ist in sich widersprüchlich. Die Aufhebung der Isolationshaft ist nicht aufgrund eines Wohlverhaltens des Angeklagten erfolgt, sondern allein aufgrund der Feststellung, daß die langandauernde Isolation bei Wulf zu erheblichen Gesundheitsschäden geführt hat. Dr. Naeve schrieb: ‚Da der Untersuchungsgefangene grundsätzlich als unschuldig gilt, hat er Anspruch darauf, grundsätzlich ärztlich so betreut zu werden, wie eine Person in Freiheit. Selbst wenn dies der Justizverwaltung bedeutende Kosten und ebensolche Schwierigkeiten verursacht.` Der Begriff ‚Agitation` ist im übrigen zu unbestimmt. Was ist Agitation? Es gibt in diesem Staat, in dem sehr viel verboten ist und immer mehr an politischer Betätigung verboten wird - ich erinnere an den 88 a STGB --, kein generelles Verbot für Agitation, was auch darunter zu verstehen sein mag.

Alles so richtig und wichtig, es hinterläßt das Gefühl von Schattenboxen. Es erschöpft.

Am nächsten Tag geht der parallel laufende Prozeß gegen Margrit Schiller, Ekkes, Allnach und andere weiter. Zum ersten Mal nach dem Brandanschlag auf das Büro des Pflichtverteidigers Langner, bei dem seine Schreibhilfe Johanna Kellner verbrannte. Langner fehlt zum ersten Mal, ein Kollege vertritt ihn.

In diesem Mammutprozeß war ich ganz am Anfang mal. Acht Angeklagte, von denen sieben ihre Verteidiger ablehnten und das auch unmißverständlich zum Ausdruck brachten. Zweck der Übung: ganz ohne Verteidiger würde der Prozeß platzen. Die Angeklagten müßten freigelassen werden. Oder wieder mal ein neues Gesetz her.

Ich fragte damals die wie Rotz behandelten Pflichtverteidiger, ob es nicht geradezu unmöglich sei, Leute zu verteidigen, von denen man so angefeindet wird. Sie sagten, sie nähmen alle ihre Arbeit sehr ernst. Und fühlten sich durch die Art der Verhandlungsführung zur Verteidigung erst recht aufgerufen. Sie bedachten nur nicht, daß wer nicht Persönlichkeit und Motivation eines Angeklagten kennt, nicht verteidigen kann. Akten verzerren immer. Und zum Kennenlernen bekamen sie bis heute keine Gelegenheit. Meistens sowieso auch kaum Akteneinsicht.

Trotzdem, alle Anwälte sind vollzählig da, von den Angeklagten nur einer. Der Anschlag wird am Rande gestreift. Der Angeklagte Allnach, aufgrund seiner schweren Krankheit als einziger auf freiem Fuß, auch er von Maeffert als Wahlpflichtverteidiger vertreten, sagt:

„Nach dem Anschlag auf das Büro eines Verteidigers dieses Prozesses halte ich mein Erscheinen heute hier für notwendig, um folgendes zu erklären: Ich verurteile diesen Anschlag auf das schärfste. Ich finde es entsetzlich und grauenhaft, daß hier eine Frau, die im Anwaltsbüro ihre Arbeit gemacht hat, ums Leben gekommen ist, und daß weitere Menschen in Angst und Schrecken versetzt worden sind. Ich sehe in diesem Anschlag keine progressive Perspektive, keine Befreiung, keinen sozialistischen Humanismus. Ich sehe nicht, was dieser Anschlag mit linker Politik, mit dem Eintreten vieler Menschen in allen Ländern der Welt für die Befreiung des Menschen von der Unterdrückung durch den Menschen zu tun hat. Obwohl bislang keineswegs feststeht wer hinter dem Anschlag steht, sehe ich mich zu dieser Erklärung veranlaßt, weil von Anwälten dieses Verfahrens das Gerücht verbreitet worden ist, ich sei der Urheber anonymer Telefondrohungen, die jetzt natürlich mit diesem Anschlag in Verbindung gebracht werden."

Alle Anwälte beteuern gemeinsam, daß ihn niemand verdächtigt. Auch der Vorsitzende Ziegler sagt, es gebe keinen Hinweis dafür, daß irgendeiner der hier Angeklagten als Quelle des Anschlags in Frage kommt.

Auch hier geht es um Aufhebung der Isolationshaft für alle. Fußend auf der Genehmigung für Wulf.

Ich denke an die Veränderungen in den Knästen. Gefangene streikten. Gefangene meuterten. Gefangene gingen kaputt. Gefangene starben. Isolation und Isolationsfolter wurden zu Begriffen in der Öffentlichkeit. Endlich! Denn Isolation ist ja durchaus nichts Neues im Knast.

Ich hör wieder hin. Es läuft alles normal. Alle Anträge werden - ruckzuck- abgeschmettert.

Auch hier ist die Irritation groß, die Feindseligkeit spürbar. Es scheint nur Gegner zu geben. Anwälte - Vorsitzende. Anwälte - Staatsanwälte. Zu allem Elend auch noch Anwälte untereinander. Und Angeklagte untereinander, weil im Laufe langer Haft sich immer einer ändert. Und Angeklagte -Anwälte. Jeder hält jeden für einen Idioten. Oder für kriminell. Jeder mißtraut jedem.

Auch hier wieder Unsicherheit, Angst, Verwirrung, Erschöpfung. Auch bei mir. Wenn wir es dabei bewenden lassen, sind wir außer Kraft gesetzt. Das nächste Mal sah ich Maeffert am 10. August 1976 vor Gericht wieder. Diesmal als Angeklagten, wegen Verleumdung. Mitangeklagt ist sein Referendar Klaus Wegner.

Maeffert hatte im Januar 1975 im Strafjustizgebäude „Ihr seid wohl verrückt geworden" gerufen und Wegner hatte sich laut darüber beschwert, daß ihn ein Polizist schmerzhaft am Arm „berührte". Wegner beharrte damals vergeblich darauf, den Dienstausweis eines Polizisten zu sehen. Statt sich mit der genannten Dienstnummer zu begnügen. „Seitdem viele Polizisten 4711 als ihre Dienstnummer angeben, sehen wir uns doch lieber den Ausweis an."

Das war an jenem Tag, an dem Richter Graue unter Einsatz einiger Hundertschaften Polizei (KONKRET 3/75) gegen den gewaltlosen Roter-Punkt-Demonstranten Strate verhandelte. Der Tag, an dem auch zwei Verfahren gegen mich in Gang kamen: Wegen Beleidigung, Widerstand und Körperverletzung.

Jetzt kam also tatsächlich dieses Nichts an Anklage gegen Maeffert nach eineinhalb Jahren zur Verhandlung. Staatsanwalt Goritzka begründete das öffentliche Interesse damit, daß der Saal 201 B brechend voll war. Fast ausschließlich junge Juristen - Verteidiger, Staatsanwälte, Richter und Referendare - drängten sich auf den Bänken. Da mir dauernd die Verhandlungsweise des Graue ins Gedächtnis gerufen wurde, genoß ich die ruhige Art des Vorsitzenden Dr. Tamm über die Maßen.

Die Verhandlung war recht lustig, wenn man den Ernst vergißt. Es wurde darüber beratschlagt, wer was meint, wenn das Wort „angefaßt" fällt oder „körperliche Gewalt". Da gehen die Vorstellungen von Zivilisten und Polizisten weit auseinander. Ein Sprachwirrwarr. Was ist Behinderung? Verletzt? Abdrängen? Anfassen? Schieben? Leute heißen nur: „die Zivilpersonen". Dann:„... seitlich versetzt standen, weil er in einem Disput gerade tätig war."

Maeffert macht Zusammenhänge klar. ;;Der Strate-Prozeß war befremdlich, angreifbar und deshalb logischerweise kritisierbar. Wenn Staatsorgane kritisierbar sind, werden die Kritiker verfolgt. So gerät man aus der Rolle des Verteidigers in die Rolle des Angeklagten."

Jeder Polizist hatte gegen je zwei Personen Strafanträge unterschrieben, obwohl sie sich nur von einer beleidigt fühlten. Blanko, wie die Verteidigung befürchtete? Oder „in übergroßer Eile, und weil ja ein Formular wie das andere aussieht", wie sie selber meinten?

Ein höherer Polizeibeamter des Einsatzes von damals hatte drei verschiedene Versionen auf Lager. Sagte dann: „Ich möchte mit meiner Aussage hier der Rechtsfindung dienen."

Verteidigerin Rogge fragt höflich: „Mit welcher bitte? Eins, zwei oder drei?"

Die Zeugen haben es nicht leicht im Kreuzverhör von Anwälten und juristisch geschulten Angeklagten. So blieb dann auch nach zwei Verhandlungstagen von der Anklage nichts übrig.

Konkret 10/76, S. 42

Walter Moßmann

„Seien Sie, Herr Minister, versichert: Das KKW-Wyhl wird nicht gebaut.“

Im Auftrag dieser Demonstranten, der badisch-elsässischen Atom-Kernkraftwerks-Gegner, schrieb der Liedermacher Walter Moßmann den folgenden Brief an Bundesforschungsminister Matthöfer
Offene Antwort auf ein KONKRET-Interview

Sehr geehrter Herr Minister Matthöfen leider ist es uns nicht gelungen, unsere Antwort auf das „konkret"-Interview (8/76) ebenfalls in KONKRET zu veröffentlichen. Man sagte uns dort (Anfang August), die September-Nummer sei schon fertig - mag sein; unser Text sei zu lang -mag sein; und etwas später: unser Brief sei leider verlorengegangen - mag sein. Wahrscheinlich muß es in Wyhl erst mal wieder krachen, bevor sich die etablierte Presse (einschließlich KONKRET) bequemt, die Meinungen, Erfahrungen und die gewaltige Arbeit von ein paar tausend namenlosen Leuten am Oberrhein wahrzunehmen. Zur Zeitlesen wir nur offizielle Verlautbarungen und die Ansichten bedeutender Köpfe. Nicht zu vergessen die Reklame aus Ihrem Hause, die wir gezwungenermaßen mitfinanzieren.

Sie versuchen, sich von dem Problem auf eine sehr einfache Weise zu befreien. Sie sagen: „ein großer Teil der Bürger, die sich dort aktiv engagieren, seien vom politischen Standpunkt her konservativ". Wyhl sehen Sie in einem Wahlkreis, „der mit sehr großen Mehrheiten CDU gewählt hat und CDU wählt". Woher wissen Sie das eigentlich?

Bei den letzten Landtagswahlen (April 1976) gab es in den zehn wichtigsten KKW-Nein-Ortschaften am Kaiserstuhl einen Erdrutsch: Die CDU als Filbinger-Partei bekam gerade noch 30 % der Stimmen, die SPD 25 % und die FDP 42 %. Das bedeutet nicht einen Sieg der Partei FDP, sondern der Bürgerinitiativen. Denn der Kandidat Schön aus Endrogen war ganz offen aus taktischen Gründen in die FDP eingetreten, um ausschließlich einen KKW-Nein-Wahlkampf zu führen. Daß die SPD nicht gewonnen hat, liegt an der einfachen Tatsache, daß ein Atomminister Matthöfer keine Alternative ist zum Atom-Herzog Filbinger. Warum rächen Sie sich jetzt an den Kaiserstählern durch falsche Behauptungen?

Weiter beklagen Sie sich ziemlich arrogant über eine „rückwärts gewandte romantische Vorstellung" in der Bevölkerung am Oberrhein. Ist das alles, was Ihnen auffällt? Wenn ein Kaiserstühler sieht, daß er im Rhein nicht mehr baden mag, aber daß er sich an Zeiten erinnert, als man Rheinwasser noch trinken konnte- was ist denn daran romantisch? Wenn jemand sieht, daß die Umwelt durch den ausschließlich an der Geldvermehrung orientierten „Fortschritt" zerstört wird, warum sollte er da nicht an Zeiten denken, als das noch nicht so war? Wenn sich ein Mensch im Kriege an Friedenszeiten zurückerinnert, hat er nicht guten Grund? Haben wir etwa gesagt, wir wollen Kaiser Willem wieder haben oder die Sklaverei? Es stünde Ihnen, Herr Minister, dem wir das Geld und die Macht zur Verfügung gestellt haben, gut an, alternative Vorschläge für die Zukunft auszuarbeiten. Zu diesem Zweck können Sie auch aus Rückblicken lernen.

Aber wenn wir Ihrem Zeigefinger folgend vorwärts schauen, dann sehen wir Hoboken und Minamata und Seveso und alles ein paar Nummern größer. Und diejenigen, die das verhindern wollen beschimpfen Sie (auf Vorschlag des „konkret"-Interviewers) als „Maschinenstürmer". Wäre es nicht vielleicht sinnvoll, nach dem Nutzen einer Maschine zu fragen? Was sind für Sie wohl Arbeiter, die eine Rüstungsfabrik stürmen, weil sie keine Waffen für ihren eigenen Untergang herstellen wollen?

Wir halten inzwischen aus guten Gründen Atomkraftwerke für Waffen, die gegen uns selbst gerichtet sind. Und der Kredit, den Sie der deutschen Atomindustrie einräumen, erinnert uns an Kriegskredite, die Ihre Partei schon einmal dem „Fortschritt" zuliebe unterzeichnet hat. Ihre Partei hat die fatale Eigenschaft solange hinter der herrschenden Entwicklung herzutrotten, bis die Katastrophe da ist.

Der Zynismus mit dem Sie die schweigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten für Ihre Pläne benützen wollen, hat uns besonders empört. Sie sagen, die Mehrheit der Arbeiter in den Großstädten „akzeptieren" die Atomindustrie. In der Tat, die Arbeiter akzeptieren auch „ihr" Blei- oder Chemiewerk, „ihre" Quecksilber- oder PVC-Produktion. Das finden Sie löblich. Aber was loben Sie denn da eigentlich?

Sie loben die Tatsache, daß Arbeiter ihre Arbeitskraft um jeden Preis verkaufen müssen, auch um den Preis der Selbstverstümmelung. Sie loben die Tatsache, daß Städtebewohner täglich soviel Schäden abkriegen, daß sie die Gefahr von „ein paar Millirem" auch nicht mehr schrecken. Sie loben die Tatsache, daß Arbeiter gewöhnlich weder Land noch Wald noch Haus noch Wasser zu verlieren haben. Ist Ihnen dabei besonders wohl?

In der Bewegung am Oberrhein arbeiten seit einigen Jahren Tausende von Menschen mit, trotz alledem auch Bauern und Arbeiter und Arbeiter-Bauern. Von diesen Leuten könnten Sie viel lernen. Aber Sie beschäftigen sich lieber mit Ihren Batelle-Studien und den großen Männern, die Ihrer Ansicht nach Geschichte machen. Aus Bequemlichkeit bezeichnen Sie den CDU-MdB Gruhl als „Theoretiker des Widerstandes". Dürfen wir Sie darauf aufmerksam machen, daß Herr Gruhl mit dem Widerstand in Marckolsheim und Wyhl genau so wenig zu tun hat wie Sie und Herr Filbinger? Der Widerstand hier

wird geplant, begründet, organisiert und ausgehalten von Menschen, die von den Parteien gewöhnlich als Stimmvieh wahrgenommen werden. Herr Gruhl gehört zu den Leuten, die wenigstens das Problem ernst nehmen und die sich höchst unterschiedliche Reime darauf machen. Aber offenbar nennen Sie Herrn Gruhl, und die angeblichen CDU-Wähler, und das angeblich „Romantische" nur, um die Kritik an Ihrem Atom-Zeitalter irgendwohin abschieben zu können, am besten nach rechts. Offenbar will die SPD in unserer Region auf keinen Fall gewählt werden. Sie sollen Ihren Willen haben.

Zum Glück stellen wir fest, daß da und dort auch in der SPD und in den Gewerkschaften Vernunft aufkommt. Es gibt Leute, die nicht bloß nach der statistischen Größe „Arbeitsplatz" fragen, sondern nach dem Nutzen für den Arbeiter in der Fabrik und außerhalb, als Städtebewohner und Konsument. Leute, die nicht mehr den Reklame-Traum von der schönen neuen Welt im Dienste der Geldvermehrung träumen. Zu denen gehört auch die Internationale Chemiearbeitergewerkschaft.

Noch ein Hinweis: Sehr viele Arbeiter in Wyhl, im Dorf Wyhl am Rhein, die sich von der Reklame der Atomindustrie haben in Schlaf wiegen lassen, die die Atomenergie „akzeptieren", belohnen Ihre Anstrengungen nicht. Sie wählen samt und sonders CDU.

Seien Sie, Herr Minister versichert: Das KKW Wyhl wird nicht gebaut.

Initiativgruppen KKW NEIN Freiburg, Mitglied der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, i. A. Walter Moßmann

Konkret 10/76, S. 44

Hubert Fichte

König Pelé

Fußball, Karneval und Faschismus - Brasilien heute. Der Schriftsteller Hubert Fichte („Die Palette") berichtet davon in „Xango", seinem zweiten Buch über die afroamerikanischen Religionen, das soeben zusammen mit einem Bildband von Leonore Mau bei S. Fischer erschienen ist

Pelé, der schwarze Diener des Baumaterialienhändlers, verdient 120 Cruzeiros im Monat, 80 Mark.

Er steht morgens um fünf auf.

Mittags ißt er im Stehen das, was übriggeblieben ist.

Früchte nicht. Früchte sind nur für die Kinder des Herrn.

Wenn die Angestellten sich Früchte aus dem Eisschrank nehmen, gibt es Krach.

Abends ißt Pelé eine Suppe aus Brot, Wasser und Salz.

Ihm ist ganz schlecht davon.

Er bettelt bei uns um einen Schnaps.

Pelé fegt, schrubbt, bürstet, harkt, gräbt, manchmal wäscht er noch um Mitternacht den Wagen des Herrn.

Pelé ist das schwarze Nationalalibi der brasilianischen Republik.

Eine Peléstatue in jeder größeren Stadt.

Die Illustrierten bringen Sondernummern: Historisches Dokument: Leben und Ruhm Pelés.

Pelé wirbt für Batterien.

Pelé spricht sich gegen Rauschgift aus.

Pelé wirbt für die Steuerklärung und für die Anzugsproduktion seines eigenen Wirtschaftsimperiums.

Pelé wird vom Staatspräsidenten umarmt. Pelé fährt Mercedes.

Pelé soll in Genf bei der Internationalen Arbeiterorganisation auftreten.

Pelé fährt als Botschafter des Herzens nach Paris und wird in Orly mit den Ehren eines Staatschefs empfangen.

Pelé mit B. B.

Pelé mit der Königin Elisabeth.

Am 17. Februar überreicht Pelé dem kranken François Duvalier auf Haiti einen brasilianischen Orden.

Das Ministerium für Erziehung und Kultur gibt drei Broschüren zur Bekämpfung des Analphabetismus heraus.

66 Seiten stark heißt eine davon „Mathematikbuch" und führt den Schüler bis zur Division 15 durch 4.

Das 66 Seiten starke Lesebuch wird durch 34 Seiten Übungen ergänzt.

Die Lektüre endet: -

Jetzt erhalten Sie Ihre Berufskarte, denn Sie können lesen und schreiben. Sie können auch die Wahlberechtigung erhalten und Ihre Militärdienstbescheinigung gegen eine neue eintauschen, auf der vermerkt steht: Alphabetisiert.

In der neunten Lektion finden sich die Übungssätze:

Pelé spielt Fußball.

Pelé ist der König des Fußballs.

In anderen Lesebüchern finden sich die folgenden Übungen:

Mache ein Kreuz bei dem richtigen Satz: Pelé ist der König von Brasilien. Pelé ist der König des Fußballs. Pelé ist der König von Nord- und Südamerika.

Beantworte die folgenden Fragen:

Der König Pelé: Name . . . Geburtsort . . . Stand . . . Lebensdaten...

1954 wieviele Tore?

1956 trat er in welchen Fußballklub ein?

Die Frage nach der Hautfarbe wird in den Papieren nicht abgeschafft, entschied die Justizkommission der Kammer von Brasilia.

Das Programm der Alphabetisierungskampagne in Bahia:

Bis zum 17. Februar: Zusammenstellung der städtischen Propagandakommission.

Vom 18. Februar bis zum 5. März: Training der Repräsentanten.

Vom B. März bis zum 12. März: Hausbesuche.

Vom 6. März bis zum 13. März: Bestimmung von Anzahl und Lokalisierung der Alphabetisierungsposten.

Vom 13. März bis zum 19. März: Ausbildung und Training der Lehrer. - Eine Woche!

Vom 20. März bis zum 27. März: Dokumentation.

Vom 28. März bis zum 4. April: Unterschriften. - Eine Woche!

Vom 5. April bis zum 15. April: Beginn der Stunden.

Vom z. April bis zum 3. Mai: Alphabetisierung.

Von fünf Monaten Geschäftigkeit entfällt einer auf die Alphabetisierung selbst.

Donnerstag, den 4. März: Jornal do Brasil:

Heute nachmittag wird das neue Stadio Fonte Nova in Bahia von Staatspräsident Medici und dem Gouverneur von Bahia Luis Viana Filho feierlich eröffnet.

Bahia spielt um 15 Uhr 15 gegen Flamengo, Vitoria gegen Gremio de Porto Alegre um 17 Uhr 15.

Die Pforten des Stadions werden um zehn Uhr morgens geöffnet.

Man erwartet, daß mehr als 100 000 Zuschauer kommen werden.

Die Eintrittspreise gehen von 2 Cruzeiros bis zu 70 Cruzeiros. Das Stadion faßt I 10 000 Personen. Es ist eines der modernsten von ganz Brasilien und kostete 25 Millionen Cruzeiros.

Schon Stunden vorher ist das Stadion voll. Neben den Billettabreißern stecken die Leute von innen die Eintrittskarten durch die Gitter, um sie wieder zu verkaufen.

Generäle und ein katholischer Priester betreten die Tribüne.

Die lebensgroße Peléstatue ist nicht pünktlich fertig geworden.

Die Künstlerin hat das Gipsmodell mit Bronzefarbe angemalt. Ein Polizist verhüllt der Attrappe das Gesicht mit einem Lappen.

Präsident Medici fährt in Begleitung von Generälen vor. Eilig zieht er an einer Kordel. Der Lappen fällt von der Gipsfigur Pelés. Eilig klatscht der Präsident. Die Generäle klatschen. Der Präsident geht die hundert Meter zur Tribüne zu Fuß.

Als er das Stadion betritt, flattern Hunderte von Tauben über die Menge.

Luis Viana Filho läßt die Pforten des Stadions öffnen.

Tausende strömen herein - das letzte Geschenk des scheidenden Gouverneurs.

Während des zweiten Spiels bricht eine Panik aus.

Die Menschen stürzen von den Tribünen. Die Lautsprecheranlage funktioniert nicht. Der Präsident und der Gouverneur heben stumm vor den Mikrofonen die Arme.

An der Straße, die der Präsidentenwagen passieren muß, liegt ein geopferter schwarzer Hahn - so groß wie ein Rabe.

Die Götter haben bestimmt, daß Präsident Medici das Fußballstadion nicht lebend wieder verläßt.

Die Götter irrten.

Vier Tote - zwei Kinder, sechs und elf Jahre alt, ein 17jähriges Mädchen, ein Mann - und mehr als 1200 Verletzte. Die Kapazität des Stadions liegt bei 110 000 Personen. Gestern war es mit ungefähr 150 000 Personen besetzt.

Tribuna da Bahia:

Mehrere Faktoren kamen zusammen, um das Unglück auszulösen: Die Erinnerung an das Unglück von Belo Horizonte.

Das Gerücht, die Konstruktion würde 110 000 Personen nicht aushalten.

Mittwoch, den 17. März: 0 Cruzeiro:

Die erste Version war, daß ein Flutlicht explodiert sei und die Panik auslöste.

Die zweite Version, der die Polizei und eine Untersuchungskommission mehr Glauben schenken, daß ein Mann durch die Ränge lief und schrie, das Stadion würde einstürzen.

Vorsichtigen Schätzungen nach war das Stadion mit wenigstens 150 000 Personen besetzt.

Sonntag, den 4. April: Tribuna da Bahia:

Der Architekt Diogenes Rebouças, der die Planung für das neue Stadion der Fonte Nova leitete, bestätigte, daß die Kapazität des Stadions 80 000 Personen sei und nicht 110 000 Personen, wie die Regierung bei der Eröffnung am 4. März verlauten ließ.

Konkret 10/76, S. 47

Walter Boehlich

Die Freiheit stirbt zeilenweise

Während bürgerliche Verleger noch mit dem 88a werbewirksam Vorzensur üben, ist der „Gewalt"-Paragraph in Polizei-Aktionen gegen linke Buchläden zum ersten Mal massiv angewendet worden. Inzwischen starb die Freiheit um eine Buchlänge: Das Landshuter Amtsgericht verfügte am 24. August die Beschlagnahme von „Haymarket" ein Wagenbach-Buch über die deutschen Anarchisten von Chicago im 19. Jhdt.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: die noch heute gültige Verfassung der Bundesrepublik Deutschland wird eröffnet vom Katalog der Grundrechte, unter denen der Artikel 5 sowohl das Zensurverbot als auch die Freiheit von Kunst und Wissenschaft aufführt. Im Artikel 19 heißt es ausdrücklich: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden." Was immer dieser nebelhafte „Wesensgehalt" sein mag, was immer die Väter und die Ausleger des Grundgesetzes unter „antasten" verstehen wollten und wollen - der Artikel 5 scheint nicht nur angetastet, er scheint gegen alles geltende Recht aufgehoben zu sein. Die Verfassungsfeinde sitzen offenbar nicht nur dort, wo der Verfassungsschutz sie sucht.

Geschehen ist dies keineswegs durch eine in diesem Falle unstatthafte Grundgesetzänderung, es ist geschehen durch eine Änderung des Strafgesetzbuches, vor allem durch die neuen §§ 88a und 130a, gegen deren Verkündung PEN und Schriftstellerverband vergeblich protestiert haben. In ihnen wird nicht etwa nur die Herstellung und Verbreitung von Schriften, die gegen die Sicherheit und den Bestand der Bundesrepublik gerichtet sind, unter Strafe gestellt, sondern es wird' auch dem Strafe angedroht, der eine Schrift herstellt oder verbreitet, die „nach den Umständen geeignet ist, die Bereitschaft anderer zu fördern, sich ... für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen".

Das ist, was man freundlich einen Gummiparagraphen nennt und was unfreundlich mit dem berüchtigten Heimtückegesetz aus dem Dritten Reich verglichen wird. Es ist sofort argumentiert worden, daß diese Paragraphen einen verfassungswidrigen Zensurcharakter hätten und daß sie wegen ihrer Undurchsichtigkeit und Schwammigkeit zu Selbstzensur und Duckmäusertum führen würden.

Manche haben das für Kassandrarufe gehalten. Aber waren es welche? Offenbar funktioniert das neue Gesetz bereits wie befürchtet und vielleicht sogar geplant. Bei Luchterhand ist ein Roman von Régis Debray erschienen, in dein die Erfahrungen, die der Gefährte von Che Guevara in der Guerrilla gemacht hat, verarbeitet sind. Ein politischer Roman, aber ganz gewiß ein Roman, ein Stück Fiktion, das allen Anspruch auf die Garantie des Artikels 5 hätte. Und was ist passiert? In der deutschen Übersetzung fehlt eine Passage des Originals. Ihr Fehlen war in den Vorausexemplaren für die Kritik noch mit dem Hinweis hervorgehoben und begründet, daß sie im Hinblick auf den § 88 a StGB nicht wiedergegeben werden könne. In der dem Buchhandel ausgelieferten endgültigen Ausgabe fehlt auch dieser Hinweis. Der Leser kann nicht einmal mehr merken, daß da Zensur geübt worden ist.

Betroffen ist eine Passage, in der sich der negative Held des Buches mit einem Berufsrevolutionär über Sinn und Unsinn von Sprengstoffattentaten unterhält. Es wird ein vermeintliches Rezept zur Herstellung von Sprengstoff angeführt. Man braucht kein Chemiker zu sein, um zu erkennen, daß dieses Rezept so fiktiv ist wie das ganze Buch, daß sich da jemand lustig macht, auch wenn man darüber hinwegliest, daß der eine über die Ironie des anderen grinst. Trotzdem bekam es der Übersetzer mit der Angst, der Verlag teilte sie und bewegte den Autor, der Streichung zuzustimmen.

Gewiß, die Streichung schadet dem Roman nicht, die gestrichene Stelle ist nicht von sonderlicher Bedeutung; von Bedeutung ist nur die Tatsache der Streichung selbst. Nehmen wir selbst an, man könnte aus Eisenoxyd und Sägespänen und Alkohol und diesem und jenem brauchbaren Sprengstoff herstellen - es wird doch kaum ein Staatsanwalt auf den Gedanken kommen, ein Bombenbastler, der den Bestand der Bundesrepublik gefährden wollte, müßte dazu einen Roman von Debray lesen. Der wird sich ein zuverlässiges Handbuch holen, dessen Herstellung und Verbreitung natürlich nicht unter Strafe gestellt ist. Aber, nachdem Luchterhand einmal aus Angst diese Textstelle freiwillig unterdrückt hat, wird sich auch kaum ein Staatsanwalt finden, der zugäbe, daß die neuen §§ des StGB gegen dergleichen hätten angewandt werden sollen.

Was wir haben, ist also ein Zustand extremer Rechtsunsicherheit, was wir haben werden, sind weitere Überreaktionen ängstlicher Autoren und Verleger, ist eine Art Zensur, die zwar diesen Namen nicht hat und haben darf, aber zerstörende Wirkungen zeitigen wird als offene und kontrollierbare Zensur. Was wir haben, erinnert an die Praxis des ausgehenden Franco-Regimes, die die bis dahin bestehende Pressezensur aufhob, sich aber vorbehielt, die Presse vor Gericht zu bringen und materiell zu zerstören. Luchterhand, der nicht unter dem Verdacht steht, Terrorismus zu billigen und zu fördern, hätte

allenfalls einen Prozeß überstehen können; es gibt kleine, der Linkslastigkeit geziehene Verlage, die durch ein, zwei solcher Prozesse bequem vernichtet werden könnten.

Die Gefahr des § 88 a und der ihn begleitenden weiteren neuen Paragraphen liegt darin daß sie ihre potentiellen Opfer der rechtlichen Hilflosigkeit ausliefern. Spielte das Buch von Debray nicht in Lateinamerika sondern in der Bundesrepublik, enthielte es nicht Spielmaterial sondern konkrete Angaben über den bewaffneten Kampf in den deutschen Metropolen, wie könnte sein Verleger wissen, ob er sich durch seine Veröffentlichung strafbar machte und seine Existenz aufs Spiel setzte? Es gibt keine Stelle, die ihn befugt und mit aller Rechtssicherheit darüber aufklären könnte. Versuchte er den Spieß umzudrehen und das Manuskript der für ihn zuständigen Staatsanwaltschaft zuzuschicken, mit der Bitte, ihn über eine mögliche Rechtsverletzung aufzuklären, so bekäme er nie eine Antwort. Der Staatsanwalt ist kein Zensor, er kann keine Tat verhindern, nicht über Recht oder Unrecht entscheiden, er kann erst einschreiten, wenn die Tat begangen ist.

Mit andern Worten: entweder schreibt der Autor, druckt der Verleger, verkauft der Buchhändler usw., und sie alle laufen Gefahr, sich schuldig zu machen, immer im guten oder schlechten Glauben an die Grundrechtsgarantie, oder sie alle verzichten auf die Wahrnehmung eines Grundrechtes, können aber nie erfahren, ob das Gesetz gegen sie hätte angewandt werden sollen und können. Ein Drittes gibt es nicht.

Was verboten ist, kann man nur erfahren, indem man sich strafbar macht; das ' ;esetz selbst sagt .es einem nicht. Durch „eine Undeutlichkeit provoziert es den Rechtsbruch gerade dessen, der sich im Recht glaubt.

Mit Rechtsstaatlichkeit hat das nicht sonderlich viel zu tun. Wäre die Bundesrepublik ein intakter Rechtsstaat, dürfte das ~o nicht bleiben, aber es wird so bleiben, weil sie sich die offene, den Publizierenden auf ihre Weise vor Strafe schützende Zensur nach wie vor verbietet, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft aber nicht mehr uneingeschränkt und verfassungskonform hinnehmen will.

-

Konkret 10/76, S. 46

Alois Kupferdraht

Das Volk denkt trotzdem - manchmal jedenfalls

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keinerlei Gewähr. Dieses Manuskript kam unaufgefordert, wenn auch nicht eingesandt: Ein Kollege mit langem Haar, Lederjacke und Sturzhelm in der Hand, gab es wortlos bei uns ab. Wer Alois Kupferdraht wirklich ist, erfuhren wir nicht

In Ihrer Zeitung muß man schon einen glänzenden Namen haben, um da mit seinen Sachen abgedruckt zu werden. Das kommt, weil sich dann die Artikel besser eignen als Partygesprächsstoff. Und deshalb habe ich mir auch einen glänzenden Namen zugelegt. Wo soll man auch sonst mal so richtig zu Worte kommen, wenn nicht in Ihrer Zeitung?

Auf Wahlveranstaltungen reden jedenfalls immer die Volksvertreter auf das Volk ein. Statt umgekehrt. Und das Volk stellt höchstens mal ein paar Fragen, damit es weiß was der Politiker denkt. Statt umgekehrt.

Aber das Volk denkt trotzdem. Manchmal jedenfalls.

Und so war es auch neulich, als Herr Minister W. von der CDU in einem Hamburger Arbeiterviertel zum Thema: Arbeitsplätze und Wachstum sprach. Als Herr Minister W. ziemlich lange darüber redete, daß Wachstum Arbeitsplätze sichert und daß Investitionen Wachstum sichern und daß gute Gewinne Investitionen sichern und daß wir alle für gute Gewinne Federn lassen müßten, da zogen mir allerhand Gedanken durch den Kopf. Wenn er nun auf mich hin gezeigt hätte und mich nach meiner ungekürzten Meinung gefragt, dann hätte ich mal so richtig losgelegt:

Nehmen wir nun an - so wäre ich angefangen - die AEG ist fußkrank. Das stimmt ja auch. Deshalb entläßt sie Leute. Und je mehr Fußkranke wir haben, desto größer wird die Arbeitslosigkeit. Und deshalb sagen sie ja auch, wir sollen denen Geld geben, damit sie investieren.

Mein Vorschlag ist nun, daß Sie mir Geld geben und ich verspreche Ihnen dafür zu investieren. Ich kaufe mir dann nämlich einen AEG-Kühlschrank. Außer mir haben bestimmt noch 100 000 Leute einen Kühlschrank nötig, und die kaufen dann alle einen, wenn der Staat das bezahlt. Und AEG stellt dann wieder Arbeiter ein und weil sie im Lager so viel zu tun hat, kaufen sie noch bei SE-Fahrzeugwerke unten an der Berzeliusstraße ein paar Gabelstapler. Und das tut denen auch gut, die sind nämlich auch fußkrank. Und mir tut das auch gut mit Kühlschrank. Und Ihrer Partei tut das auch gut, weil die 100 000 Leute alle garantiert CDU wählen.

Zwar Ihre Konkurrenz, der Schmidt, der kennt den Trick schon lange, der hat die Werften gerade mit Kriegsschiffen wieder hochgepäppelt. Die schenkt er nicht mir - was soll ich auch mit ner Fregatte - sondern der Bundeswehr. Und die will sie auf dem Südatlantik schwimmen lassen. Nur davon hat keiner was. Und deshalb wählt auch keiner den Schmidt wegen diesem Einfall.

Also, das erste was ich sagen wollte, war dieser Vorschlag. Und ich wunder mich, Herr Minister, daß Sie sich gar nicht über diesen Vorschlag freuen.

Und das zweite ist, daß ich Sie warnen will.

Sehen Sie, ich bin Elektriker. Haben Sie schon mal versucht, Stahlnägel in Stein oder Beton zu hauen? Sehen Sie, das machen wir immer, wenn wir Leitungen verlegen und das ist ziemlich mühsam und eintönig. Aber der Beruf der hat ja auch seine guten Seiten. Man kommt weit herum und sieht, daß es Leute gibt, die kaufen sich vergoldete Wasserhähne, oder sie lassen alles mit Marmor auskleiden. Aus Italien, aus einem Block geschnitten, damit die Maserung zusammenpaßt. Und wenn wir da einen Schalter einbauen, dann muß es ein erlesenes Modell der Firma Gira sein, weil das fünfmal so teuer ist wie normal. Aber die schalten auch nur das Licht an und aus. Wenn sie ihre Parks beleuchten, dann müssen es uralte Laternen sein, die aus den verfallenen Schlössern Südosteuropas importiert werden. Also mit einem Wort, was man da sieht, ist Freiheit statt Sozialismus. Jeder kann sich nämlich in unserem Lande die Wohnung einrichten wie er will.

Einer hat mal gesagt, das sind die 1000 reichsten Kapitalisten, die ich da beschrieben habe. Aber der irrt sich. Das sind bloß ihre Star-Friseure, ihre Star-Anwälte, ihre Star-Schreiberlinge, ihre Antiquitätenhändler, ihre Innenarchitekten, die Besitzer der feinen Modegeschäfte, ihre Künstler, ihre Goldschmiede, die Star-Nutten, die Star-Fotografen, die Star-Ärzte, all die vielen, denen für jede Handbewegung riesige Summen zufließen, weil ihr Name einen so guten Klang hat.

Nur leider bin ich kein Star-Elektriker und mein Kollege auch nicht. Der hat kein Geld, um seinen Dachboden mit Styropor zu isolieren. Deshalb haben seine Kinder es im Sommer heiß und im Winter kalt. Und wenn wir im Staub einen Schlitz stemmen und nebenan streiten die Herrschaften über Stil und Geschmack, dann wird er manchmal richtig sauer und knirscht: „Denen würde ich gerne mal ne Bombe untern Arsch legen." „Hör auf," sag ich, „mit diesem Terrorismus. Im Oktober sind Wahlen. Dann drehn wir da mal dran. Dann sind wir am Drücker."

Und deshalb sagen Sie mir, Herr Minister W., welche Partei wird in den nächsten vier Jahren diesen Zuständen ein Ende machen, Ihre oder die von Herrn Schmidt?

Und nun noch die Warnung: hören Sie ganz schnell auf von den Steuererleichterungen für die Unternehmer zu reden. Sonst komm ich nicht mehr an gegen dienen fürchterlichen Verdacht: daß sie vielleicht auch ihre Star-Politiker haben.

Konkret 10/76, S. 48

Hermann L. Gremliza

Nettelbeck

Uwe Nettelbeck, einst Redakteur der „Zeit" und später Chefredakteur des alten KONKRET, gibt eine neue Zeitschrift heraus: „Die Republik". Das erste Heft ist soeben erschienen und über den Versand 2001 zu beziehen

„Die Republik erscheint im Verlag Die Republik, mit drei bis fünf Heften im Jahr, die zusammen in der Regel zwölf Nummern enthalten... Verlag und Redaktion behalten sich vor, Abonnements zu verweigern oder zu kündigen. Vom Bezug im Abonnement ausgeschlossen sind Firmen und Institutionen. Anzeigenaufträge werden nicht entgegengenommen; unverlangt eingesandte Manuskripte und Drucksachen nicht geprüft, sondern vernichtet, Briefe und Anfragen an die Redaktion nicht beantwortet."

„Die Fackel, Verlag Die Fackel, erscheint vierteljährlich mindestens einmal. Die Zusendung von Manuskripten, Drucksachen, Ausschnitten, Einladungen, Theater-, Vortrags- und Konzertkarten etc. ist zwecklos und unerwünscht- Eine Prüfung von Manuskripten erfolgt in keinem Falle. Rezensionsexemplare werden verkauft, der Erlös - wie auch eingesandte Porti einem wohltätigen Zweck zugeführt. Insbesondere werden die Herausgeber von Zeitschriften ersucht, deren Sendung zu unterlassen. Tausch- Probe- und Rezensionsexemplare der Fackel... werden nicht abgegeben."

Herausgeber und alleiniger Autor der Fackel: Karl Kraus. Herausgeber und alleiniger Redakteur der Republik: Uwe Nettelbeck. Die Republik erscheint im Fackel-Format, ist in der Fackel-Schrift gesetzt, verwendet die Fackel-Schriftgrößen, das Fackel-Satzbild, die Zitierweise d Fackel.

Nettelbeck hat, buchstäblich, alles getan, um Raddatz auf den Gedanken zu bringen, es gebe noch einen Plagiator. Er will tun, was Kraus tat, wie es Kraus tat, und um Raddatz auf schlaue Gedanken zu bringen, tut er es auch noch so oft es Kraus tat. Nettelbeck nennt die Quelle nicht, er plakatiert sie: Ich bin Epigone.

Nettelbeck ordnet sich unter; das macht ihn stärker als die Plagiatoren: Die Zeitungstextkollage „Ein Sängerkrieg", mit der er das erste Heft der Republik eröffnet, ist eine intellektuelle Hinrichtung der bundesdeutschen Tagespresse. Die ‚FAZ"-Synopse „Zwei Obduktionsberichte", die das Geseires zweier alternder Zeilenschinder vorführt, wird erledigend quittiert: „Der philatelistischen Weltsicht wie der Auslandsposten verlustigt, gestern noch auf stolzen Rossen, heute Redaktionsfaktota, damit beschäftigt, ihre 1001 Meisen auseinanderzuhalten, trübsinnig geworden und marode, extemporieren sie Intimstes."

„Report München", eine Führung durch den Roman „Ein feiner Patriot" von Klaus Stephan: Wie Stephans Romanheld, Legationsrat I. Klasse Adam von Tobler im Negerpuff nicht zahlen muß, wie er den Brusthärte-Test macht... Und dann, als Prototyp jener modernen Schmock-Variante, die das literarische Leben der Bundesrepublik verpestet, „Raddatz" - von „Raddatz (2)" bis „Raddatz (8)", von „Er ist der Blödesten einer, und ziemlich frech" bis „Er kann tatsächlich weder lesen noch schreiben", was platte Sätze sind, wenn sie nicht da stehen, wo sie stehen: Um Original-Raddatz herum.

Aufklärerisch? Ja - aber für wen? Wer über Les Humphries und Jürgen Markus lacht, lernt lachend im „Sängerkrieg" was dazu. Aber wer lacht da noch? Die Hinrichtung findet ohne Beil und ohne Deliquenten statt.

Uwe Nettelbeck hat die Freiheit, ohne Rücksicht auf Markt und Kunden seins zu sagen. Schön für ihn und ein paar hundert oder tausend Leser. Er muß mit keinem Verleger um die Zeilen kämpfen, er kämpft nicht einmal mit den Marktgesetzen - er ignoriert sie. Er macht eine freie Zeitschrift.

Was ist damit gewonnen? Gegen die „Neue Freie Presse", gegen Moriz Benedikt, Harden, Kerr, Grossmann konnte Kraus mit dem geschriebenen Wort fast noch Waffengleichheit herstellen. Gegen Massenblätter und die Holzamer-Methoden des Fernsehens bedürfen Geist, Fortschritt und Wahrheit anderer materieller Manifestationen als einer unregelmäßig erscheinenden Republik.

Witz tötet? In dieser Gesellschaft leider meist den, der ihn macht.

Dennoch: In einer Republik, deren kommunistische Autoren sich vor lauter Berechtigter Existenzangst bereit finden, den Unterhaltungswert bürgerlicher Feuilletons zu erhöhen, weil sonst ihr nächster Roman boykottiert wird, ist jede Zeitschrift,

deren Autoren nicht vor Reich-Ranicki in die Knie gehen, ein Gewinn. Vom kollektiven Gezitter der „Kulturschaffenden", das jede öffentliche Kritik an der Bestellung eines Plagiators zum Feuilletonchef der größten Wochenzeitung des Landes erstickte, führt ein zu kurzer Weg zur Kulturpolitik der kleineren Übel. Nettelbeck legt sich quer drüber.

„Preis einer Nummer im Abonnement 3 DM. Einzelpreis 4 DM. Alleinvertrieb Zweitausendundeins, Postfach 710249, D-6000 Frankfurt am Main."

Konkret 10/76, S. 49

Burkhart Mauer

Die Wohnung als Klo

Gruner + Jahr (□ Stern", □ Brigitte") planen □ as Neues - □ ie in jeder besseren Kolonie nach US-Vorbild. In Amerika hei□ t das Ding □ People", bei uns soll es □ Leute" hei□ en, □ Popel" nennen es die □ Stern"-Redakteure und reimen: Popel □ ird ein Flop. Burkhart Mauer hat die 00-Nummer durchgesehen:

Nachdem sich langsam viele Leute Gedanken machen, ob Talkshows nicht auf die Dauer so blöd werden, daß sie den teuren Atomstrom fürs TV nicht mehr wert sind, planen Gruner + Jahr eine Zeitschrift „Leute". Was drin ist, gibt es eckchenweise in jeder Zeitschrift. Genau so, wie es eckchenweise ein Klo in jeder Wohnung gibt. Der Gedanke, die ganze Wohnung als Klo zu konzipieren, ist neu.

„Möchten Sie nicht Redakteur von ‚Leute' werden?" annoncieren Gruner + Jahr. Hat natürlich einen Pferdefuß: „Was unsere Redakteure mitbringen müssen, ist die Begeisterung für unser Konzept."

Wie kriegt man die?

Da gibt es eine Nullnummer. „Keine übliche Nullnummer" sagen Gruner + Jahr; wahrscheinlich kommen die richtigen Nullnummern noch. Diese Null heißt „E": „Entscheidung", „Erprobung". Wahrscheinlich bin ich gar nicht Nummer-E-befugt, Nummer E wendet „sich an Fachleute". Denen wird erklärt, das Ding sei „leicht, doch nicht seicht" - ja, ja, mit Latz, aber kein Sabbermatz. Mit der Gier des Amateurs habe ich es durchgeblättert, „die 64 Namen der 21. Woche". Oft mit Bild, sieben nackte Brüste entsprechen prozentual etwa dem doppelten Presse-Mehrwertsteuersatz und dabei ist olala auch die König von England, war sie aber gar nicht, war die Garbo, endlich frei, schade, daß sie das nicht früher gemacht hat. Von Ursula Andress nur das Gesicht.

Begeisterung fürs Konzept: „Handlich und griffig", sagt der Verlagsleiter. Und beim angestrebten 2 Mark-Preis hält er auch nicht hinterm Berg: „wöchentlich für einige Hunderttausende." Der Chefredakteur zitiert Goethe, der Vertriebsleiter spricht von „Leckerbissen", der Anzeigenleiter zitiert auch den Goethe-Satz des Chefredakteurs, aber als eigene Meinung, hat der Chefredakteur aber nicht gemerkt. Alleereden vom menschlichen Kontakt. In der Leserbriefsparte steht ein kühner Gegenentwurf: wo werden „die meisten Kontakte geschlossen? Auf Partys". Sagt Feinkost-Käfer, freundschaftlicher Tip von Leckerbissen zu Leckerbissen.

Um die Grenzen der Fairness zu verlassen, lassen wir sie für sich selber sprechen: Leute-Simmel über ein Buch von sich in „Leute": „Mit diesem Buch hat sich vieles in meinem Leben verändert, das nie wieder so sein wird, wie es einst war."

Man verwechselt dauernd alles. Auf Seite 49 serviert Peter Zadek (Generalintendant) dem stierenden Wolfgang Menge (TV-Autor) Langusten, komisch. Ist auch ein Irrtum. Ist gar nicht Zadek, ist Henry Levy, Meisterkoch. Jetzt weiß ich auch, daß Inge Feltrinelli, „die Frau, die sich KONKRET leisten kann" - ich doch auch - rote Grütze ißt. Das weiß ich von „ihrem ehemaligen Chefredakteur". Außerdem ißt sie meterweise Sülze. Schade, daß sie damals nicht Kannibalin war, dann wäre ausgesülzt.

Als besonderes Reizwort kommt ziemlich oft „Aufsteiger" vor. Einer davon ist Geschäftsmann in Pöseldorf. Über seinen Vater heißt es: „von der knochentrockenen Strenge dieses deutschen Juden, der als Deutscher fühlte, wird der Sohn noch heute beherrscht." Ja, was nun? Soll er nicht so fühlen, der Vater? Oder soll der Sohn nicht beherrscht werden? Die trockenen morschen Knochen ein bißchen anfeuchten? Pöseldorf den Ariern? Nein, nein, denn bei diesem „Aufsteiger" „vollendete sich der Eindruck, daß ein Jude unter Kommunisten keine Heimat findet." Muß er also nach Pöseldorf.

Empfehlen wir noch den Zeichner Sempé der Straßenreinigung, denn „Leute" weiß, „seine Augen saugen alles auf" und kommen zum informativen Teil. Auch hier nichts zufällig: „andere" lassen „lange Sätze um umstrittene ‚Wahrheit' ranken." Habt ihr euch abgeschminkt, Leute, was? Also Information:

„Seit April 1975 herrscht Bürgerkrieg im Libanon." „Niemand weiß wofür." „Gewiß gab es einen Grund für Spannungen." Nämlich:...„Gegensätze. Die reiche Oberschicht und der wohlhabende Mittelstand... weigerten sich lange, den armen Teil der libanesischen Bevölkerung... am Wohlstand teilhaben zu lassen." Dei-deidei Dittilektik. Mitarbeiter von „Rang und Ruf" arbeiten daran, Geschichte „gerade wegen ihrer Knappheit vollständig" darzustellen.

Leute, die, suchen einen Dummen. Nein, nicht einen, erst die weiteren Nullen zählen, auf Gruner + Jahrs Konto. Das soll in die „Medienlandschaft"? „Jede Woche"?

Schreit nach Umweltschutz.

Konkret 10/76, S. 50

Yaak Karsunke

Ich habe gelesen

In dieser KONKRET-Buchkolumne berichten Autoren über ihre Lektüre. Der in Westberlin lebende Dramatiker und Lyriker Yaak Karsunke („Kilroy & andere"), dessen Revue „Unser schönes Amerika" im November am „Theater im Turm" in Frankfurt Premiere haben wird, hat neue und alte Bücher zum US-Jubiläum gesichtet. Sein Fazit: 200 Jahre sind genug

Kleine Quizfrage vorab: Wer ist wohl jener „großherzige Texaner, der in einer tragischen Stunde sein Amt übernahm und der dann mehr als jeder andere Präsident in diesem Jahrhundert tat, um die Sache der Menschenrechte voranzutreiben"? Richtig, es ist Lyndon B. Johnson, genauer: es ist das Bild von ihm, das Jimmy Carter in seinem nomination-speech von ihm zeichnete; jener Johnson, über den in den späten 60ern der Vers im Umlauf war: „Hey, hey, L. B. J. - how many kids did you kill today?" Natürlich ließ er die Kinder Vietnams nur umbringen, um die Sache der Menschenrechte voranzutreiben.

Wie man sieht, scheuert die Führungsmacht der westlichen Welt, die USA, im 200. Jahr ihres Bestehens Blut, Dreck & Tränen von ihrem Ehrenschild, damit der weiterhin Hilfs- und Kolonialvölker (wie das bundesdeutsche z.B.) mit seinem ungetrübten Freiheitsglanz blende. Am Geschichtsfälschung-Bicentennial dürfen sich auch Hilfs-Sheriffs beteiligen: Bundeskanzler Schmidt etwa verkündete im Juli in Baltimore, dank Amerika sei die Existenz jeden Europäers gleich welcher Nationalität menschlicher geworden - ein Ehrendoktorhut der John-Hopkins-University war sein Lohn.

Nun ist es nicht jedermanns Sache, für eine neue Kopfbedeckung mit der historischen Wahrheit Schindluder zu treiben. Wer's - wie ich - gern etwas genauer wüßte, findet aber ein paar Bücher, die weiterhelfen. Ich denke da weniger an die Jubiläums-USA-Geschichtsschreibung (Alistair Cooke, H. R. Guggisberg oder Udo Sautter), die die Kulturindustrie pünktlich zum Fest auf den Markt gebracht hat: Cooke's „Amerika" (bei Belser und gleichzeitig im Bertelsmann-Buchclub) ist ein feuilletonistischer Prachtband, an dem die Bilder noch das Beste sind, Guggisberg („Geschichte der USA" bei Kohlhammer) und Sautter („Geschichte der Vereinigten Staaten" bei Kröner) sind Fachhistoriker, die ihre bürgerliche Ideologie ins Gewand exakter Wissenschaft hüllen. Sautter ist objektiver (und weniger reaktionär) als Guggisberg, dennoch sollte man sich auch in sein Fakten-Labyrinth nur mit einem verläßlichen Kompaß ausgerüstet begeben, wie z. B.:

Heide Gerstenberger: „Zur politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft - Die historischen Bedingungen ihrer Konstitution in den USA"

Athenäum Fischer Taschenbuch Nr. 4029

Frankfurt/M. 1973, 231 S., DM 10,80

Das Buch ist drei Jahre alt, zum Glück aber noch erhältlich, es leistet für die amerikanische Geschichte das, was Engels seinerzeit mit seiner Arbeit über den Deutschen Bauernkrieg geleistet hat: eine grundlegende polit-ökonomische Analyse historischer Vorgänge, ihrer Ursachen und Folgen. Im Vorwort heißt es dazu: „Daß in den Grundstrukturen der amerikanischen Gesellschaft Freiheit, Demokratie und Glück verankert seien, das war nicht nur der Inhalt einer spezifisch amerikanischen Theorie, sondern das gehörte zum bürgerlichen Selbstverständnis überhaupt. Und deshalb hat auch die in den letzten Jahren unabweislich gewordene Erkenntnis, daß im Namen der Freiheit Amerika Krieg und Unterdrückung verbreitet, mehr zur Erschütterung des allgemeinen bürgerlichen Selbstverständnisses beigetragen als die historische Erfahrung des Faschismus, mit dessen systemimmanenten Ursachen die Auseinandersetzung weitgehend vermieden werden konnte. In der so entstandenen Situation ist auch außerhalb Amerikas die Auseinandersetzung um die historische Konstituierung der bürgerlichen Gesellschaft in den USA von aktueller Bedeutung."

Den Gründungsprozeß verfolgt Heide Gerstenberger über drei Jahrzehnte US-Geschichte hinweg. Schon in dieser Anfangsphase erweist sich Jeffersons „Amerikanischer Traum" als realitätsferner Wunschtraum, bestenfalls geeignet, handfeste wirtschaftliche Interessen zu verschleiern. Was inzwischen daraus geworden ist, kann man nachlesen in:

„200 Jahre USA - Resistance in Free America"

Verlag Roter Stern, Frankfurt/M. 1973, 120 S., DM 10,-

Der Band ist eine leicht gekürzte Übersetzung des vom Weather Underground 1974 publizierten Buches „Prairie Fire", eine Bestandsaufnahme amerikanischer Geschichte und Gegenwart aus der Sicht radikaler Opposition in den USA selbst. Die deutschen Herausgeber haben dem Band eine zweiseitige Literaturliste lesenswerter weiterer Titel beigegeben - in den Text

haben sie Zitate aus offiziösen Darstellungen eingeschoben, so wird überzeugend die Kluft zwischen den uns täglich servierten Propaganda-Lügen und einer Wirklichkeit dokumentiert, die Weather Underground so beschreibt: „Dies ist eine Todeskultur. Sie mißhandelt ihre Kinder und mißachtet ihre Alten, sie wirft ihre Rebellen ins Gefängnis und trinkt sich zu Tode. Sie erzieht uns zu gesellschaftlicher Unverantwortlichkeit, zu Arroganz, Unwissenheit und einer unpolitischen Haltung. Wir sind technologisch am weitesten fortgeschritten, aber politisch und gesellschaftlich am weitesten zurück... Es mag sein, daß wir mehr essen und über mehr Geräte verfügen, aber wir sind ständig unter Konkurrenzdruck, unsicher, ungewiß und in Angst. Unsere Arbeit ist bedeutungslos, der Verschleiß ist vorprogrammiert, andere Leute machen uns Angst und erscheinen uns hassenswert. Das ist kein Leben."

Begonnen hat diese Todeskultur mit einem Völkermord, der bis heute weiter praktiziert wird und über den Auskunft gibt:

Claus Biegert: „Seit 200 Jahren ohne Verfassung"

1976: Indianer im Widerstand" rororo-Taschenbuch Nr. 4056, 1976, 170 S., DM 5,80

Vom gleichen Verfasser redaktionell betreut erschienen bereits vor einem Jahr:

„Die Wunden der Freiheit

Selbstzeugnisse, Kommentare und Dokumente aus dem Kampf der Indianer gegen die weiße Eroberung und die heutige Unterdrückung in den USA"

Trikont Verlag, München

1975, 280 S., DM 20,-

Das sind zwei Bücher, die man Western-Fans wie Karl-May-Liebhabern gleichermaßen um die Ohren schlagen kann, zwei Chroniken der systematischen Ausmordung und Veredelung einer Rasse, deren ökologisches Bewußtsein schon vor Jahrhunderten weiter entwickelt war, als das unserer steuerlich angereizten Raubbau-Kapitalisten bis heute. Besonders Biegerts rororo-Bändchen ist aber auch das Zeugnis eines sich in unseren Tagen neu organisierenden Widerstands gegen eine ökonomisch begründete und christlich-rassistisch nachmotivierte Killer-Zivilisation, die rücksichtslos Menschen versklavt und vernichtet, bloß damit ihre Wirtschaft „frei" bleibt.

Womit wir bei einem linken Lieblings-Sorgenkind wären: der amerikanischen Arbeiterbewegung. Sie ist Programmschwerpunkt des Trikont-Verlags, der übrigens auch amerikanische Arbeiter- und Indianerlieder auf Platten vertreibt. Eine vollständige Aufzählung der Titel würde diese Sammel-Rezension sprengen - Interessenten können Kataloge beim Verlag (Josephsburgstr. 16, 8000 München) anfordern. Ich möchte an dieser Stelle auf einen Titelhinweisen, der besonders für deutsche Leser interessant ist:

Horst Karasek (Hrsg.): „Haymarket":

Die deutschen Anarchisten von Chicago

Reden und Lebensläufe

Wagenbach Taschenbuch,

1975, 190 S., DM 7,50

Die Haymarket-Anarchisten waren 1886 führend im Kampf der amerikanischen Arbeiterbewegung um den 8-Stunden-Tag. Wegen eines Bombenattentats, das in Wirklichkeit nie aufgeklärt wurde, verurteilte man sie teils zum Tode, teils zu langen Freiheitsstrafen. Sechs Jahre nach der Hinrichtung von vier der Angeklagten (und dem Selbstmord eines fünften) stellte Gouverneur Altgeld von Illinois in seiner pardon-message fest, alle seien „Opfer einer allgemeinen Hysterie, bestochener Geschworener und eines befangenen Richters" geworden. Die noch Überlebenden wurden aus der Haft entlassen die Streikbewegung für den 8-Stunden-Tag war mit dem Prozeß allerdings erfolgreich zerschlagen worden.

Karasek dokumentiert anhand der Verteidigungsreden vor Gericht und der von den Angeklagten selbst verfaßten Lebensläufe ein wichtiges Stück Geschichte der Arbeiterbewegung, sowie die Geschichte eines herrschaftssichernden Justizmordes. Parallelen zu bundesdeutscher Anarchistenhatz drängen sich auf - vielleicht hatte der Dr. h. c. Helmut Schmidt ja auch sowas im Sinn, als er in Baltimore verlauten ließ, in gewissem Grad seien „wir alle Amerikaner geworden". Weniger im Doktor-, als im Dritten Grad offenbar.

Konkret 10/76, S. 51

Ludwig Fels

Größenunterschied

Wer auf großem Fuß lebt
kann auch auf kleine Köpfe treten.

Marslandung

Ach wie gut, daß es auf dem Mars
weder Indianer noch Vietnamesen gibt
und keine Neger auf dein Mond
sonst finge alles wieder
von vorn an.

Persönlicher Nachteil

Die meisten Genossen
sind schlechte Freunde

Sozialer Wohnungsbau

In absehbarer Zeit
werden die Zellen im Knast
an die Gefangenen vermietet.

Diensterleichterung

Ist die Polizei erst einmal
mit Granatwerfern ausgerüstet
dann sprengt sie bei Hausdurchsuchungen
vom Präsidium aus
die Wohnungstüren auf.

Konkret 10/76, S. 52

Dietrich Kittner, Wolfgang Bittner

Ja, seinerzeit in Visselhövede

**Die Grabreden nehmen kein Ende, dabei ist politisches Kabarett in dieser Republik wichtiger als je.
Dietrich Kittner, Jg. 1935, kann das beurteilen; er macht seit 15 Jahren politisches Kabarett - mit wachsendem Erfolg. Auf Tourneen und nun auch im eigenen Haus, dem „Theater an der Bult" in Hannover, einer Art Taschentheater. Wolfgang Bittner befragte den Kabarettisten für KONKRET**

KONKRET: Dietrich Kittner, heute ist überall zu hören, das deutsche Kabarett sei tot, was hältst Du davon?

Kittner: Das ist natürlich eine Ente. Diesen Spruch kenne ich seit 25 Jahren, und den werden wahrscheinlich auch Mühsam, Weinert und Tucholsky gekannt haben. Dabei ist so ein bißchen Wunschdenken der Reaktion im Spiel, glaube ich. Natürlich, das bürgerliche Kabarett à la Kabarett der Komiker ist tot, das ist keine Frage; wenn man hier nicht Leute wie Otto oder die Insterburgs als die legitimen Nachfolger betrachten will. Aber das politische Kabarett ist bestimmt nicht tot. Als wir letztes Jahr in Hannover unser „Theater an der Bult" eröffnet haben, hat der Kulturausschuß der Stadt erklärt, so etwas könne man gar nicht stützen, Kabarett sei eine sterbende Kunst. Na ja, wir haben festgestellt, daß wir in den vier Monaten, die das Theater jetzt offen hat, eine Auslastung von 106 Prozent gehabt haben- wobei sich die 6 Prozent aus meinen Wohnzimmerstühlen erklären, die ich dann jeden Abend ins Theater runterschleppe. Wir haben überdies nachgewiesen - wir waren selber ganz überrascht -, daß 22 Prozent unseres Publikums Arbeiter sind. Das ist auch etwas, wonach sich jedes Stadttheater die Finger leckt.

Kabarett ist keine tote Kunst. Ich merke das auch auf meinen Gastspielreisen. Wir haben in einem Jahr eine Publikumssteigerung von etwas über 20 Prozent gehabt. Das Interesse ist also da. Das ist auch kein Wunder, denn die Widersprüche in unserem Land verschärfen sich: Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Berufsverbote usw. Je mieser die Zeiten, desto besser die Chancen für das Kabarett, etwas zu erreichen.

KONKRET: Auch die Lach- und Schießgesellschaft hat erklärt, es gäbe eine Themen- und damit Kabarettkrise, und man müsse nun folgerichtig zumachen.

Kittner: Das mag aus deren Sicht richtig sein. Denn wenn man mit der Regierungsübernahme in Bonn durch die Sozialdemokraten sein letztes Ziel erreicht hat, dann gibts natürlich kaum noch Themen.

KONKRET: Was kann ein Ein-Mann-Kabarett konkret erreichen?

Kittner: Danach werde ich oft gefragt. Ich erzähle dann immer gern, daß ich in den letzten zwei Jahren insgesamt 156mal erlebt habe, daß ein Brief kam, ein Anruf oder daß mich jemand besucht hat oder mir in der Diskussion oder in der Pause erzählt hat, daß er heute politisch arbeite. In der Gewerkschaft, in einer Bürgerinitiative, in einer politischen Partei, im Jugendverband. Ich hab dann die ersten Male immer-ganz naiv gefragt: „Warum erzählst du mir das?" Da kam die Antwort: „Ja, seinerzeit bei dieser Vorstellung in Visselhövede oder in Neustadt an der Weinstraße, oder in Siegen oder Gießen oder München, da hast du mir den ersten Anstoß gegeben, mich zu organisieren. Der letzte Brief, der das aussagte war von einem Bundeswehrfeldwebel und der vorletzte von einem Polizeibeamten.

KONKRET: Wie verstehst du politisches Kabarett?

Kittner: Kabarett muß Aufklärung betreiben, es muß sagen, was wo und was wie nicht stimmt, und dann möglichst auch, wie es geändert werden kann oder daß es geändert werden muß. Ich muß davon ausgehen, daß bei mir im Publikum zu etwa 60 bis 70 Prozent Leute sitzen, die im Grunde zwar über ein bürgerliches Demokratiebewußtsein verfügen, aber noch nicht begriffen haben, daß sie einfach schlicht beschissen werden. Daß man es nicht Demokratie nennen kann, wenn in einem Staat Herr Flick regiert, den keiner gewählt hat, den keiner abwählen kann, der sich keiner Wahl stellt, und der dennoch mehr Macht ausübt als alle parlamentarischen Gremien zusammengenommen. Der erste Schritt und die erste Aufgabe fürs Kabarett ist, meine ich, die Leute überhaupt mal zum Nachdenken zu bringen, dazu, daß sie die Begriffe abklopfen, die sie im Kindergarten, in der Schule, meinetwegen auf der Universität gelernt haben. Wenn die Leute im Publikum dann erkannt haben, daß es ihr Bier nicht ist, was in der Politik verhandelt wird, daß sie sich darum kümmern müssen, daß sie sich im konsequenten Fall organisieren müssen - dann, meine ich, ist schon viel gewonnen.

KONKRET: Du sagst, deine Vorstellungen werden viel von Arbeitern besucht. Wie erklärst du dir das?

Kittner: Für mich ist das auch ganz überraschend. Zu mir sind oft Studenten und Schüler gekommen und haben mir gesagt: Ja, hör mal, wenn du mit deinem Programm in den Betrieb gehst, das ist doch viel zu hochgestochen, das verstehen die Arbeiter doch gar nicht. Das ist ein Irrtum. Wenn es Betriebsveranstaltungen gab (und es sind im Jahr höchstens zwölf oder fünfzehn; aber das ist hierzulande ja doch schon wieder ein ganz schöner Erfolg, weil unsere ach so demokratischen Unternehmer eben alles dransetzen, fortschrittliche Künstler nicht in die Betriebe zu lassen), habe ich immer wieder festgestellt, daß die Kollegen mein Programm sehr gut verstehen. Die Diskussionen nach einer Veranstaltung in einer

Werkskantine oder im Streiklokal schräg gegenüber, sind meist um Parade besser als nach Veranstaltungen im Audimax. Das liegt einfach daran, daß einer, der in der Situation steht, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, Zusammenhänge, die ich darbiete, besser versteht als einer, der nicht in dieser Situation steckt.

KONKRET: Du warst ja einmal Mitglied der SPD. Heute trittst du oft bei DKP-Veranstaltungen auf. Wie ist das zu erklären?

Kittner: Ich trete bei DKP-Veranstaltungen auf, bei SDAJ- und MSB-Veranstaltungen, aber auch bei Veranstaltungen linker Sozialdemokraten oder der Jusos; ich trete bei Gewerkschaften auf, bei Volkshochschulen, Stadttheatern, Jugendverbänden. Ich trete überall dort auf, wo man erkannt hat, daß es gilt, die Rechts-Entwicklung in diesem Land zu stoppen. Leider sieht das heute bei der SPD-Führungsspitze mit dieser Erkenntnis nicht so rosig aus. Da gibt es Leute, die die SPD auf einen extrem rechten Kurs zwingen wollen. Deswegen bin ich dann auch aus der SPD geflogen.

Ich bin seit meiner politischen Existenz für Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte gemeinsam gegen rechts eingetreten. Das schließt Sozialdemokraten wie Kommunisten, fortschrittliche Liberale wie fortschrittliche Christen ein. Die Trennung zwischen links und rechts in unserem Land. - auch das muß man der Vollständigkeit halber sagen - läuft heute leider mitten durch die SPD.

KONKRET: Du bist Marxist. Gehörst du der DKP an?

Kittner: Nein, ich bin nicht Mitglied der DKP. Ich glaube, es ist für einen Kabarettisten auch nicht unbedingt erforderlich, Mitglied einer politischen Partei zu sein. Daß es streckenweise und zu weiten Teilen Übereinstimmungen mit der DKP gibt -nun, ich bin eben Marxist und wüßte kein anderes marxistisches Parteiprogramm in der BRD.

KONKRET: Hat der politische Druck für Leute wie dich in der letzten Zeit zugenommen?

Kittner: Ja, was früher vereinzelt vorkam, wird jetzt schon häufiger. Versuche z.B., das Gastspiel Kittners in irgendeiner Klein- oder Großstadt zu verhindern. Das macht man dann über Stadtratssondersitzungen oder über Verweigerung der Säle. Seit 1972 hat es keine Kittner-Solosendung, kein Kittner-Programm mehr im Fernsehen gegeben. Es gab nochmal 1973 einen Auftritt im Musikladen, und dann war Schluß. Mir hat ein Fernsehredakteur glaubwürdig von einem Intendantenbrief berichtet, der da lautet: Den Kittner wollen wir in den nächsten zehn Jahren im Funkhaus nicht mehr sehen, der ist uns zu links. Das ist erklärbar. Dieter Süverkriip, Floh de Çologne, Franz Josef Degenhardt haben ähnliche Probleme mit dem Fernsehen. Das zeigt ja, daß die Dinge, die wir ansprechen, sitzen, daß sie z. B. der CDU/CSU gefährlich sind.

KONKRET: Kannst du dir vorstellen, daß es eines Tages so weit kommt, daß überhaupt keine öffentlichen Säle mehr für sogenannte Systemkritiker zur Verfügung gestellt werden?

Kittner: Das wäre denkbar, aber dagegen wird man sich zu wehren wissen. Sicher gibt es Versuche, die Praxis der Berufsverbote auch in den künstlerischen Bereichen voranzutreiben. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es jetzt bereits in Nürnberg und auch an einem anderen Theater Bestimmungen, daß jeder Schauspieler und jeder Beleuchter, bevor er auf die Bühne steigt, sich schriftlich verpflichten muß, nicht Mitglied fieser oder jener Partei zu sein. Vielleicht kämen sonst zu viele rote Töne in den Hamlet, - dagegen muß man sich verständlicherweise seitens der Bayrischen Staatsregierung wehren. Aber wir werden uns gegen solche Versuche auch zu wehren wissen. Und wenn es keine öffentlichen Säle mehr geben sollte, bleibt immer noch das Straßentheater.

KONKRET: Welche Pläne hast du für die Zukunft?

Kittner: Das neue Programm muß fertig werden: „Das Geld ist in den rechten Händen oder: Das neue Pogrom". Die nächste Tournee steht vor der Tür. Und ich möchte vor allen Dingen ein Buch fertigkriegen, an dem ich schreibe. Das wird eine ganz lustige Geschichte. Unter dem Titel „Anhörungsverfahren - ans dem Tagebuch eines Radikalen im öffentlichen Dienst" werde ich so 70 bis 80 autobiographische Anekdoten zusammenfassen. Ich nenne sie für mich im Arbeitstitel „Lerngeschichten". Das sind Geschichten, die ich irgendwann irgendwo einmal erlebt habe, meist mit einer Knallpointe. Sie sind aber getrost zu verallgemeinern.

Konkret 10/76, S. 54

Bodo Zeuner, Matthias Pfüller

Auf Mehnerts sanftem Ruhekissen

Mehr und mehr stellen die Verlage ihre Produktion auf „Bestseller" ab. In den wöchentlichen Kursnotierungen spiegelt sich die Kulturnation. KONKRET hat sich einige dieser Titel vorgenommen: Den Anfang machte Prof. Ernest Borneman mit der laufenden Nr. 1, H. E. Richters „Flüchten oder Standhalten" (KONKRET 9/76). Diesmal analysieren Bodo Zeuner und Matthias Pfüller, Dozenten für politische Wissenschaft an der FU Berlin, Klaus Mehnerts „Jugend im Zeitbruch", lange Zeit Nr. 2 der Bestseller-Liste

Der neue Mehnert mit dem Titel „Jugend im Zeitbruch" hält sich seit Wochen auf den vordersten Plätzen der Seller-Liste im „Spiegel". Dabei wirkt das Buch bei genauerem Hinsehen wenig bestsellerträchtig, und es erfüllt auch die Aufgabe nicht mehr so recht, die ein „neuer Mehnert" zu bewältigen hätte - es ist einfach falsch und schlecht geschrieben, und zwar so, daß es auch denen auffallen könnte, die über das Thema wenig wissen.

Mehnerts Thema ist weder „die Jugend" *allgemein,* noch sind es jene „großen Probleme", für die Eltern sich heute interessieren. Mehnert schreibt über die Studentenrevolte der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, und über sonst nichts. Das bedeutet: Sein Buch bietet nicht wie andere Sachbücher praktische Ratschläge, „Lebenshilfen", wie beispielsweise Horst Eberhard Richter das tut (KONKRET 9/76), noch enthält es eine Provokation, die gerade aktuell ist (wie etwa Herbert Gruhls Umwelt-Thriller), und es vermittelt auch nicht die Sicht aus dem bequemen Logenplatz auf exotische Spektakel - wie etwa auf das unerschöpflich „geheimnisvolle Atlantis" oder das gruselige „Bermuda-Dreieck".

Statt dessen schreibt Mehnert über ein Thema, das passé zu sein scheint: Nach der „Tendenzwende" wollen die meisten westdeutschen Bildungsspießer nichts mehr von der Studenten-Revolte wissen, und niemand kann ernsthaft glauben, daß die damals Beteiligten ausgerechnet durch Mehnert erst über ihre eigenen Erfahrungen informiert werden müßten.

Es muß aber hinreichende Gründe gegeben haben, daß die Verkaufsstrategen der Deutschen Verlagsanstalt eine Startauflage von 100 000 bei einem Preis von knapp 30 Mark trotzdem für „machbar" hielten. Ein erster Grund wäre: Mehnert hat sich als Spezialist für die Beruhigung des deutschen Bürgers vor weltweiten Bedrohungen etabliert. Nacheinander hat er über die Sowjetunion und über China geschrieben und die Leute durch seine professorale Belehrungs-Spezialmischung beruhigt: So schlimm konnte das doch alles gar nicht sein, und überhaupt wußten wir dank Mehnert doch immer ganz, gut Bescheid.

Nun hat sich die Studenten-Revolte nicht als eine so weltweite Bedrohung erwiesen, vergleichbar denjenigen, die von den Sowjets, von Rotchina oder auch von einer zerstörten Umwelt oder Kernkraftwerken ausgehen. Ein anderer Grund für die hohe Auflage könnte daher gewesen sein, daß man auf die seit bald zwei Jahrzehnten bewährte Bindung einer Lesergemeinde an den Autor gesetzt hat. Darauf, daß Mehnert-Leser, die mit dem Autor älter geworden sind, ihm alles abkaufen, was ihre allgemeinen Ängste in gewohnter Weise besänftigt, also auch die Angst vor der so „unbegreiflichen" Jugend.

Die Verkaufsstrategie des Verlages läßt entsprechende Rückschlüsse zu:

· Das Buch wurde in einer umfangreichen Werbekampagne als „der neue Mehnert" herausgestellt;

· der Titel „Jugend im Zeitbruch" klingt verschwommen-weltbewegend genug, um die Mehnert-Gemeinde zum Kauf zu bringen (Ein Inhalt entsprechender Titel hätte zumindest alle Eltern kalt gelassen, deren Kinder nicht studieren); der Titel kann die irreführen, die sich für tatsächlich aktuelle Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit, Jugendalkoholismus, daraus vielfach folgende „Kriminalität" usw. interessieren (worüber Mehnert *nichts* schreibt);

· auch der Untertitel „Woher -Wohin?" verschweigt beharrlich den wirklichen Inhalt.

Mehnert hat eine ganze Reihe von technischen „Kunstgriffen" parat, um sich das Vertrauen seiner Gemeinde zu sichern:

1. Die Masche „Ich war überall dabei". Mehnert erhebt nicht nur den hochgestochenen Anspruch, über die Studentenbewegung in praktisch allen Ländern zu berichten, in denen es überhaupt eine solche gab; er versucht auch noch den Eindruck zu erwecken, er sei überall vor Ort gewesen und habe mit den wichtigsten Anführern selbst gesprochen - in Berkeley und Mexiko genauso wie in Westberlin, Prag und Tokio, in Paris, in Warschau und im Senegal. Und nicht nur das: Er hat auch gütig mitgeholfen, manches zu erreichen. Von Aachen fuhr er viele, viele Male nach Bonn und bewirkte tatsächlich eine Abänderung der geplanten Notstandsgesetze in zentralen Punkten. Und nach den Anti-Schah-

Demonstrationen 1967 ist er zum iranischen Ministerpräsidenten geflogen und hat dem erklärt, daß die eigentlich ganz vernünftigen deutschen Studenten doch nur von iranischen Studenten aufgehetzt worden seien. (Wie der „Spiegel" neulich berichtete, hat sich die Geheimpolizei des Schah auch sehr danach gerichtet.)

z. Die Masche „Ich bin ja Professor und weiß alles viel besser", mit der der deutsche Bildungsspießer ordentlich belehrt und gebauchpinselt wird. Er lernt nicht nur, daß „faschistoid" zum Beispiel „Zwang ausübend" bedeutet (auch sonst übersetzt Mehnert vieles ganz erheiternd), sondern er kriegt auch bestätigt, was er schon immer hören wollte: was für Versager z. B. die Herren Horkheimer und Adorno im US-Exil erst einmal waren, und Ähnliches.

3. Die Masche „Ich war ja früher auch mal so": Auch Mehnert war mal „jugendbewegt" (wenn auch streng ohne Alkohol und Tabak: ja damals!), war aktiv dabei, als es noch um Reinheit und Vaterland, Ehre und Führertum ging. Und überhaupt: auch die Studentenbewegung sei eigentlich getrieben von der „sozialistischen Sehnsucht, von der Gregor Strasser sprach" (S. 468).

Damit wird dann die Spezial-Beruhigung komplett: Allen Ernstes versucht der emeritierte Aachener Professor für Politikwissenschaft (den wohl keiner je auf seine Verfassungstreue hin durchleuchtet hat), seinen Lesern einzureden, die alte Kumpanei werde nur in neuen Formen fortgetrieben; Sozialismus sei ein Grundmotiv von Jugendrebellion, das im Hitler-Faschismus schon einmal (gut?) aufgehoben war. Damit schreibt sich Mehnert -ohne daß die Leser das wissen können -auch gleich die Selbstrechtfertigung seiner eigenen, jugendbewegten Nazi-Beihilfe, die er als Auslandskorrespondent und -propagandist reichlich geleistet hat.

Der Bestseller-Autor macht also, abenteuerlich genug, den beunruhigten Älteren klar: Die Jugend aus den besseren Kreisen von heute ist noch keineswegs verloren, auch wenn sie mitunter etwas befremdlich rebelliert. Wie Mehnert selbst können auch diese Jugendlichen noch gute Bürger werden.

Nicht nur die Verdummung durch das scheinbar informierte Gerede macht dieses Buch gefährlich. Mehnert liefert auch der Reaktion eine zusätzliche Legitimation für „hartes Durchgreifen": Wer den „Durchgang auf dem Weg vom Knaben zum Mann, vom Schulmädchen hur reifen Frau" (Original Mehnert, Seite 460) nicht geschafft hat, bleibt ein notorisch pubertärer Feind „unserer Gesellschaft" (man sieht sich an die „Spiegel"-Serie über Carlos erinnert), der spätestens dann entsprechend zu behandeln ist, wenn liberale Toleranz nicht mehr anschlägt.

Darüber hinaus signalisiert Mehnerts Buch, auf wie niedrigem Niveau ein deutscher Professor es sich heute schon wieder leisten kann, über die Linke herzuziehen. Die antimarxistischen Streiter Schelsky und Sontheimer hielten es immerhin noch für nötig, sich in ihren jüngsten Publikationen mit dem Inhalt linker Theorien und den Wirkungen der Studentenbewegung auseinanderzusetzen. Der Geschichtenerzähler Mehnert hat sich solche intellektuelle Mühe erspart - und einen Bestseller geschrieben.

-

Konkret 10/76, S. 56

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Aus einem **„Spiegel"-**Nachruf: „Als Sohn eines königlich-württembergischen Geheimrats in Stuttgart geboren, unterschied sich das Weltbild des Romanisten stark von dem des bürgerlichen Humanismus..." Damit ist ein für allemal die peinliche Frage neugieriger Ideologiekritiker beantwortet: Wo kommen die kleinen Weltbilder her?

„Der Regen rauschte nieder, die Platanen in den Straßen des Lido knatterten im Abendwind mit den Blättern. Wir haben uns ins Foyer des Hotels Ecxelsior geflüchtet. In der Halle spielt eine Kapelle Schmalziges, Wasserspiele plätscherten in ein beleuchtetes Becken, in steifen Korbstühlen mit überhohen Lehnen hatte sich eine reich bekinderte polnische Familie mit einer schönen Mutter niedergelassen, Tadzio aus „Tod in Venedig" war nicht dabei. Einen Augenblick gingen wir zu den Glastüren, die sich gegen den Swimming-Pool öffneten, schauten aufs Meer, das sich wild und schaumgekrönt gebärdete..." und wenn man nicht wüßte, daß bloß die Filmredakteurin der „**FAZ**" über Venedig niedergegangen ist, könnte man meinen, der Erste Weltkrieg sei am Ausbrechen.

Der Jungfilmer **„Ulli Lommel** beendete soeben die Arbeit an seinem neuen Film Der Mann vom Obersatzberg- oder 1000 Jahre Liebeskummer. Der Film erzählt die tragische und unerfüllte Liebe von Adolf Hitler zu Marlene Dietrich." Frauen, Kinder und KZ-Veteranen zahlen die halben Preise.

Ein **„Handelsblatt"-**Redakteur auf einer Mieder-Modenschau: „Alle wollen sich dieses alljährliche ‚Miedersehen` nicht entgehenlassen, nach der Devise: ‚Schau doch mal drunter!` Das präsentierte Angebot wirkt verführerisch. Gern denkt der Chronist zurück an Rosemary mit ihrem Nachtkleid mit asymetrischem Verschluß und Marieangela mit ihrem Bettkleid mit aparter Auschnitt-Lösung - zum Schlafen eigentlich viel zu schade! Störend wirkt bei der Präsentation der Nachtwäsche der verfehlte Griff in das Plattenarchiv. Hätte nicht z. B. die Kleine Nachtmusik weitaus besser die Szenerie mit den brennenden Kerzen, mit denen die Königinnen der Nacht Richtung Schlafstätte marschieren, begleiten können..." Frau Wirtin hat auch einen Mozart. In solcher Stimmung pflanzt unsere herrschende Klasse sich fort. Ihre Junioren sehen danach aus.

„Die Treppen zu dem an den Hang geschmiegten Haus brachten einige Verwalter lyrischen Odems ganz schön aus der Puste. Zwischen Blumenbeeten, Hecken, Pfirsich-Körben und Flaschen des herben Weißweins gab es ein heiteres Gartenfest. Der redegewandte Busfahrer saß beim Schmaus auf der Pergola und ließ es sich nicht nehmen, der Runde deutscher Dichter und ihrer Damen, denen er galant aus dem Omnibus half, Tresterschnaps zu spendieren. Die Unbekümmertheit, mit der sich Germaniens Barden dem Zauber einer sommerlichen Festivität unter dem wolkenlosen Himmel des Welschlandes hingaben... Peter von Becker wird es hoffentlich als poetische Ergänzung empfunden haben, als in eine Atempause der entzückte Ausruf der siebenjährigen Amina Handke vor der hohen Gartenmauer brach: Schau mal, eine Eidechse..." „Zeit"-Redakteur **Rolf Michaelis** über die Verleihung des Petrarca-Preises. Und ganz ohne daß der Ressortchef, der Verwalter dieses lyrischen Drecks, den Rolfi mitsamt seinem Schmieg-Schnack, seines herben Genitivs, seiner galanten Schmausi-Mausis viribus omnibus in den Hintern träte und es als poetische Ergänzung empfände, wenn ein kleiner Passant den welschen Abgang mit dem entzückten Ausruf begleitete: „Schau mal, da fliegt ein Barde!"

Auch **Theo** macht Welschland unsicher. Frankreich gehört „auf die Krankenliste Europas", denn „es hängt sein Himmel voller Fragezeichen". Giscard hat sich „mit grandioser Allüre" in die „direkte Schußlinie gestellt, ohne Schirm und Schild". Wenn es nun Fragezeichen regnet? Genügt es nicht, daß Frankreich krank ist und sein Präsident Allüriker? Muß man dieses geplagte Volk, das unter den Folgen sommerlicher Dürre schon genug zu leiden hat, mutwillig einem herbstlichen Metaphern-Hagel aussetzen?

Haben Sie schon gehört: Richard Wagner ist tot. Es stand **„Spiegel",** der auch herausgefunden hat, daß Bayreuth und Wagner „ein Stück deutscher Geschichte" waren, „mit allen Helligkeiten und Dunkelheiten". Zwischen Stuttgart und Cannstatt da steht ein Tunnel, wenn man reinfährt wird's dunkel, wenn man rausfährt wird's hell. Auch ein Stück deutscher Geschichte. Es stand nicht im „Spiegel". Noch nicht.

Den asiatischen Kulturen, schreibt die „**Welt**", blieben „die konstitutiven Begriffe Europas fremd: Menschenwürde, Freiheit, Eigentum, Unverletzlichkeit der Person, Selbstverwirklichung des Menschen, Aufklärung, Demokratie, die

unmittelbare Beziehung des Einzelnen zu Gott..." Ja sogar Hexenverbrennungen, Religionskriege, Gelbkreuz-Granaten, Zyklon B, Stalingrad, Oradour, Auschwitz Guernica... „Die scheu aufbrechende Menschlichkeit auf dem Gesicht des Apoll von Olympia ist ihnen bei all ihrer großen Kultur nie erschienen." Endlich weiß ich, an wen der Kremp mich immer erinnert!

Von Travemünde kann man jetzt einmal pro Woche mit dem Fährschiff nach Rostock. Die „**Welt**" fuhr mit: „Ein Junge, der mit seinem Vater in Warnemünde von Bord ging, fragte: ‚Ist das die Flagge der CSSR?` Der Vater: ‚Nein, es ist die Flagge der DDR.` Und das Kind darauf: ‚Spricht man hier auch Deutsch?` Ein Dialog, der bestürzt: ein Bürger des freien Westens, der gewußt, aber geschwiegen hatte, ein Kind, das folglich nichts wissen konnte. Hier, zwischen Schweigen und Nichtwissen, liegen noch Möglichkeiten einer Verbesserung." Wolfgang Harich hat mir sagen lassen, Namenswitze seien unzulässig. Ich mach ja auch gar keinen. Trotzdem heißt der „Welt"-Reporter: Walter Deppisch.

„Welt am Sonntag", Seite 1, Interview mit Hans-Dietrich Genscher: „Die Todesautomaten gehören vor die Uno!" Auch ein Rezept, die dortigen Mehrheitsverhältnisse zu korrigieren.

Leo Brawand, der Chefredakteur des im „Spiegel"-Verlag erscheinenden Manager-Magazins, war nahe daran, Revolution zu machen. Er hatte entdeckt, daß mit Reförmchen dem großen Finanzkapital nicht mehr beizukommen ist und formulierte angriffslustig: „Gegen die Macht der Banken richten sich Vorschläge, Vorschläge, immer nur Vorschläge. Wo bleibt der Hauptschlag?" Drei Tage und Nächte rang er mit sich, seinem Gewissen und dem Zinsniveau seiner Berlin-Abschreibungen. Dann brachte er auf der Korrekturfahne eine kleine Änderung an: „Gegen die Macht der Banken richten sich Vorschläge, die nicht als revolutionärer Unfug linker Systemkämpfer abgetan werden können. Ihr Reforminhalt wird überdies beim kreditabhängigen Mittelstand nicht ohne gewisse Sympathie betrachtet - vielleicht in unreflektierter Erinnerung an die ‚Brechung der Zinsknechtschaft'." Das stammt aus dem Parteiprogramm der NSDAP. Ein Vorschlag, der als konterrevolutionärer Unfug rechter Systemkämpfer nicht abgetan werden kann.

Bürger **Walther Hubatsch,** Prof. Dr., in Uniform als Kapitän z. See d. R. berichtet, wie er einmal - kurzum: „Urlaubsvertretung bei 3. MAusBtl in Glückstadt an der Elbe: frohe Erwartung auf beiden Seiten: sowohl beim ‚neuen` Kommandeur, als auch beim Bataillon von den Herren Chefs bis zu den Rekruten: herrliche Wochen in Aussicht. Gleich vom Bahnhof zum Pistolenschießen: ‚Wollen Sie auch mal?` Was dann aus dem Lauf gefeuert wurde, ließ die Runde zunächst betreten schweigen. In den folgenden Tagen bei den Kompanien (und ihren Chefs!) im Gelände: leise, kleine, kurze, unauffällige Korrekturen, die aber saßen: unerwartete Präsenz wie Zieten aus dem Busch, immer lächelnd, aber festen Zügel - in einer Woche gingen die Soldaten wie die Puppen..." Erschienen 1976, mit Grußwort Ministerpräsident Stoltenberg. Immer lächelnd, aber fester Zügel. Unauffällige, leise, kleine, kurze, knappe Korrektur: Herr Professor z. See, melde gehorsamst: Gerücht: Demokratie soll ausgebrochen sein.